

Ans. Springer Verlag AG, Post. 10 08 84, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 204-1 / Anzeigenabteilung Köln (02 23) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 247-1 - Pflichtblatt zu allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 28,00 Bfr.; Dänemark 8,00 Dkr.; Frankreich 6,50 F.; Griechenland 160 Dr.
Großbritannien 65 p.; Italien 1200 L.; Jugoslawien 140,00 Din.; Luxemburg 28,00 Lit.
Niederlande 2,00 f.; Norwegen 7,50 Skr.; Österreich 13,00 S.; Portugal 100 Esc.
Schweiz 6,50 sfr.; Schweden 1,00 skr.; Spanien 120 Ptas.; Tschechoslowakei 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Vertragsverletzungen: Der Sinn geheimer Gespräche zwischen den USA und der Sowjetunion über die Einhaltung von Rüstungskontroll-Abkommen wird in der NATO zunehmend bezweifelt. Eine US-Studie ergab, daß es in neuerer Zeit kaum einen völkerrechtlich verbindlichen Vertrag gegeben hat, der von Moskau nicht verletzt oder umgangen worden wäre. (S. 10)

Landwirtschaft: Die deutschen Bauern werden voraussichtlich weitere Hilfen zum Ausgleich der Brüsseler Agrarbeschlüsse im Milchsektor erhalten. (S. 5)

Jugoslawischer Agent: Haftbefehl hat der Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof gegen einen Jugoslawen erlassen, der versucht haben soll, für den jugoslawischen Geheimdienst Agenten unter den Exilkroaten anzuwerben.

Lücken in der Kette: Nur rund 80 000 beteiligten sich nach Angaben der Polizei an einer Menschenkette zwischen Hunsrück und Duisburg, zu der die "Friedensbewegung" als Protest gegen Raketenteststationierung und Arbeitslosigkeit aufgerufen hatte. Die Veranstalter hatten mit 200 000 gerechnet. (S. 5)

Trawler: Eine diplomatische Krise zwischen Madrid und Dublin hat die Versenkung eines spanischen Trawlers durch ein irisches Schnellboot ausgelöst. Die Spanier hatten illegal in irischen Hoheitsgewässern gefischt. (S. 10)

Flucht: Zwei 19-jährige Arbeiter aus der DDR konnten am Wochenende unverletzt über die Grenzsperrn nach Niedersachsen flüchten.

Sacharow: Der sowjetische Regimekritiker hat offenbar das Krankenhaus verlassen und ist in die gemeinsame Wohnung mit seiner Frau Jelena Bonner im Verbanngort Gorki zurückgekehrt, berichten Freunde des Ehepaars in Moskau.

Italien: Der frühere stellvertretende Chef des Geheimdienstes SISMI, General Pietro Musumeci, ist verhaftet worden. Er wird der Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung und der Beteiligung an dem Sprengstoffanschlag auf den Bahnhof von Bologna verdächtigt, bei dem 85 Menschen getötet wurden. (S. 7)

Heute: EG-Außenminister beraten in Luxemburg über Beitritt Spaniens und Portugals. - Polen: Primas Giamp in Ost-Berlin.

Was ist dran am Süd-Nord-Gefälle?

Für die uralte Rivalität zwischen den Deutschen diesseits und jenseits des Weißwurst-Äquators gibt es heute eine streng wissenschaftliche Bezeichnung: Süd-Nord-Gefälle. Hat der Süden mehr Mümm als der Norden? Die WELT ist dieser Frage nachgegangen - von Flensburg bis Garmisch. Seite 6

WIRTSCHAFT

Kapitalmarkt: Die Zinsen sind in der vergangenen Woche stark abgesunken. Sie liegen jetzt um rund einen Prozentpunkt niedriger als zum Jahresbeginn. (S. 12)

Kraftfahrzeuge: Um mehr als ein Sechstel stieg im September der Absatz fahrerloser Kraftfahrzeuge in der Bundesrepublik gegenüber dem Ferienmonat August. Mehr als 215 000 Fahrzeuge wurden neu in den Verkehr gebracht.

US-Konjunktur: Das Wirtschaftswachstum schwächte sich im dritten Quartal 1984 stärker ab als erwartet. Statt um real 3,6 Prozent, wie von der Administration prognostiziert, nahm das Bruttoinlandsprodukt nur um 2,7 Prozent zu. (S. 11)

Ölmarkt: Iran werde die Opec auch weiterhin unterstützen, egal, wie das für diese Woche geplante Treffen der Ölminister ausgeht, teilte die Regierung in Teheran mit. Der saudische Ölminister Yamani sieht derzeit keine Veranlassung, die Opec-Richtpreise zu reduzieren.

ZITAT DES TAGES



„Das überholte Verschuldungsprinzip bleibt in der Rumpelkammer der Rechtsgeschichte.“

Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) in einer Erklärung, in der er die baldige Neuregelung des Schuldengüterrechts ankündigt. Nach einer Meinungsumfrage wünschen 60 Prozent der Bevölkerung, daß die Schuldfrage vor Gericht geklärt wird. (S. 5) FOTO: DPA

KULTUR

Celan: Zur Diskussion eines ungewöhnlichen Themas fand sich im amerikanischen Seattle eine Gruppe international renommierter Forscher zusammen: Paul Celan und sein lyrisches Werk in deutscher Sprache. (S. 19)

Ausstellung: Traditionelle japanische Keramik der Gegenwart zeigt das Düsseldorfer Heijung-Museum unter dem Titel „Erde und Feuer“. Nirgendwo teilt sich japanische Tradition deutlicher mit als in der Keramik. (S. 19)

SPORT

Motorsport: Niki Lauda wurde zum dritten Mal Formel-1-Weltmeister. Ihm reichte im letzten Rennen ein zweiter Platz hinter Alain Prost.

Tennis: Steffi Graf (15) verlor beim Turnier von Filderstadt erst im Finale. Sie unterlag der Schwedin Catrin Lindqvist nach nur 49 Minuten 1:6, 4:6. (S. 15)

AUS ALLER WELT

Rehabilitiert: Einen juristischen Schlusstrich unter die Legende vom „bösen Wolf“ im Grimmischen Märchen Rotkäppchen zog ein „Gericht“ in Venedig. Acht Schöffen sprachen den „Angeschuldigten“ vom Vorwurf des Mordversuchs in Tateinheit mit „fortgesetzter Lästerei“ frei. (S. 20)

Wieder in Haft: Der aus der Hamburger Haftanstalt Fuhlsbüttel ausgebrochene Paul Ternmann, der auf einer Atlantiküberquerung zwei Segler ermordet hatte, ist in Datteln gefaßt worden. (S. 20)

Wetter: Unbeständig, erhebliche Niederschläge. Bis 17 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Österreichs Verteidigung - Die Sozialisten sind da anders. S. 2

Fernsehen: RTL-plus oder Plus - Regenerungen made in Luxemburg - ARD-Sendung. S. 9

Ludwig Westrick: Dienen, nicht verdienen - Zum 90. Geburtstag des Staatssekretärs a. D. S. 3

Abschreibungen: Arbeitnehmer der Union fordern Begrenzung der Steuervorteile. S. 11

FDP Nordrhein-Westfalen: „Bloß nicht an Ideologien kleben“ - Porträt Achim Rohde. S. 4

HSV: Ernst Happel verzichtet sogar auf das Kartenspiel - Nach der 2:5-Katastrophe. S. 16

Landesbericht Finnland: Im Aufwind stehen die Grünen und die Landpartei. S. 7

Pankraz: Der Ethologe und der Friedenskämpfer - Über Szenarios und Strategeme. S. 19

Forum: Personalien und Leserbrief - an die Redaktion der WELT. Wort des Tages. S. 8

70. Geburtstag: „Schneiderman“ aus aller Welt huldigen in Bonn ihrem Idol. S. 20

Peking ordnet an: Weniger Staat, mehr Wettbewerb

Nach der Landwirtschaft ist jetzt die Industrie an der Reihe

DW. Peking

Mit der Verabschiedung eines tiefgreifenden Reformprogramms hat die Kommunistische Partei Chinas am Wochenende die Weichen gestellt, um innerhalb der kommenden fünf Jahre die wirtschaftlichen Strukturen grundlegend zu verändern. Im Mittelpunkt des Programms, das nach den seit 1978 laufenden Reformen in der Landwirtschaft nun auch den Industriebetrieben weitgehende Marktrechte einräumt, steht erstmals die Forderung nach der Durchsetzung eines „realistischen“ und stark marktorientierten Modells für die Preis- und Lohnpolitik.

Das neue Programm, mit dem sich der Reformführer am Chinas Ministerpräsident Zhao Ziyang gegenüber den brennenden Bedenken orthodoxer Funktionäre durchsetzen konnte, räumt, wie es heißt, „mit einem seit langem herrschenden Mißverständnis“ auf Sozialismus sei gleichbedeutend mit Egalitarismus. Das „gleichmachende“ Denken ist mit dem Marxismus völlig unvereinbar. Im Vorfeld der dazu einberufenen Sitzung des Zentralkomitees hat

te Chinas Spitzenpolitiker Deng Xiaoping in einer Reihe von Interviews sich mit seiner Autorität hinter das Reformwerk gestellt und es als „so etwas wie eine Revolution, aber völlig verschieden von der Kulturrevolution“ bezeichnet. Zugleich versicherte Deng in einem Gespräch mit japanischen Politikern, daß Chinas Politik der offenen Tür sich bis Mitte des nächsten Jahrhunderts nicht ändern werde „und wohl kaum auch in den darauffolgenden 50 Jahren, da die Einbindung in den Weltmarkt dann sehr eng geworden sein wird“.

In einem ähnlichen Prozeß, wie er sich bereits in Ungarn vollzog, hat sich die Peking-Führung nach ihren bislang unkoordinierten Reformschritten, die nur allmählich in den vergangenen Jahren gegeneinander wirkten und zu inflationären Tendenzen, Haushaltsdefiziten und Rohstoffknappheiten führten, für einen „so Belebter“, nun konsequenter Ausbau der Reformen entschieden. Sie sollen künftig die Unternehmensführungen weitgehend von staatlicher Lenkung befreien und die Betriebe den freien Wettbewerb aus-

setzen. „Überall, wo Güter produziert werden, muß Konkurrenz herrschen“, heißt es in dem 30seitigen Grundsatzprogramm. In einer ersten Stufe sollen 50 Prozent aller Industrieprodukte und mehr als 75 Prozent aller Landwirtschaftsgüter, die bislang zentral geplant wurden, frei produziert werden. Den Betrieben werden dafür weitgehende Freiheiten bei der Festsetzung der Produktionsmengen, der Vermarktung der Produkte und beim Einkauf von Rohstoffen eingeräumt. Ausgeweitet werden ebenfalls die Rechte der Direktoren über Einstellungen und Entlassungen ihres Personals. Die Wirtschaftsplanung soll sich künftig bis auf wenige strategische Schlüsselprodukte, wie etwa Rohstoffe, auf die Ausarbeitung von Richtlinien und vor allem der wirtschaftlichen Gesamtstrategie beschränken.

Befürchtungen, daß die Marktanpassung des Preisgefüges einen neuen inflationären Prozeß auslösen würde und zu politischen Unruhen führen könnte, will das Zentralkomitee zurückweisen. (S. 10)

Strauß bekennt sich zu Bonner Bündnis

„Gerechter Anteil“ für die CSU gefordert / Erneut Kritik am Verhalten der FDP

PETER SCHMALZ, München

Mit einem klaren Bekenntnis zur Bonner Regierungskoalition und einer deutlichen Absage an eine Große Koalition auf Bundesebene verband der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß vor dem Münchner CSU-Parteitag kritische Bemerkungen zum inneren Zustand der Regierungsbündnisse. „Hier hat es“, meinte Strauß, „keinen Sinn, um die Dinge herumzureden oder falsche Erwartungen zu hegen.“ Wer aber zu manchen Entscheidungen in dieser Koalition ein kritisches Wort sage, den solle man nicht gleich verdächtigen, die Koalition sprengen zu wollen.

Für den CSU-Chef und bayerischen Ministerpräsidenten stellte sich die Lage folgendermaßen dar: „Aufgrund des letzten Wahlergebnisses kam es keine andere Koalition als die zwischen CDU, CSU und FDP geben; die CSU sei darin allerdings bestrebt, ihren „gerechten Anteil“ an den Möglichkeiten des Bündnisses zu bekommen.“

Die SPD ist in ihrem heutigen inneren Zustand als Partner einer Gro-

ßen Koalition „überhaupt nicht diskussionsfähig“, sie sei nicht imstande, mit der Union eine gemeinsame Politik zu machen, meinte Strauß, fügte aber die Bemerkung an: „Ich bedaure es.“ Jedenfalls habe der FDP-Vorsitzende Genscher keinen Grund, „empört aufzuschreien und mir vorzuwerfen, ich würde einer

SEITE 2:
Kohl's Korrespondenz
SEITE 3:
Die CSU hat ihr Ideal wieder

Großen Koalition in Bonn das Wort reden.“

Die FDP müsse ihren liberalen Standort „den heutigen und morgigen Gegebenheiten entsprechend definieren“, statt in einer „mal so, mal so verlaufenden Fahrtrinne herumzustochern“. Strauß forderte den Koalitionspartner auf, das seinerzeit als historisch bezeichnete Bündnis zwischen Liberalismus und Sozialismus, niedergelegt in den Freiburger Thesen, zu überdenken. Wörtlich sagte er: „Für uns ist es schwierig, wenn ein

Koalitionspartner aus Gründen der Überlebensangst glaubt, da oder dort Profil zeigen zu müssen, und dann regelmäßig - ich drücke mich noch sehr vorsichtig aus - grundsätzliche Standpunkte auf unserer Seite nicht durchgesetzt werden können.“

In diesem Zusammenhang warnte der CSU-Vorsitzende, man dürfe nicht zulassen, daß Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann zu einem Ankündigungsmann gemacht werde. Grundsätzlich zeigte sich Strauß mit den Erfolgen der Bundesregierung einverstanden, kritisierte deren öffentliche Darstellungen aber als „gelingend“ nicht optimal. In seinem 75minütigen Grußwort bedankte sich Bundeskanzler Helmut Kohl für die kameradschaftliche Unterstützung und kameradschaftliche Kritik von Strauß und gestand ein, die Regierung habe Fehler gemacht: „Ich schließe mich da nicht aus.“ Auf den drei in der Koalition umstrittenen Bereichen Ehescheidungsfolgenrecht, Ausländer- und Demonstrationsrecht kündigte Kohl Entscheidungen in den nächsten Wochen an.

Bäumer verweigert sich der SPD

WILM KERLYN, Düsseldorf

Der frühere NRW-Landwirtschaftsminister Hans Otto Bäumer hat seiner Partei mitgeteilt, daß er für eine erneute Kandidatur 1985 zum Düsseldorfer Landesparlament „unwiderstehlich“ nicht mehr zur Verfügung stehe. Bäumer, der früher auch Bezirkschef des SPD-Bezirks Niederrhein war, erklärte, er werde keine Ämter mehr in der SPD übernehmen. Als wichtigste Begründung nannte er die Annäherung der Sozialdemokratie zu den Grünen. Dies sei für ihn „nicht akzeptabel“.

In einer mehrseitigen Verzichtserklärung kritisiert er scharf Ministerpräsident Johannes Rau. Die Aufzählung von Bäumen mit Blick auf die Landtagswahl im Mai 1985, daß alle Parteien miteinander Gespräche führen könnten und niemand Tabuzonen errichten dürfe, könne man so verstehen, daß „frühere Festlegungen“ der SPD, nämlich keine Bündnisse mit den Grünen einzugehen, nun „ins Gegenteil verkehrt werden“.

Grüne finanzieren sich vorwiegend aus Steuergeldern

MANFRED SCHELL, Bonn

Die Finanzpraxis der Grünen steht offensichtlich nicht im Einklang mit dem Parteiengesetz und dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts. In der ZDF-Sendung „Bonner Perspektiven“ wurde gestern berichtet, die Grünen hätten in den zurückliegenden fünf Jahren mindestens 40,55 Millionen Mark aus Steuermitteln des Staates kassiert. Nach dem Parteiengesetz und dem Urteil des Verfassungsorgans muß sich eine Partei überwiegend aus eigenen Mitteln finanzieren. Die Eigenmittel der Grünen hätten jedoch bisher „bei weitem nicht das Minimum von fünfzig Prozent“ erreicht. Damit seien die Grünen die einzige Bundestagspartei, die sich zum weit überwiegenden Teil aus Steuergeldern aller Bürger finanziere.

Das ZDF berichtete aufgrund von internen Unterlagen der Grünen auch über die Vergabe einzelner Mittel. So habe eine Gärtner- und Baumschule in Bielefeld, die als Wirtschaftsunternehmen an jedermann verkaufte, ei-

nen Kredit vom grünen Ökofonds für die Beschaffung von Pflanzgut und von Ausrüstungsgegenständen erhalten. „Die Grünen sind mit 15 000 Mark dabei.“ Die Firma Comuna Metall Vorrichtungen- und Maschinenbau in Herford, die Anlagen zur Wärme-Kraft-Kopplung baue, habe aus dem Ökofonds 20 000 Mark erhalten. Vom Staat mitfinanzierte Subventionen aus der Kasse der Grünen seien an ein Restaurant in Aachen gegangen, das vegetarisches Essen serviere. In Bonn sei von den Grünen die Miete für ein Lokal für die Friedensbewegung bezahlt worden. „Aus internen Papieren geht hervor, daß die Grünen auch für Manöverbeteiligungen in diesem Herbst mindestens 5000 Mark bezahlt“, berichtete das ZDF.

Der Verfassungsrechtler Professor Frauß (Universität Köln) sagte in der Sendung, nach der Rechtsprechung dürfe die laufende Tätigkeit einer Partei nicht durch Staatsmittel finanziert werden. Die Ausgabe von Mitteln dürfe nicht „ohne Bezug“ zum anstehenden Wahlkampf stehen.

Yves Montand: „Ich bin angewidert“

A. GRAF KAGENECK, Paris

Überraschung, Entsetzen und ohnmächtige Wut kennzeichneten die Stimmung in Frankreich 24 Stunden nach der Verurteilung des 53jährigen französischen Fernsehjournalisten Jacques Aboushar zu 18 Jahren Gefängnis durch ein algerisches Gericht. Aboushar war am Wochenende 34 Tage nach seiner Gefangennahme durch sowjetische und afghanische Truppen in der Nähe der pakistanischen Grenze vom Revolutionsgericht in Kabul zu dieser unerwartet hohen Freiheitsstrafe verurteilt worden, weil er „illegal die Grenze überschritten“ und sich „in Begleitung bewaffneter Banditen“ befunden habe.

Die offizielle Reaktion in Paris hielt sich jedoch in vorsichtig fixierten Grenzen; weder Präsident Mitterrand noch einer seiner Minister äußerten sich zu dem Urteil. Im Quai d'Orsay hieß es lediglich, die französische Regierung sei „zuerst schockiert“ und

bemühe sich, die Freilassung und sofortige Rückkehr des Journalisten nach Frankreich zu bewirken. Die Sozialistische Partei protestierte ebenso wie die beiden großen Oppositionsparteien. Das kommunistische Parteigloss „L'Humanité“ befand, es sei „wünschenswert“, daß Aboushar nach Frankreich zurückkehre und sein Berufs- wie Familienleben schnell wiederaufnehmen könne.

Aboushars Kollegen hatten in einem Protestumzug vor der algerischen Botschaft in Paris am letzten Donnerstag, an dem sich etwa 2000 Menschen beteiligten, auf die Präsenz sowjetischer und osteuropäischer Journalisten in Indochina und Algerien auf seitens der damaligen nationalen Freiheitsbewegungen hingewiesen, ohne daß jemals ein solcher Pressevertreter, der in die Hände französischer oder amerikanischer Truppen fiel, von einem westlichen Gericht als Spion oder

Grenzverletzer abgeurteilt worden sei. In Zukunft werde man jedem sowjetischen Vertreter, der im Westen vor die Presse trete, die Frage nach Aboushar stellen.

Die heftigste Reaktion kam am Wochenende von dem Schauspieler Yves Montand, der sich im Gefolge der sowjetischen Gewalttakte gegen Ungarn, die Tschechoslowakei, das Dissidentenpaar Sacharow und jetzt Afghanistan von einem ehemaligen „Kampagnen“ der Kommunistischen Partei Frankreichs in einen entscheidenden Gegner des Kommunismus gewandelt hat. „Ich bin angewidert, aber nicht überrascht“, sagte der Künstler in einem Interview mit einer Sonntagszeitung. „Unsere braven Linksmittelaktuellen werden wieder einmal von ihren Stühlen fallen und die Hände ringen. Es tut ihnen jedesmal weh, wenn sie so etwas hören, aber sie akzeptieren letztlich alles.“

Seite 2: Die Grenze überschritten

DER KOMMENTAR

Reform in China

HERBERT KREMP

Die Reformen in China erinnern an Lenins und Bucharins Neue Ökonomische Politik, jene sozialistisch-kapitalistische Mischwirtschaft, die 1921 eingeführt und 1926 von Stalin beendet wurde. In den Händen der Staatsführung waren damals nur die Schlüsselbetriebe geblieben, die „Kommandohöhen der Wirtschaft“. Die Wirtschaft wuchs, aber die Neue Politik blieb dennoch ein Experiment, ausgelöst durch die Jahre des Krieges, des Bürgerkrieges, der Revolution und des fast vollständigen Zusammenbruchs der Versorgung. Die landwirtschaftliche Produktion war auf die Hälfte, die Industrieproduktion auf 14 Prozent des Vorkriegsstandes gesunken. Man erinnerte sich des Helfers in der Not: der privaten Initiative.

Wird der Marktsozialismus auch in China nur ein Intermezzo sein? Der erste Mann im Land, Deng Xiaoping, kommt allen ängstlichen Fragen mit der Erklärung voraus, die „Politik der Öffnung“ werde 66 Jahre andauern, und dann sei China so kräftig in das Weltwirtschaftssystem verflochten, daß eine Rückkehr zu Gleichmacherei, Kollektivierung und Militarisierung der Betriebe nicht mehr möglich sein werde. Das ist leichter gesagt als getan, denn der Grand Design hat natürliche Nachteile und Feinde. Der freie Wettbewerb, dem die eine Million Industriebetriebe jetzt ausgesetzt werden, ihre Orientierung am Markt und der Entzug stützender Subventionen bringt die Preise in Bewegung. Das zeigte sich schon nach der Auflösung der Volkskommunen auf dem Lande. Außerdem: Hunderttausende von Funktionären verlieren die „eisernen Reisschüssel“. Sie müssen von der Ideologie auf die Güterproduktion umschalten - oder sie werden geschafft.

Chinas Reformen sind freilich besser durchdacht und weniger von der Not diktiert als die einstige sowjetische Neue Ökonomische Politik. Seit der Entmachtung der Maoisten 1978 und der Verlagerung der Schaltstellen von Politbüro und Zentralkomitee in die effizient arbeitenden Sekretariate (Parteiministerien) des ZK hat Deng durch systematische Personalpolitik in der Zentrale und in den Provinzen den Wandel vorbereitet. Über Marxismus wird nicht mehr viel geredet, man sagt eher, am Kapitalismus sei „nicht alles falsch“. Der Staat zieht sich auf die wirtschaftliche Gesamtstrategie, Planaufstellung, Sozialpolitik, Rohstoffausbeutung, Erziehung der Jugend und der Kadere zurück. Das reicht nach Wettbewerb und Belohnung der Leistung. Der Kommunismus geht, Johnny Walker kommt...

Appell Walesas für entführten Priester

DW. Warschau

Der polnische Arbeiterführer Lech Walesa hat gestern in Warschau zur Rettung des oppositionellen Pfarrers Jerzy Popieluszko aufgerufen, der am Freitagabend von Unbekannten in der Nähe von Thorn entführt worden ist. Gestern fehlte noch immer jede Spur von dem Geistlichen.

„Wenn ihm auch nur ein Haar gekrümmt wird, so nimmt man eine schreckliche Verantwortung auf sich“, sagte Walesa vor Tausenden von Menschen, die zum Gottesdienst in die Kirche St. Stanislaus im Warschauer Vorort Żolibz gekommen waren.

Man sah viele ehemalige Führer der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität“, für deren Belange sich Popieluszko stets eingesetzt hatte. Der stellvertretende Vorsitzende der Warschauer „Solidarität“, Seweryn Jędrzejowski, hat die Gläubigen, in der Kirche zu stehen, bis der Priester Popieluszko zurückkehrt. Er appellierte an die internationalen Menschenrechtsorganisationen, auf die polnische Regierung Druck auszuüben, den Fall schnellstmöglich zu klären.

Inzwischen sind Rechtsanwälte und Mitarbeiter von Popieluszko nach Thorn gefahren, um mit dem Fahrer des Priesters, Waldemar Chrostowski, zu sprechen. Er war aus dem fahrenden Auto der Entführer gesprungen, die den Wagen Popieluszkos am späten Freitagabend unter dem Vorwand einer Alkoholkontrolle angehalten hatten. Wie aus der Umgebung des Pfarrers zu hören war, hat der Chauffeur sich dabei ein Bein gebrochen und liegt im Krankenhaus.

Marcos' Version des Mordes an Aquino falsch

DW. Bonn

Der Mörder des am 21. August vorigen Jahres erschossenen philippinischen Oppositionspolitikers Benigno Aquino ist nicht - wie bisher behauptet - der kommunistische Agent Rolando Galman gewesen. Ein Videofilm, der für die im Auftrag von Präsident Marcos arbeitende Untersuchungskommission des Falles Aquino im August gedreht wurde, beweist: der angebliche Mörder war längst tot als die Schüsse auf den Erzkandidaten des Präsidenten fielen.

Die Filmdokumentation, die aus Videoaufnahmen des staatlichen philippinischen Fernsehens, der amerikanischen Fernsehgesellschaft ABC und der japanischen „Tokio Broadcasting System“ (TBS) zusammengestellt ist, beweist nicht, wie Aquino erschossen wurde, sondern, daß der Mord eine geplante Aktion der Militärs war.

Während das philippinische Filmmaterial ausgereicht für die entscheidenden Minuten zerstört ist, sprechen die ausländischen Aufnahmen gegen die bisherige Version der Regierung Marcos. So zeigen die Bilder des getöteten angeblichen Aquino-Mörders Galman deutlich, daß er zum Zeitpunkt des Geschehens bereits längere Zeit tot gewesen sein muß. Bisher wurde der Mörder anhand eines blauen Hemdes identifiziert: Galman trug ein solches Hemd. Auf den Videoaufnahmen ist jedoch eine weitere Person mit blauem Hemd zu sehen, die als der Direktor der Flughafenforschungskommission, Bautista, identifiziert werden konnte.

Frieden für El Salvador bleibt weiter trügerisch

US-Anklärer abgestürzt / Abschuß von Washington dementiert

DW. Washington

Die US-Regierung hat Meldungen der Guerrilla in El Salvador bestritten, ein amerikanisches Flugzeug mit vier CIA-Agenten und drei Salvadorianern an Bord sei in der Nähe der Hauptstadt von Guerrillas abgeschossen worden.

Der Rundfunksender der Rebellenbewegung „Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti“ (FMLN), „Radio Venceremos“, behauptete, das Flugzeug habe eine neue Offensive der Regierungstruppen in der Provinz Morazan im Osten des Landes beobachtet sollen. Außer den vier Amerikanern seien auch drei salvadorianische Soldaten bei dem Absturz am Freitag ums Leben gekommen. Dasselbe Flugzeug habe einen Tag zuvor an einer mißlungenen Luftlandoperation in Morazan teilgenommen, die vom Chef der US-Militärberater, Oberst James Steele, geleitet wurde.

Das US-Außenministerium erklärte dagegen, die Maschine sei in heftigem Regen an einer Felswand zerstückelt. An Bord hätten sich lediglich

vier amerikanische Zivilangestellte des Geheimdienstes CIA befunden. Als falsch bezeichnete das State Department Behauptungen, die vier Amerikaner hätten den Auftrag gehabt, „Bombenangriffe zu leiten“. Ihr Auftrag sei vielmehr gewesen, die Regierungstruppen über Bewegungen der Guerrilla zu unterrichten. Nach Angaben der „Washington Post“ hielt sich Oberst Steele mit zwei Militärberatern kürzlich in Morazan auf. Am Freitag hatten dort nach offiziellen Angaben der Regierung in San Salvador 2000 Soldaten mit einer Operation gegen Rebellen begonnen.

Anfängliche Hoffnungen auf einen Frieden im seit über vier Jahren andauernden Bürgerkrieg stellten sich jedoch nach der Wiederaufnahme der Kampfhandlungen und jüngsten widersprüchlichen Äußerungen der Teilnehmer als trügerisch heraus. Der Präsident hatte das Treffen als „positiv“ bezeichnet, die Regierung bestritt jedoch am Wochenende. Begegungen der FMLN, diese hätte einen 29-Punkte-Forderungskatalog für einen Waffenstillstand vorgelegt.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Kanonboot-Politik

Von Jürgen Liminski

An brennende und sinkende Schiffswracks im Persischen Golf hat sich das europäische Publikum gewöhnt. Europäische Schlüsse auf spanische Boote jedoch erregen immer noch Aufsehen, denn hier fällt der erklärende Rückgriff auf das Zivilisationsdefizit der fernen Völker doch recht schwer.

Der Zwischenfall in der irischen See endete zwar, was die menschliche Seite betrifft, noch einmal glimpflich. Die sechzehn spanischen Seeleute wurden aus dem Wasser geborgen. Dennoch wirft der Fall Fragen auf, die das Wertebewusstsein der Gemeinschaft betreffen – und nicht nur für die Spanier.

Madrid und Paris bemühen sich, diese moderne Form europäischer Fischereiverhandlungen herunterzuspielen. Die französisch-spanische Ministerkonferenz in Barcelona zeigte sich von dem Vorfall nicht beeindruckt. Sie verhandelte weiter über Beitrittsdetails. Von Übereinstimmung und Annäherung der Standpunkte in den kritischen Fragen (Oliveneexport, Sozialregelung, Zollerhöhungen) ist die Rede. Die Fischereifragen waren ausgeklammert worden, als hätte man das Gewitter in der irischen See geahnt.

Wahrscheinlich wollte man an den Vorfall vom März, als ein französisches Küstenwachboot einen spanischen Fischkutter unter Beschuss nahm und immerhin sechs Spanier verletzt wurden, nicht mehr erinnert werden. Um diese Fragen sollten sich die Iren kümmern, die derzeit den EG-Vorsitz innehaben. Sie haben sich auf eine Art darum gekümmert, mit der niemand gerechnet hatte. Jetzt herrscht in Dublin das betretene Schweigen des Regisseurs, dem gerade die Kulisse einstürzt.

Die Spanier sind stolze und gefahrgewohnte Menschen. Sie nehmen die normalen Risiken auf sich, und sie wissen um die Gefahren der Fischerei – auch und speziell nach den neuen Seegrenzzeichnungen. Die Umstände jedoch sind nicht normal. Dies ist die zweite Kanonade in sechs Monaten und Spanien verhandelt um den Beitritt in die gegen spanische Fischer offenbar schließende Gemeinschaft. Die Empörung ist groß, und die Caballeros fragen sich, ob die fernen Völker hinter den Pyrenäen bei all ihren Überschüssen nicht doch an gewissen Mängeln leiden.

Die Grenze überschritten

Von August Graf Kageneck

Jacques Abouchar ist ein französischer Journalist. Aber seine Verurteilung zu achtzehn Jahren Gefängnis durch ein afghanisches Gericht in Kabul wegen „illegaler Überschreitung der Grenze“ macht ihn zu einem exemplarischen Fall, der den gesamten Westen angeht.

Hier wird nicht nur – wieder einmal – von sowjetischer Seite das Grundrecht auf Informationsfreiheit mit Füßen getreten. Hier soll vor allem jeder abgeschreckt werden, der versucht sein könnte, Licht in den sowjetischen Angriffskrieg gegen ein kleines Volk und dessen heldenhaften Widerstand zu bringen.

Hinter dem afghanischen Gericht steht die sowjetische Weltmacht, und zwar durch direkte Aktion; Abouchars Verhaftung, die durch Spitzelverrat und Lockung in einen von Sowjets gelegten Hinterhalt zustande kam, hat sich als KGB-Unternehmen herausgestellt. Moskau wollte wenige Wochen vor dem fünften Jahrestag der Invasion ein Exempel statuieren, das alle davon abhalten sollte, die Verbrechen seiner Besatzungstruppen in Augenschein zu nehmen.

Schöner als das Kabuler Gericht kann man es nicht sagen: Abouchar habe illegal die Grenze überschritten. Als hätte er sie legal überschreiten können, um darüber zu berichten, was eine Macht tut, die seit fünf Jahren mit 120 000 Soldaten illegal dieselbe Grenze überschreitet.

Abouchar wird nicht achtzehn Jahre im Gefängnis bleiben. Spätestens in zwei Jahren ist er wieder frei, wenn in Frankreich gewählt wird. Französische Kommunisten werden seine Freilassung erwirken. Ob Wähler daraufhin glauben, die Kommunisten seien die Retter der Pressefreiheit, wird man sehen.

Immerhin muß man zugeben: ganz erfolglos waren Moskaus Methoden bisher nicht. Von den liberalen Mundhelden, die Vietnam nach der täglichen Fernsehberichterstattung täglich als Verbrechen gegen das Weltgewissen anklagten, hört man zu Afghanistan nicht viel. Aus der Mattscheibe, aus dem Sinn.

Die Franzosen freilich lassen sich nicht alles bieten. Es könnte sein, daß mit dem Abouchar-Urteil eine Grenze überschritten wurde.

Der Seil-Trick

Von Enno v. Loewenstern

In den Rundfunknachrichten hechtete eine aufgeregte Dame schon am Samstagmittag, es hätten sich 150 000 auf der Bonner Hofgartenwiese versammelt, und die Bewegung betrachte ihren Aufmarsch als einen großen Erfolg. Ernsthaftes Schätzungen nahmen weniger als die Hälfte an.

Der Trick, den Staatsbürgern einzureden, ihre große Mehrheit versammle sich auf der Straße gegen die von ihnen gewählte Politik, leiht allmählich aus. Mittlerweile ist der Zusammenbruch der Bewegung denn doch zu offenkundig.

Für die „größte Menschenkette in der Geschichte der Friedensbewegung“ waren 250 000 Bewegte angesagt worden. 200 000 wären erforderlich gewesen, um eine Kette zwischen Hunsrück und Duisburg zu bilden. Nach Angaben der Veranstalter kamen 150 000. Nach den Feststellungen der Polizei waren es 80 000.

Man behelft sich, indem man sich an Stricken festhielt und so die klaffenden Lücken von Hand zu Hand überbrückte. Insofern war die Sache für die Veranstalter in gewissem Sinn ein Erfolg, denn ihr Lehrmeister hat ja schon vor Jahrzehnten über die Nützlichkeit spekuliert, die den Strick liefern würden.

Denn, falls noch jemand zweifeln sollte, wer die eigentlichen Veranstalter sind: nicht nur wurden im Fernsehen justament DKP-Transparente prominent ins Bild gerückt. Nicht nur wurden wieder die bekannten Plakate gegen Pershing II und cruise missiles gezeigt und wurde sorgsam verhindert, daß Plakate gegen die SS 20 oder die Besetzung Afghanistans eine Rolle spielten. Auch die „Menschenkette“ illustrierte das DKP-Plakat „Arbeitsplätze statt Raketen“, indem sie, wie lükenhaft auch immer, jedenfalls von einer Militäranlage zu einem Arbeitsamt gezogen wurde.

Was für Arbeitsplätze – solche wie im SS-20-Land? Wir hatten noch vor wenigen Jahren gutbezahlte Arbeitsplätze für jeden, bei ausreichender Rüstung zum Schutz derselben. Wenn wir sie eines Tages wieder haben, dank einer wieder vernünftigen Wirtschaftspolitik: was wird dann das Alibi der Strick-Zieher sein?



Erhöhter Ausstoß

KLAUS BÖHLE

Kohls Kursbestimmung

Von Manfred Schell

Parteitage der CSU haben immer ihren eigenen politischen Stellenwert, auch wenn sie nicht von Personalien (der Fall Barzel spielte keine Rolle) geprägt sind oder in eine Phase der Spannungen zwischen Strauß und Kohl fallen. In München ging es diesmal um die „Kursbestimmung“. So lautete der Anspruch des selbstbewußten CSU. Die Wahl dieses Arbeitstitels implizierte, daß es aus der Sicht der CSU-Führung Unsicherheiten in der Kursbestimmung in Bonn gibt.

Bundeskanzler Helmut Kohl, souverän und sachpolitisch gut präpariert, hat für solche Annahmen keinen Spielraum gelassen. Er war es, der in München die Kursbestimmung vornahm, die die Frage beantwortete, wo die Wende geblieben sei.

Sachlich gibt es kein Defizit. Die außen- und innenpolitische Lage der Bundesrepublik Deutschland hat sich binnen zwei Jahren fundamental verändert. Der NATO-Doppelbeschluss wurde durchgesetzt. Bonn ist wieder in aller Welt ein berechenbarer Partner. Die Westbindung unseres Landes ist Teil der Staatsraison. Kohl hat klargestellt, Kredit hin oder her, daß die deutsche Frage eine Frage der Selbstbestimmung und der Menschenrechte ist. Und: daß sie offen ist.

Den Revanchismusvorwurf tut Kohl als „Propagandalüge“ des Warschauer Paktes ab. Wo das Bild der Deutschen in der Welt verfälscht wird, tritt der Kanzler den Versuchen entgegen, während andere, zum Beispiel Brandt und Apel, hier wenig für ihr Land tun.

Was die Innenpolitik betrifft: Als Kohl nach seiner Wahl zum Kanzler in der Fraktion unumjubeit wurde, hatte er zur Nüchternheit geraten. Ein Irrweg, über viele Jahre hinweg gegangen, könne nicht über Nacht repariert werden. Doch hat die Regierung Kohl viel repariert: Die Staatsverschuldung wurde drastisch zurückgeführt. Das hat Entlastung bei den Zinsen gebracht, jene Abkoppelung von den US-Zinsen, die der „Weltökonom“ Schmidt nicht schaffte. Trotz Streiks wird es 1984 ein Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent geben. Die Ertragslage der Unternehmen verbessert sich. Die niedrige Preissteigerungsrate ist die größte soziale Leistung seit langem, auch wenn sie lautlos zustande kommt.

Die Leistungen anerkennt: Strauß mit Kohl in München. FOTO: WERNER SCHÖRING

dekommt. Die Realeinkommen sind dadurch gestiegen, auch die Bezüge der Rentner. Dazu wurde eine Steuerreform beschlossen, die vor allem die Familien mit Kindern entlasten soll. Die Wehrdienstverlängerung ist durch. Die weiteren Entscheidungen werden Punkt für Punkt vorgenommen.

Zu Recht stellt Kohl die Frage: ist all dies keine Wende?

Zu Recht – und zu Unrecht. Denn so klar es ist, daß in der Sache eine Wende eingetreten ist, so klar ist es leider auch, daß in der Stimmung keine Wende eingetreten ist. Oder, richtiger: was nach der Wahl im März 1983 eine Hoffnung auf Wende war, eine Bereitschaft, den neuen Weg auch geistig mitzugehen, das ist einer gewissen Resignation gewichen. Denn unübersehbar ist, daß die Versager, die sachlich nichts zu bieten haben, wieder das Meinungsklima der Nation beherrschen. Die erste Regierung seit vielen Jahren; die wieder konsequente und tüchtige Arbeit leistet, wird in den Stammtischen, ja, auch unter den eigenen Leuten, als Nichtstuer-Regierung verschrien.

Es ist freilich schwer, den Leuten eine Aufbruchstimmung zu vermitteln, wenn man die eigenen Erfolge nur halbherzig proklamiert. Der Union ist, dies zeigte sich in München, tatsächlich ein Stück Energie und Selbstbewußtsein verloren gegangen, über Aktenvermerken und „Pannen“-Sto-

ries und der Unfähigkeit mancher Betroffener, rechtzeitig reinen Tisch zu machen und die Technik der Medienwühlhäuser zu konterkarieren, die nach einer sauberen Republik rufen und eine andere Republik wollen.

Bundeskanzler Kohl sieht diese Entwicklung immerhin; deshalb will er die Vorgänge um Barzel noch in dieser Woche in Ordnung bringen. Das heißt: er erwartet den Rücktritt Barzels. Als Nachfolger werden Heinrich Windelen und Paul Mikat genannt.

Franz Josef Strauß hat die Leistungen der Regierung nach all dem verlassenen Donnerstagen ohne Einschränkung anerkannt. Er selber hat zudem ein Stück Klarheit geschaffen oder auch eigenen Kurs bestimmt: Der Koalitionspartner FDP wird zwar nicht geliebt, aber akzeptiert. Strauß hat endlich klargestellt, daß eine große Koalition mit der SPD angesichts des Zustandes dieser Partei „nicht diskussionsfähig“ ist. Was Strauß fordert, den „gerechten Anteil“ der CSU an dieser Koalition und ihrer Politik, wird ihm niemand verweigern; im Gegenteil, jeder Koalitionär ist froh, wenn die CSU einen gerechten Anteil einbringt. Der Kanzler hat es freilich anders formuliert: Jeder müsse sich wiedererkennen können in diesem Regierungsbündnis. Den Wähler interessiert nur, was dabei herauskommt, vor allem demnachst in der Innen- und Rechtspolitik.

Die Malaise-Stimmung wird der politischen Leistung der Regierung nicht gerecht. Das hat Strauß bestätigt, und er hat nichtigerweise hinzugefügt, man müsse die Erfolge nicht nur ins Gehirn, sondern auch in die Herzen der Menschen bringen. Es ist schön, wenn das gesagt wird. Es ist noch schöner, wenn das endlich einmal getan wird. Die Bundestagswahl 1987 wird schicksalhaft. Schon vorher freilich hat der Bürger etliche Male die Wahl – nicht etwa darüber, welche Seite besser regieren dürfte und daher seine Stimme verdient, sondern, leider ist es so: ob überhaupt regiert, ob gewirtschaftet oder mißgewartet werden soll. Dies in die Hirne und Herzen zu tragen ist keine PB-Frage, sondern eine Haupt-Sache.

Die Leistungen anerkennt: Strauß mit Kohl in München. FOTO: WERNER SCHÖRING

Verteidigung: Österreichs Sozialisten sind da anders

Der „wenig populären“ Sache kann und will man sich nicht entziehen / Von Carl Gustaf Ströhm

In den Reihen der Sozialistischen Partei Österreichs hat eine Diskussion über Fragen der Landesverteidigung eingesetzt, die man bei aller Unterschiedlichkeit der Verhältnisse zwischen Bonn und Wien – als eine Art kleiner Nachkriegsdebatte bezeichnen könnte. Es ging für das österreichische Heer in der Tat um Nachrüstung und um die Schließung einer seit Jahren immer wieder angemahnten Lücke in der Luftverteidigung, nämlich um die Anschaffung von vierundzwanzig modernen Überschall-Abfangjägern. Bisher bestand die österreichische Luftstreitmacht nur aus veralteten Saab-Maschinen schwedischer Herkunft, die wegen ihrer niedrigen Geschwindigkeit Verletzungen des österreichischen Luftraums nicht verhindern konnten.

Während der Regierungszeit Kreiskys, der nur wenig Kontakt zu den österreichischen Streitkräften pflegte, war das Problem der Luftabwehr vernachlässigt worden: es sei kein Geld vorhanden. Nun hat Kreiskys Nachfolger als Partei-

und Regierungschef, Fred Sinowatz, das Problem angepackt – nicht weil hätten ihm das zuge- traut. Durch die jüngste Regierungsumbildung schieden zwei sozialistische Kabinettsmitglieder aus, Herbert Salcher (Finanzen) und Erwin Lanc (Auswärtiges), die als Exponenten des linken Flügels und als keine besonderen Freunde der Streitkräfte galten. Kaum waren der neue Finanzminister Vranitzky und der neue Außenminister Gratz im Amt, war nicht mehr vom Geldmangel die Rede; vielmehr beschloß der Parteivorstand der SPÖ mit großer Mehrheit, dem Ankauf der Überschallmaschinen zuzustimmen. Auch die Diskussion über Lenk- und Fugabwehrsysteme, die Österreich durch den Staatsvertrag verboten sind, kam wieder in Gang.

Die Abfangjäger-Entscheidung hat natürlich auf dem linken SPÖ-Flügel, vor allem unter den Jungsozialisten, Proteste und Demonstrationen ausgelöst. Anders als in der Bundesrepublik aber endete die verteidigungspolitische Debat-

te in Österreich – zumindest vorläufig – mit einem Sieg des sogenannten rechten Parteiflügels, der selber als Mitte versteht. Das ist vor allem deshalb bemerkenswert, weil es in der Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie ein traumatisches Erlebnis mit der Armee gibt: Den Februar 1934, als sich sozialdemokratische Kampfformationen und Bundesheer in einem grausam ausgetragenen Bürgerkrieg gegenüberstanden, bei dem die Wiener Arbeiterwohnbauteile – etwa der Karl-Marx-Hof – wie Festungen verteidigt und von Artillerie beschossen wurden. Eine solche Konfrontation von Armee und Sozialdemokratie hat es in Deutschland niemals gegeben.

Um so bemerkenswerter ist, daß die Führung der österreichischen Sozialisten jetzt in der verteidigungspolitischen einen anderen Weg geht als die SPD, nämlich den Weg einer deutlichen Distanzierung von pazifistischen Gruppen (unter denen sich übrigens auch Gruppen der katholischen Jugend befinden). Bundeskanzler Sinowatz nahm vor

IM GESPRÄCH Walther Florian

Die Furcht und der Stier

Von Hans-Jürgen Mahnke

Walther Florian, der neue Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, muß gleich ins Wasser springen. Kaum im Amt – seine Ernennungsurkunde hat er erst Mittwoch erhalten – muß er schon heute an den Brüsseler Verhandlungstisch. Dort werden nicht nur die agrarpolitischen Weichen gestellt, sondern dort wird auch Florian gemessen werden, und zwar an seinem Vorgänger Hans-Jürgen Rohr, der nach Querelen mit Minister Ignaz Kiechle aus dem Amt geschieden ist.

Florian ist sich bewußt, welche „respektablen Maßstäbe“, wie er selber bei der Verabschiedung Rohrs betont hat, sein Vorgänger gesetzt hat. Etwas, was sich nicht nur in den Dankesworten des Ministers niederschlagen hat, sondern auch im Beifall der Beamten. Allerdings hat auf das Ministerium beruhigend gewirkt, daß Kiechle Florian ausgesucht hat und nicht andere, über die auch spekuliert worden war. Denn Florian ist nicht nur einer der dienstältesten Abteilungsleiter des Ministeriums, sondern er gilt auch als Fachmann gerade für Probleme des Gemeinsamen Marktes.

Der am 20. November 1921 in Haidenbach in Österreich geborene promovierte Volkswirt leitete seit 1976 die Abteilung „Marktpolitik“. Er war damit zuständig für die Durchführung der europäischen Marktordnungen, ferner für die inländische Versorgung, die Ein- und Ausfuhr und das Ernährungsgewerbe. Begonnen hat er seine berufliche Karriere 1951 bei der Rhein-Main-Bank in Frankfurt. Von dort wechselte er 1952 zur Einfuhr- und Vorratstelle für Getreide- und Futtermittel und trat 1957 als Hilfsreferent in das Bundesministerium ein. Zehn Jahre später übernahm er das Referat Getreidewirtschaft.

Daß seinen Stuhl sein bisheriger Unterabteilungsleiter Franz-Josef Specks einnimmt, findet nach dem Gerede der letzten Tage den zusätzlichen Beifall vieler Beamten, nachdem intern auch andere Möglichkeiten durchgespielt worden waren.



Kiechles neuer Staatssekretär: Florian. FOTO: DPA

Auch diese Entscheidung Kiechles sei sachbezogen, heißt es.

Florian bleibt, wie er selber sagt, keine Möglichkeit, Anlauf zu nehmen; er muß aus dem Stand, den Sprung wagen. Allerdings: „Furcht“ fügt mehr Wunden zu als der Stier“, zitiert er einen bekannten spanischen Stierkämpfer. Er ist Realist. Für ihn steht fest, daß die EG-Agrarpolitik noch nicht aus der Talsoble heraus ist, daß noch zwei harte Jahre bevorstehen, in denen notwendige Korrekturen vollzogen werden müssen. So gar im Milchbereich sei die Gemeinschaft noch nicht über dem Berg. Sie stehe vor Eingriffen bei Wein, Getreide und Olivenöl, und überdies drohen erste handelspolitische Auseinandersetzungen. Es fehle an Geld, das die Eingriffe erleichtern könnte. Trotz des Nachtrags reicht für im der Haushalt 1984 der EG nicht aus, und der Etat 1985 ist seiner Meinung nach um mehrere Milliarden unterdotiert. Sollte der Dollar-Kurs ins Rutschen geraten, dann würde dies ein zusätzliches Loch in die EG-Kassen reißen.

Wer sich auf dieses Gebiet begibt, braucht auf Lorbeeren, wie er weiß, nicht zu hoffen noch zu ruhen. Er muß sich auf harte Kritik vor allem dieser einstellen, die nachher alles besser wissen, ohne vorher je ein brauchbares Rezept vorgelegt zu haben.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Viele Blätter beschäftigen sich mit der Kritik an Barzel.

MORGEN

Worauf Barzel noch wartet, läßt sich schwer begreifen. Sein Einwand, ihm müßten erst einmal die belastenden Dokumente vorgelegt werden, steht nicht.



Wird aus dem Fall Barzel auch ein Fall Kohl? Die Grünen wollen den Kanzler in den Strudel hineinziehen. Die Attacken aber laufen ins Leere. Bisher gibt es keinen Beweis, nicht einmal einen Anhaltspunkt dafür, daß mit dem Flick-Geld Kohls Weg an die CDU-Spitze „freigekauft“ wurde. (Köln)

HESSISCHE ALLGEMEINE

Es gibt keine Affäre Kohl, es gibt eine Affäre Barzel. Warum muß die Öffentlichkeit tagelang warten, bis die ganze Wahrheit auf den Tisch kommt? (Kassel)

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG

Bevor diese Diskussion vollends in Hysterie umkippt, sei gefragt: Begibt sich derjenige nicht in die weiterwärtigen Niederungen des sogenannten gesunden Volksempfindens,

der das Urteil schon gesprochen hat, bevor der Angeeschuldigte überhaupt zu Wort kommen konnte? (Heidelberg)

NEUE RUHR-ZEITUNG

Rainer Barzel glaubt, er könne auch für den Rest der Legislaturperiode dem Parlament präsidieren. Das wird sich als Irrtum herausstellen. ... Es ist, so schmerzlich dies für Rainer Barzel auch sein mag, die Unverfrorenheit der Götter, die ihn nun einholt. Er wird darüber nachzudenken haben. (Essen)

DARMSTÄDTER ECHO

Barzel hat nach seinen Rücktritten ein mit 250 000 Mark jährlich dotiertes Angebot der Frankfurter Anwaltsfirma Paulangenenommen. Nach allem, was bisher unwidersprochen enthüllt wurde, muß Barzel gewußt haben, woher dieses Geld eigentlich kam vom Flick-Konzern.

Nordwest-Zeitung

Bei allem sollte man die jetzt stückweise bekannt gewordenen „Dokumente“ aus den Flick-Akten auch als das ansehen, was sie in Wahrheit sind: wichtigerische Vermerke hochbezahlter Manager, die darauf abzielen, den Arbeitgeber mit angeblich überwältigenden Erfolgen bei der Beeinflussung von Staatspersonen zu beeindrucken. (Oldenburg)

Als Aquino starb, war sein „Mörder“ schon tot

Der Mörder des philippinischen Oppositionspolitikers Benigno Aquino heißt nicht – wie bisher behauptet – Rolando Galman. Ein Videofilm beweist: Der angebliche Mörder war längst tot, als die Killer kamen. Die Filmdokumentation beweist nicht, wer Aquino erschoss, aber sie beweist, daß es eine geplante Aktion der Militärs von Präsident Marcos war.

Von PETER WOLFF

Im Vorführungsraum des Manilaer Filmstudios von José María Gonzales herrscht gespannte Stille. Vor einem kleinen Kreis geladener philippinischer Geschäftsleute, Künstler, Priester, Nonnen und besorgter Bürger läuft ein Videofilm, der sensationelle Bilder über den Mord an dem Oppositionsführer, Benigno Aquino, enthält.

Der Erzählung von Präsident Marcos ist am 21. August vorigen Jahres auf dem Flughafen von Manila erschossen worden, als er nach dreijähriger Zwangsarbeit in Amerika in seine Heimat zurückkehren wollte. Der Mörder, so behaupten die für die Flughafensicherung zuständigen gewesen Militärs, sei Rolando Galman gewesen, ein Agent der Kommunisten.

Galman kann zu dieser Beschuldigung nichts sagen. Auch er ist tot, erschossen von Militär-Eskorten, die den Ex-Senator Aquino hätten beschützen sollen. Der Mord schien eindeutig. Was gab es da zu rätseln?

Warum, empörte sich Präsident Marcos in einem Interview im vorigen November, wolle die westliche Presse nicht einsehen, daß der Mörder Rolando Galman war?

In der politisch aufgewühlten Hauptstadt Manila kursierte unterdessen folgender Witz: Aquino und Galman treffen sich im Himmel. Aquino fragt Galman: „Warum hast du mich umgebracht?“ Dazu Galman: „Wie konnte ich, ich war doch eher hier als du.“ Ein Witz, der die Wahrheit spricht?

Der Gonzales-Film zeigt, wie die „China-Airlines“-Maschine, mit Aquino und zwölf ausländischen Journali-

sten an Bord zu ihrem Landeplatz rollt. Bewaffnete Soldaten laufen der Maschine entgegen. In der Nähe des Flughafengebäudes stehen zwei Flugkisten. Containerwagen in seltsamer Position. Rücken an Rücken.

Im Zeitlupentempo kann man sehen, daß die Rücktüren offen sind. Ein Soldat schwingt sich hoch, verschwindet im Inneren. Ein Mensch aus dem anderen Container springt herüber. Wozu solch geheimnisvoller Umstand, der um so geheimnisvoller erscheint, als er von Zeugen der Regierung bestritten wird? Die Türen, sagten Zeugen vor der Agrava-Kommission, seien verschlossen gewesen. Die Agrava-Kommission, so benannt, weil ihre Vorsitzende Rosale Agrava heißt, ist im Oktober vorigen Jahres von Präsident Marcos mit der Aufklärung des Aquino-Mordes beauftragt worden. Ihr Abschlußbericht soll in diesen Tagen veröffentlicht werden.

Unterdessen zeigt Gonzales seinen Film, den er im August im Auftrag und in Zusammenarbeit mit der Agrava-Kommission aus Videoaufnahmen des staatlichen philippinischen Fernsehkanals 4, der amerikanischen Fernsehgesellschaft ABC und der japanischen „Tokio Broadcasting System“ TBS hergestellt hat.

Während der entscheidenden Zeit, von der Landung der Maschine bis zum Mord, so erklärt Gonzales, habe die Crew von Kanal 4 am Fenster neben der Teleskop-Rampe gestanden und freien Blick auf das Geschehen gehabt. Warum, fragt er, ist der Videostreifen nach dem Parken der Maschine völlig verbrannt? Warum ist er erst wieder intakt, als er zwei tote Männer auf dem Flugfeld zeigt? Bloßer Zufall? Gonzales fügte an Stelle des verbrannten Kanal-4-Bandes Aufnahmen aus dem Flugzeuginnern, die von ABC und TBS stammen.

Drei Soldaten in Uniform betreten die Maschine, gefolgt von zwei Sicherheitsbeamten im Barong Tagalog, dem philippinischen Nationalhemd.

Die Uniformierten gehen den Gang entlang, suchen Aquino, der bis vor seiner Zwangsverbanung der höchsten politischen Gefangene von Präsident Marcos war. Wegen angeblichen

Hochverrats, Gonzales stellt wieder auf Zeitlupe. Die Uniformierten entdecken den Gesuchten. Einer dreht sich scheinbar zögernd halb um, signalisiert mit seinen Augen den Kollegen im Barong, wo Aquino sitzt. Ein anderer fühlt dem Ex-Senator wie zufällig den Rücken ab, der leicht vornübergebeugt dabei ist, den Sitzgurt loszuschneiden. Noch lächelt er.

Der Uniformierte deutet für einen Moment seine flache Hand zum Hals von Aquino, stellt Augenkontakt mit den Kollegen weiter hinten. Aquino trägt eine kugelsichere Weste. Er steht auf. Da fassen ihn die Eskorten im Polizeigriff. Aquinos Lächeln erstarrt. Schock führt über sein Gesicht. Er senkt die Augen. Als ahne er, was sein Schicksal ist.

Die Eskorten führen ihn vor sich her. Tumult entsteht. Kameramänner, Fotografen, Journalisten drängen sich zur Rampe. Doch die Eskorten schieben Aquino unerwartet durch die geöffnete Tür auf die angeordnete Servicetreppe. Die Kameras laufen weiter, erfassen Bruchstücke hier und da. Plötzlich die Worte „pusla, pusla“. Das heißt „schieß“, pusla aber, erläutert Gonzales, ist kein Wort der philippinischen Nationaldialekte Tagalog, es stammt aus dem Dialekt der Visayas, der zentralen Inselgruppe.

Gonzales braucht den Zuhörern nicht zu sagen, daß die ehrszeitige First Lady Imelda Marcos aus den Visayas stammt und ihre Sicherheitsleute vorwiegend aus ihrer Provinz Leyte rekrutiert. Hat das etwas zu sagen? Hat es etwas zu sagen, daß Imelda Marcos seit über einem Monat ohne eigentlichen Grund im Ausland ist und niemand weiß, wann sie zurückkehren wird.

Gonzales, ein erfahrener Bild- und Toningenieur, weist die Zuschauer daraufhin, wie in diesem Moment, daß das Wort Pusla erklingt, ein Sicherheitsbeamter einem der Uniformierten etwas überbringt. Was, das ist nicht zu erkennen. Als nächstes kann man sehen, wie sich die rechte Schulter des Uniformierten hebt, der direkt hinter Aquino steht. Jeder kann seine Schlussfolgerung ziehen. Der prominente philippinische Rechtsanwalt, Juan David, meint, daß dieser



Manila, 21. August 1983: Über 20 Schüsse in den Leib, doch das Unterhand des Rolando Galman bleibt blütenweiß

Mann der Mörder war, der Gefreite Moreno. Der Beweis dazu aber fehlt.

Schüsse fallen. Nach dem 5. Schuß zeigt sich auf einem ebenfalls durch Brand beschädigten Streifen, wie ein Mann in blauer Jacke rückwärts die Servicetreppe hochkommt und ellig in die Rampe abdrückt. Für einen Moment erblickt die Kamera sein Gesicht. Die Agrava-Kommission hat ihn als Captain Bautista identifiziert, der damals Direktor der Flughafensicherungskommission „Avsecom“ war. Vier Mal hat Bautista vor der Agrava-Kommission bezeugt, daß er da war, wo der Streifen ihn zeigt. Warum diese Lügen?

Die Zuschauerräumen. Bislang hatte die Öffentlichkeit geglaubt, es habe an der Mordscene nur einen „Mann in Blau“ gegeben, den angeblichen Mörder Galman, weil er ein blaues Hemd anhatte. Zeugen der Militärs, die Galman als Täter beschrieben, sprachen von „dem Mann in Blau“, der bis zu dem Moment, in dem er auf Aquino zugestürzt sei, sich lachend mit den Soldaten unterhalten habe. Jetzt steht fest, daß die Mordstrategen einen zweiten Mann in Blau platzierten. Der Gonzales-Film zeigt jetzt wieder im klaren Bild zwei Männer, die dicht nebeneinander auf dem Asphalt liegen. Einer „in Weiß“, in einer Lache von Blut. Das ist Aquino. Und einer „in Blau“, das ist Galman.

Die Vorführung ist zu Ende. Die von Gonzales erstellte Videodokumentation beweist zwar nicht, wer der Mörder ist, sie macht jedoch eindeutig klar, daß der Mord an Aquino eine bis ins Detail geplante Operation der Militärs von Präsident Marcos war.

geschwollen, daß die Schuhe zu klein erschienen. Trotz mehrerer Schüsse in seinen Leib blieb sein Unterhemd blütenweiß. Kein Tropfen Blut ist zu sehen. Nur an seinem Kopf scheint so etwas wie ein Blutgerinnsel zu sein. Sieht so ein Mensch aus, der erst Sekunden tot ist, mit über 20 Schüssen in seinem Körper?

Einen Moment ist außer den beiden Toten niemand zu sehen. Kein Soldat, der sich um Aquino bemüht. Erste Hilfe versucht, nach einem Arzt oder einer Ambulanz ruft. Dann sieht man, wie ein Soldat aus einem Militärkombi springt. Er tastet Aquinos Bein ab, schiebt seinen Fuß unter Aquinos Rücken, als wische er etwas weg. In diesem Augenblick scheint sich Aquinos rechtes Bein zu bewegen. Lebt er noch? Ein zweiter Soldat kommt ins Bild. Zusammen ziehen sie den Ex-Senator wie einen toten Hund durch die Rücktüre in den Kombi. Der Wagen fährt ab. Galman bleibt zurück. Niemand darf sich ihm nähern. Niemand kümmerte sich um ihn. Fast vier Stunden lang lassen ihn die Militärs in der stechenden Sonne liegen. Ein Arzt bemerkt, Galman hat wohl erst aufstehen müssen.

Die Vorführung ist zu Ende. Die von Gonzales erstellte Videodokumentation beweist zwar nicht, wer der Mörder ist, sie macht jedoch eindeutig klar, daß der Mord an Aquino eine bis ins Detail geplante Operation der Militärs von Präsident Marcos war.

Die CSU hat ihr Idol wieder: Franz Josef Strauß

Dynamisch, energisch und gut gelaunt präsentierte sich Franz Josef Strauß den Delegierten des CSU-Parteitag in München. Vergessen war der Streit um den Milliardenkredit an die „DDR“, der den letzten Parteitag überschattet hatte.

Von PETER SCHMALZ

Was es nur ein vom Zufall arrangierter Auftritt, oder war es der Einfall eines findigen Parteitag-Regisseurs? Wie auch immer die Antwort lautet, mag, eins ist sicher, geklagener hätte das Kapitel um das verunglückte CSU-Treffen im letzten Jahr mit seinen Wirrnissen um den Milliardenkredit an die „DDR“, mit einem über den Kurs irritierten Fußvolk und mit einem seiner eigenen Basis grollenden Parteichef nicht beendet werden können: Als Franz Josef Strauß am Samstag mit der seiner Grundsatzrede ans Pult der Münchner Bayernhalle treten will, stellt sich ihm ein junges Paar in den Weg und säuselt: „Wir danken Ihnen.“ Der Einsatz von Strauß hat den jungen Leuten den Wechsel von der „DDR“ in die Freiheit des Westens ermöglicht.

Befreit klatschen die Delegierten Beifall

Der Parteichef entschuldigt sich bei den knapp 1100 Delegierten des CSU-Parteitags für die Verzögerung, spricht von den Hunderten, denen er zur Ausreise verholfen hat, und sagt zwei Sätze, die in die CSU-Geschichte eingehen werden als der Schlüsselpunkt der christ-sozialen Unruhen des Jahres 1983: „Ich habe damit (mit dem Kredit, d. Red.) keine Änderung meiner Gesinnung oder meiner politischen Einschätzung verbunden. Wenn aber die, die draußen im Lande sich das Maul zerreißen und grinschnebelig dahereden, in der Lage der Opfer gewesen wären, dann würden sie ein anderes Urteil über diese Politik haben.“ Und die Delegierten klatschen beifallig, als habe es in ihren Reihen niemals ein Großmaul gegeben.

Nun haben sie ihn wieder, ihren Franz Josef Strauß, zu dem so schön aufzusehen ist und der auch mit 69 Jahren vor Kraft und Energie zu sprühen scheint, daß manch biologisch Jüngerer sich daran kaum messen kann. Er hat auch seinen Spürsinn, der ihm im Arger des vergangenen Jahres teilweise abhanden gekommen war, wiedergefunden und weiß sensibel mit der Stimmung der Menge politisch zu jonglieren.

Ignaz Kiechle etwa profitiert davon. Das Münchner Hauptquartier hat dem Bonner Landwirtschaftsminister die Mängel der neuen Milchpolitik noch nicht vergeben und wäre nicht unglücklich gewesen, hätten die Delegierten ein verbales Strafgericht mit dem Parteifreund aus dem Allgäu gehalten. Als aber Helmut Kohl seinen Landwirtschaftsminister als einen Mann mit Sachkenntnis und Leidenschaft rühmt, der Parteitag ihm dafür lange applaudiert und sogar Bravo-Rufe hörbar werden, da stellt Strauß die Plattform, auf der sich künftig Partei, Bauern und Minister verträglicher können: Die Schuldigen an der europäischen

Agrar-Misere sind die „Schläfer und Versäumnisträger“ der alten Koalition, die Reibereien mit dem Landwirtschaftsminister vermindert. Strauß zur Unterstützungaktion: „Wir haben unserem Freund Kiechle geholfen, das durchzusetzen, was ohne starke Münchner Nachhilfe mit weißblauem Begleitgeräusch und entsprechendem Trommelklang nicht durchsetzbar gewesen wäre.“ Da strahlt Kiechle, und die Partei klatscht.

Wie überhaupt die Hände der Delegierten ein aufschlußreicher Grasmesser über Sympathie und andere Empfindungen sind. Als der Bundeskanzler, von Strauß begleitet, durch die Halle dem Präsidiumspodium entgegensteht, muß er sich mit einem Beifall begnügen, der die Grenze der Höflichkeit nicht überschreitet. Meeres reserviert als engagierter Begleiter. Elfhundert das gedehnte Grußwort des Bonner Gastes und lassen sich nach der Ovation für Kiechle während der Kohl-Rede nur noch einmündig zu überschwinglichem Beifall hinreißen. Als der Kanzler die Befürchtung äußert, die Bundesrepublik sei ein kinderfeindliches Land geworden mit einem großen Herzen für Tiere und daher fordert: „Wir sind tierfreundlich eingestellt, aber Kinder haben Vorrang.“

Kohl vermeidet jeden Konflikt: wiederholt auch nicht seine Berliner Worte von der wenig hilfreichen Kritik aus Bayern, nennt gar die ihn immer wieder ärgenden, oft harten Worte des bayerischen Regierungschefs, nun in der Höhe des Löwe eine „kameradschaftliche Unterstützung“. Da schmunzelt CSU-Generalsekretär Gerold Tandler auf dem Podium besserwissernd.

Das Thema Barzel spart Kohl ab, und Strauß wird es zwei Stunden später ebenfalls übergehen. Die Diskussion darüber bleibt dem Gespräch im Vorraum und am Bierisch bunt. Der Abend überlassen. Kohl übergibt auch die Frage nach der Verfassungsmäßigkeit der Schwangerschaftsabbrüche an Krankenscheiter, obwohl er weiß, wie sehr die CSU auf eine Klärung drängt. Da aber steht Strauß den Kanzler, wenngleich zu diesem Zeitpunkt bereits zu einem anderen Termin abgefliegen ist.

Die CSU in der Rolle des Navigators

„Wir möchten eine verfassungskonform rechtlich einwandfreie Lösung“, sagt der CSU-Chef und erwähnt, daß ihr Kohl erklärt habe, die Bundesregierung sei zu einer Klärung verpflichtet. „Dieser Meinung“, so Strauß, „kann ich mich nur anschließen.“

„Kursbestimmung“ lautete d. Motto des Parteitreffens, aber me als in der Rolle des Navigators können sich die Münchner Christsozialen nicht fühlen. Der Kapitän sitzt i Bonn. Schon in den nächsten Wochen wird sich bei den vom Kanzler angekündigten Entscheidungen um Ausländer, Demonstrations- und Ehescheidungsfolgerecht zeigen, w weit der Münchner Kurs bestimmt ist. Die Grenzen der bayerischen Zustimmungsmöglichkeiten hat Strauß abgesteckt: „Ich bin ein ausgesprochener Freund des politischen Kompromisses, aber es muß ein Kompromiß sein, der nach vorne deutet.“

Ludger Westrick – dienen, nicht verdienen

Von GEORG SCHRÖDER

Welch alterer 90-jähriger! Morgen, an seinem 90. Geburtstag, kehrt Ludger Westrick in die Stätte seines Wirkens als Bundesminister und Chef des Bundeskanzleramtes zurück. Helmut Kohl gibt in den alten Räumen des Palais Schaumburg einen Empfang zu seinen Ehren.

90 Jahre, das hat kein anderer ehemaliger Bundesminister, das hatte nur Konrad Adenauer erreicht. Ein Rekord also. Aber das allein wäre kein Grund, Westrick zu feiern. Er verkörpert vielmehr ein gutes Stück deutscher Geschichte und erst recht die Historie der Bundesrepublik. Darüber hinaus verkörpert dieser vitale, immer noch drahtige Westrick etwas, das selten geworden ist und vielen gerade in Bonn heute oft fehlt.

Als Konrad Adenauer Ende 1950 den sich zunächst heftig sträubenden Ludger Westrick als Staatssekretär für das Bundeswirtschaftsministerium

um gewann, bedeutete dies dreierlei: Westrick wollte dienen und nicht verdienen, da die Staatsstellung für ihn eine erhebliche Einbuße an Einkommen bedeutete. Zum anderen wechselte nun ein gestandener und erfolgreicher Manager-Unternehmer in die Politik über. Zum dritten war Westrick kein Parteimann. Denn im umwerbenden Bundeskanzler hielt er abwendend entgegen, daß er ja nicht der CDU angehöre und auch nicht die Absicht habe, in die Partei einzutreten. Adenauer, so erzählte mir vor vielen Jahren Westrick, antwortete ihm, das mache nichts, denn Parteimitglieder habe er genug. Worauf es ihm ankomme, seien Köpfer im Staatsdienst.

Als Westrick 70 wurde, war er zugleich das jüngste Mitglied des Bundeskabinetts und doch der an Jahren älteste Bundesminister. Ludwig Erhard glaubte aus gutem Grund, ihn nicht entbehren zu können. Das Beamtengesetz erlaubte ihm nicht,

Westrick über sein 70. Lebensjahr als Staatssekretär an seiner Seite zu halten. Deshalb setzte Erhard es durch, daß Westrick zum Bundesminister mit Sonderaufgaben ernannt werden konnte. Das Duo Erhard-Westrick blieb also erhalten bis zum Jahre 1968.

Noch ehe es zur großen Regierungskrise um Erhard kam, drängte Westrick im September auf sein Ausscheiden aus dem Kabinett. Er fühlte sich mit gutem Grund verletzt durch Attacken im Fraktionsvorstand der CDU/CSU, wo ein CDU-Abgeordneter ihn vorwarf, gar nicht CDU-Mitglied zu sein, ohne daß Erhard sich vor seinen angegriffenen Freund stellte.

Nicht vergessen ist unter den Oldtimern, daß der unermüdete Arbeiter und Mitvater der Marktwirtschaft, daß Westrick allezeit ein Mann auf leichtem Fuß mit Witz und Charme war, der die Kunst der Unterhaltung so gut im Privaten beherrschte wie

die der Verhandlung im öffentlichen Bereich. In seinem Haus in Bad Godesberg wurde das Wort Musik groß geschrieben. Kein Wunder, da seine Frau, die Wienerin Hilde geborene Freylin von Oelde, ursprünglich Musik studierte. Erst als das Paar schon drei Kinder hatte, entschloß sich Frau Westrick zum Medizinstudium. In den schlimmsten Tagen von Berlin, 1945, entschloß sie sich, eine Privatklinik, eine Armenklinik zu improvisieren, die sie dann bis 1964 fortgeführt hat.

Noch ein letztes Wort: Ludger Westrick, das jüngste von sechs Kindern eines früh verstorbenen Gymnasiallehrers in Münster, erfreute sich selber auch an sechs Kindern, zu dem das streng katholische Paar noch zwei Adoptivkinder hinzufügte. Fünf dieser acht Kinder sind Ärzte, einer ist Rechtsanwalt, einer selbständiger Unternehmer und einer ist Offizier geworden, Oberstleutnant im Generalstab.



Staatssekretär und Minister: Ludger Westrick wird 90 Jahre alt. FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

Der Platin Noble – ein Investment für die Zukunft.

Denn der Preis für Platin wird durch die Nachfrage aus zukunftsorientierten Technologien bestimmt. Medizin, Chemie und hochwertige Technik kommen ohne Platin nicht mehr aus.

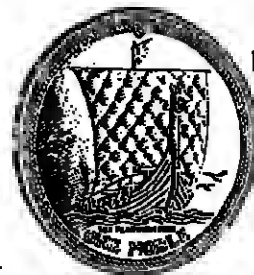
Der Platin Noble besteht aus einer Unze (31,1 g) reinem Platin. Wenn Sie größere Beträge anlegen wollen, empfiehlt sich der Erwerb in Luxemburg, weil er dort mehrwertsteuerfrei ist.

In jeder unserer Geschäftsstellen ist der Platin Noble leicht zu kaufen – selbstverständlich auch zur Auslieferung in Luxemburg. Das Aufgeld beim Kauf ist niedrig. Der Verkauf ist einfach und unser Rückkaufpreis günstig.

Auch wenn Sie noch kein Konto bei uns haben, beraten wir Sie gern über diese Anlagemöglichkeit in Platin.



Vorderseite



Rückseite

Die Abbildungen entsprechen etwa der Originalgröße.

Sprechen Sie mit uns. Denn unser Service ist es wert.

Deutsche Bank



Glötz: Arbeit ist bei uns zu teuer geworden

SPD vor dem „Ladenhüter Verstaatlichung“ gewarnt

PETER PHILIPPS, Bonn

Das Wort „Maschinensteuer“ kommt zwar nicht mehr vor, aber in den Überlegungen über die künftigen wirtschaftspolitischen Programmvorstellungen der SPD steht die Verlagerung der Steuern und Abgaben auf den „Faktor Kapital“ weiterhin im Zentrum. Dies hat Bundesgeschäftsführer Peter Glötz vor der Partei-„Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen“ am Wochenende deutlich gemacht. Er erhob die Forderung, „die Belastung mit den Abgaben von der Lohnsumme auf die Wertschöpfung des Unternehmens, also vom Faktor Arbeit auf den Faktor Kapital zu übertragen“, über eine „Wertschöpfungsabgabe“.

Selten hat ein prominenter Sozialdemokrat so deutlich wie Glötz dabei ausgesprochen, daß in der Tat „Arbeit bei uns zu teuer geworden“ ist. Es sei dadurch „vielfach rentabler, Arbeit durch Kapital zu ersetzen“, also Menschen durch Maschinen. Das Verhältnis von Nettolohn zu den kalkulatorischen Kosten eines Betriebes habe inzwischen die Relation Eins zu Drei erreicht. Aber auch für die Arbeitnehmer sei durch die schnelle Zunahme der Steuerbelastung die Löhne auf ihrer Arbeit zu hoch geworden. Der Anteil der Lohn- und Einkommensteuer an den Gesamtsteuereinnahmen sei von 22 Prozent im Jahre 1952 auf 44 Prozent im Jahre 1982 gestiegen. Das „langjährig austariertere Gleichgewicht zwischen Arbeit und Kapital“ sei „nachhaltig gestört“.

Der SPD-Bundesgeschäftsführer zitiert ausdrücklich zustimmend aus dem wirtschaftspolitischen Grundsatzpapier des niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht (CDU), daß „die gewaltige Wertschöpfung in den Fabriken gerecht auf die Menschen verteilt werden (muß). Es ist fraglich, ob der Maßstab des betrieblichen Arbeitslohns hierfür noch zureichend ist“. Vor den verblüfften Genossen zitiert er ein weiteres Mal Albrecht: „Wenn das ganze Volk angemessen am Produktivvermögen beteiligt ist, sind die durch den Strukturwandel bedingten Auswirkungen auf das Familieneinkommen der Menschen begrenzt.“ Die

SPD müsse „über diese Gedanken mit der CDU/CSU reden“.

Zwei „denkbare Varianten für die genannte Beteiligung des Volkes am Produktivvermögen“ nannte Glötz in seiner Rede, die er ausdrücklich als Beitrag zur eigenen Programmdiskussion der SPD verstanden wissen wollte – einer Programmdiskussion, an deren Ende im Mai 1986 ein wirtschaftspolitischer Bundeskongress der SPD stehen soll, dessen Beschlüsse Eingang finden werden sowohl in das Wahlprogramm 1987 als auch in die Fortschreibung des Godesberger Programms. Glötz nannte als eine Möglichkeit den „direkten Einkommenstransfer aus dem Produktivvermögen, eine Volksdividende gleichsam“. Die „schwedischen Arbeitnehmerfonds“ seien ein „Hinweis auf den richtigen Weg“. Die Alternative sei, den gesellschaftlichen Produktivgewinn einzusetzen „zur Senkung der Arbeitskosten und damit zur Schaffung von Arbeitsplätzen im nicht hochproduktiven Bereich“. Gerade das Beispiel der USA zeige, daß in diesem Bereich, etwa dem Dienstleistungssektor, die meisten neuen Arbeitsplätze entstünden.

Die SPD-Arbeitsgemeinschaft hatte auf ihrem Kongress in diesem Zusammenhang die Einführung einer „Produktsteuer“ als Forderung beschlossen. Grundlage dafür sollte nicht mehr die Arbeitsstunde, sondern die Summe der Produktion sein. Doch Glötz äußerte sich hierzu zurückhaltend: Die Zielrichtung scheint ihm zwar richtig zu sein, aber es bedürfe gründlicher Nachrechnung.

Der sozialdemokratische Vordenker malte seinen Genossen die Utopie aus, „die Schwelle einer neuen Entwicklung“, vor der dieses Land stehe. Es werde einen „Individualisierungsschub“ geben, die „Bedeutung des unternehmerischen Denkens steigt“. Es werde „ein neuer Typ des Selbständigen“ entstehen, aber auch eine „neue Mentalität der Selbständigkeit“. Hierauf müsse sich die SPD einstellen. Dazu gehöre auch, „nach vorne zu diskutieren, nicht über die alten Ladenhüter“ wie beispielsweise „die Verstaatlichung von ohnehin maroden Stahlunternehmen“.

„Bloß nicht an Ideologien kleben“

Von WILM HERLYN

Nach dem Verzicht von Jürgen W. Möllemann, die nordrhein-westfälischen Freien Demokraten nach fünfjähriger Abstinenz wieder in das Düsseldorf Parlament zurückzuführen, klappte im größten FDP-Landesverband plötzlich eine Lücke. Irmgard Adam-Schwaetzer wollte nicht, andere Kandidaten von Professor Laermann bis Julius Cronenberg winkten ab. Einer sprang in die Bresche, der bislang bundesweit wenig Beachtung fand: Achim Rohde.

Es gehört ein Stück Mut dazu, zu sagen: „Ich mach's!“ Und eine Portion Selbstbewußtsein, „die Karre aus dem Dreck ziehen zu wollen“. Dort ist das Vehikel FDP wirklich stecken geblieben, zuletzt offenbar geworden bei der nordrhein-westfälischen Kommunalwahl. Doch hat sich die liberale Partei nicht nur festgefahren in mutlosen 1,1 Prozent in Herne oder 2,3 Prozent in Dortmund – sie ist bewegungslos geworden, weil sie sich selbst nicht mehr motiviert und damit andere noch weniger.

Dieser Situation sieht sich Achim Rohde ausgesetzt, der sich eigenhändig das Geschirr anlegt, und nicht nur ein bißchen ruckeln und ziehen will. Warum denn gerade er, der nie ein Politiker war? „Ich bin aber immer ein politischer Mensch gewesen“, bekennt er, einer, der fasziniert ist von der Suche nach dem Kompromiß, der das politische Machbare, das politische Notwendige und das politische Wünschenswerte vereinigt. Das „politische Management“ als Herausforderung ist eine Maxime, denn „das ist Handwerk und Kunst zugleich, von persönlichem Charakter und Einsatz geprägt und es wird viel zu sehr unterbewertet gegenüber der Neigung, alle Probleme der Gesellschaft durch Gesetze lösen zu wollen“.

Achim Rohde setzt das nicht als theoretischen Lehrsatz hin, sondern als Bündel seiner Erfahrung. Die machte er reichlich als Regierungspräsident von Düsseldorf, des größten und industriereichsten Bezirkes der Bundesrepublik. Acht Jahre lang lernte er, daß engstirniges Ressortdenken Konflikte nur verschärft, daß Probleme nur gemeinsam ressortübergreifend zu lösen sind.

Wer Rohde gegenübertritt und ihn beobachtet, merkt schnell, daß bei

ihm die Antworten nicht wie Sprechblasen kommen. Er wägt sorgsam, doch scheint es, als habe er im Hinterkopf – sozusagen als Aperçu – immer noch ein ironisches Bonmot.

Das kann als Vor- oder Nachteil für ihn ausschlagen: Im Gespräch ist es sicher zu seinen Gunsten, auf Wahlkampfveranstaltungen haben auch Parteifreunde ihre Bedenken. Aber zeigte nicht gerade der Europa- und der Kommunalwahlkampf, daß die großen Säle nicht mehr gefragt sind? Daß der Bürger angesprochen werden will – persönlich und individuell? Johannes Rau und Bernhard Worms, die Konkurrenten von SPD und CDU, ziehen daraus schon die Konsequenzen. Sie werden beide mehr „Basisarbeit“ machen, Bürgernähe suchen, Überzeugungsarbeit „am Mann“ leisten.

Es ist Mode geworden, Politiker in Schubladen zu stecken – der sei links oder rechts oder wirtschaftsliberal oder ökologisch. Bei Rohde versagen solche Vorurteile – auch wenn sie kurz nach seiner einhelligen Nominierung durch den Landesvorstand der FDP wieder reichlich herumgerichtet werden. Geprägt wurde er von den Jungliberalen, jenen Liberalen um Walter Scheel und Willi Weyer, die Mitte der 50er Jahre von Düsseldorf aus sich aus der Umarmung durch die Union lösten und die Annäherung zur SPD suchten. 1968 – damals war Rohde im Bundesvorstand der Jungdemokraten, aber auch persönlich Referent des nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministers Gerhard Kienbaum (CDU) – plädierte der Jurist für eine Koalition mit den Sozialdemokraten in Bonn nicht um einer neuen Koalition willen, sondern um neue Fragen zu stellen an die Politik, die ihm damals zu verkarsten schien. „Bloß nicht an Ideologien kleben, und nicht nach Partnern schielen, sondern gradlinig sein, Inhalte verwirklichen“.

So ist für ihn die Bonner Wende nicht ein Problem des Inhalts, sondern „es war ein Problem des Stils“. Sachargumente entscheiden für ihn. Darum benannte er einen CDU-Politiker als Vorsitzender des Bezirksplanungsausschusses und machte sich stark, 1979 in der Landeshauptstadt einen CDU-Politiker mit Hilfe der FDP zum Oberbürgermeister zu wählen. Beide Entscheidungen resultie-



Will die FDP in Nordrhein-Westfalen wieder auf Trab bringen: Achim Rohde. FOTO: GUSTAV SCHROEDER

ren aus Rohdes Einsicht, daß die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik keine Perspektiven bietet, daß „die SPD keine Antworten weiß auf Fragen nach einer zügigen Arbeitszeitordnung, einer Risikoverteilung“.

Mit Erschrecken sieht Rohde Schulen und Universitäten und deren Leistungsabfall, mit Erschrecken sieht er auf die eingefahrenen Geleise der Sozialdemokratie in Sachen Atomenergie, „wo jeder aus seinen Gräben heraus kämpft und gar nicht mehr bereit ist, dem anderen zuzuhören“. Es ist etwas Schlimmes für ihn, „alte Strickmuster weiter häkeln“. Das ist Stillstand und „dafür gebe ich mich nicht her“.

Aber nicht Wortgeklingel und Versprechungen oder Lösung aus Gesetz

und Verordnung, sondern „Handgreifliches“. Da sieht Rohde den Staat gefordert, „der die klaren Signale geben muß, damit die Wirtschaft flexibel reagieren kann“. Rohde also doch ein „Wirtschaftsliberaler“? „Wenn man die Soziale Marktwirtschaft ernst nimmt, dann muß jeder einsehen, daß manches Umweltverhalten ein Verstoß gegen die Marktwirtschaft bedeutet und sich gegen deren Geist verstößt“.

Konflikte in ordnungspolitischen Fragen scheut Rohde nie – und legt sich auch um der Sache willen mit seinem „Dienstherren“, der sozialdemokratischen Landesregierung, an. Dabei profilierte er sich in seiner Zeit als Regierungspräsident vor allem in Fragen des Umweltschutzes, fand als Mitstreiter den damaligen SPD-Landwirtschaftsminister Hans-Otto Bäumler gegen die zögerliche Staatskanzlei in Düsseldorf. Bäumler warf entwertet das Handtuch, Rohde – Reklamt aus dem sozial-liberalen Bündnis, das bis 1980 hielt – wurde im vergangenen Herbst in den einstweiligen Ruhestand geschickt.

Dort hätte er – gut dotiert – in der Tat in Ruhe leben können, hätte als Unternehmensberater in Sachen Umweltschutz sich im Kleinen verdient machen können, hätte sich vor allem seiner Familie widmen können. Die steht („da habe ich ein ganz schlechtes Gewissen“) hinten, auch wenn seine Frau Gisela, die Söhne Erik (17 Jahre) und Philip seinen Schritt verstehen. „Die zweijährige Ina“ – und das erzählt er mit ein wenig hitziger Ironie – „die gerade erst lernt, Papa zu sagen, muß nun umpolen auf „Spitzenkandidat““.

Er nimmt es „ächselzuckend in Kauf, wenn er „der Kenner, den niemand kennt“ genannt wird. Zumindest in seiner Partei ist er kein Nobody und mehr als nur Hoffnungs- und Sympathieträger. Gelassen sieht er die Versuche, Keile zu treiben zwischen ihm und den Landesvorsitzenden Jürgen W. Möllemann oder zwischen ihm und Teilen der FDP. Er hält sich selbst für einen, „der integrationsfähig ist durch meine Art, Teamarbeit und Teamgeist zu fördern“. Und für einen, der das hat, was der Partei jetzt am meisten fehlt: den Willen zu Kampf, zur Motivierung, und auch den Stolz auf die FDP.

Gegen Änderung im Recht für Schwerbehinderte

E.N. Bonn

Ein Verwaltungsaufwand „in Milliardenhöhe“ wird notwendig sein, wenn begünstigende Verwaltungsbescheide im Schwerbehindertenrecht, die vor dem 1. Januar 1985 ergangen sind, bis Ende 1989 auf ihre Rechtmäßigkeit überprüft werden können.

Auf diesen Umstand hat die „Aktionsgemeinschaft Kriegssopfer und Sozialrentner“ in Bonn anläßlich des 26. Oktober hingewiesen, an dem im Bundesrat ein Gesetzentwurf, der einen solchen Passus enthält, beraten wird. Die „Aktionsgemeinschaft“ stellt fest, das Schwerbehindertenrecht werde nicht durch unberechtigte Inanspruchnahme mißbraucht, und die Zahl unrichtiger Entscheidungen, welche sich in dem Bereich der auch bei anderen Verwaltungsentscheidungen auftritt. Die zu der „Aktionsgemeinschaft“ zusammengeschlossenen Verbände, so heißt es in einer am Wochenende verbreiteten Erklärung, wenden sich nachdrücklich gegen die im Gesetzentwurf zum Ausdruck gebrachte Absicht, zur Pflichtplatz-Zahl für Schwerbehinderte in Betrieben künftig auch Ausbildungsplätze grundsätzlich mitzuzählen. Die beabsichtigte Regelung hätte zur Folge, daß bei jetzt schon hoher Arbeitslosigkeit von Behinderten 60 000 bis 70 000 weitere Pflichtplätze fallen würden.

CSU fordert erneut Regierungssprecher

dpa, Bonn

Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Theo Waigel, hat gestern erneut einen dritten Regierungssprecher aus den Reihen der CSU gefordert. „Triumvirate waren manchmal gar keine schlechte Einrichtung“. Er könne sich vorstellen, daß „eine positive Ergänzung in diesem Falle sehr nützlich für die Publizität dieser Regierung sein könnte“.

DIE WELT (USPS 603-580) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar \$45.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Wir sagen schon lange Nein zum Formaldehyd. Wir, die Spanplattenwerke von GLUNZ.

Seit Jahren fordern wir: Verbannt die überhöhte Formaldehydkonzentration aus der Spanplatte. Und wir handeln danach: Seit Jahren produzieren die Werke von GLUNZ, dem führenden deutschen Spanplattenhersteller, Holzspanplatten der strengsten Emissionsklasse E1. Frei von Geruchsbelästigung, frei vom Verdacht der Gesundheitsgefährdung.



AGEPAN



GRECO



Triangel



Die deutsche Möbelindustrie verarbeitet in wachsendem Umfang unsere umweltfreundlichen E1-Spanplatten. Der deutsche Fachhandel führt sie im Sortiment. Unsere Kunden können sicher sein: Die E1-Programme aus den Werken von GLUNZ garantieren langjährige Erfahrung und gleichbleibend hohe Qualität. Wir haben das Formaldehydproblem gelöst. Endgültig.

GLUNZ

ملكا من لاجل

SPD Pfalz: Schneller entscheiden

Nea. Landau (Pfalz) Die SPD-Basis in Rheinland-Pfalz will offenbar eine schnellere Entscheidung über die Nachfolge von Oppositionsführer Hugo Brandt, als dieser sie selbst vorgesehen hat. Wie erwartet, wurde auf dem Bezirksparteitag der pfälzischen SPD auch Kritik an der Art und Weise laut, wie Brandts Rücktrittsabsichten (bis Ende 1985) an die Öffentlichkeit gelangt waren. Starke Beifall erhielt vor allem der stellvertretende Bezirksvorsitzende Rainer Rind (Ludwigshafen), der mit der Begründung, eine zwölf Monate andauernde Führungsdiskussion könne die Partei jetzt nicht verkraften, rasches Handeln und eine Entscheidung „bis spätestens April 1985“ forderte.

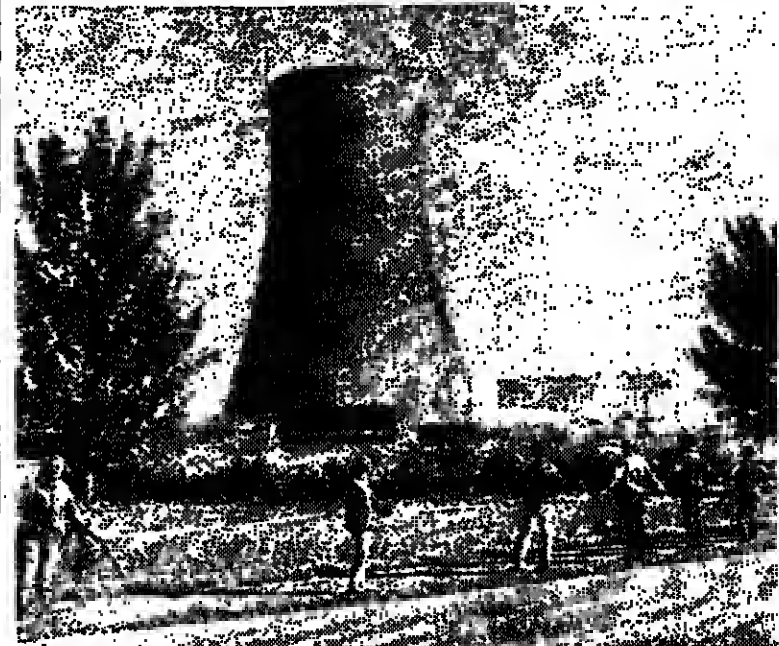
Zuvor hatte der Bezirksvorsitzende Willi Rothley, den Brandt bereits öffentlich als möglichen neuen Landesvorsitzenden bezeichnet hat, jede Kandidatur für dieses Amt energisch abgelehnt. Rothley, der seit 1983 dem Europaparlament angehört, betonte allerdings, daß die Entscheidung über die Nachfolge von Hugo Brandt als Landes- und Fraktionschef, nicht an diesem Bezirk vorbei fallen dürfe. Einen anderen pfälzischen Kandidaten nannte Rothley nicht.

Auch der Name des von Hugo Brandt ebenfalls ins Spiel gebrachten rheinland-pfälzischen SPD-Betriebsratsvorsitzenden Gernot Fischer fiel auf dem Landauer Parteitag nicht. In Gesprächen am Rande wurde immerhin deutlich, daß die Pfalz sich im Rahmen der Neuordnung der SPD-Spitze im Lande nicht damit zufriedengeben wird, etwa nur den neuen parlamentarischen Geschäftsführer anstelle von Rudolf Scharping zu stellen. Der Landtagsabgeordnete Kurt Beck, der hinter den Kulissen für diesen Posten gehandelt wird, beschwor als Diskussionsredner in Landau den Zusammenhalt der Landespartei und warnte vor einem erneuten Aufbrechen der Bezirksrivalitäten alten Stils.

Rothley bedauerte, daß zuerst die Öffentlichkeit und nicht die zuständigen Führungsgremien unterrichtet worden seien. Ohne einen Namen zu nennen, fügte er wörtlich hinzu: „Mich kotzt es an, daß auch diesmal wieder einige über eine willfährige Presse an den zuständigen Gremien vorbei versuchen, für sich Personalpolitik zu machen. Noch entscheidet die Partei darüber, wer mit welchen Aufgaben betraut wird.“



SPD-Chef Willy Brandt beteiligte sich an einer Kundgebung in seinem Heimatort Uxell. Selbst vor dem Atomkraftwerk Mülheim-Kärlich konnte die Menschenkette kaum geschlossen werden.



Beteiligung geringer als erwartet

Die geplante größte Menschenkette in der Geschichte der „Friedensbewegung“ zwischen einem Mittärgelände in Hasselbach (Hunsrück) und dem 210 Kilometer entfernten Arbeitsamt in Dusseldorf kam wegen zu schwacher Beteiligung nur bruchstückhaft zustande. Nach Angaben der Veranstalter beteiligten sich daran 150 000 Menschen. Die Polizei ging von

maximal 80 000 Menschen aus. Um die Kette zu schließen wären 200 000 Teilnehmer notwendig gewesen. Widerspruchlich sind auch die Zahlenangaben für die Kundgebungen am Wochenende in Hamburg, Bonn, Stuttgart und Berlin. Die Veranstalter sprechen von 400 000 Menschen. Die Polizei hält diese Zahl für erheblich übertrieben.

CDU-Präsidium berät auch über Barzel

DW, Bonn Auf einer Sitzung des CDU-Präsidiums unter Leitung des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, werden heute in Bonn möglicherweise die Weichen gestellt für das weitere politische Schicksal von Bundestagspräsident Rainer Barzel (CDU). In CDU-Kreisen ging man gestern davon aus, daß Barzel von sich aus auf die Berichte eingehen wird, nach denen er in den Jahren nach seinem Rücktritt als Partei- und Fraktionsvorsitzender rund 1,7 Millionen Mark vom Flick-Konzern erhalten haben soll. Während sich dem Vernehmen nach in der CDU-Spitze die Stimmen mehren, die auf einen Rücktritt des Parlamentspräsidenten drängen, ist Barzel zu einem solchen Schritt offenbar nicht bereit.

Scheidungsrecht: Mehrheit unzufrieden

dpa, Bonn Rund 60 Prozent der Bevölkerung sind mit dem geltenden Scheidungsrecht unzufrieden und haben sich dafür ausgesprochen, daß wie früher vor Gericht die Schuldfrage einer Scheidung geklärt wird. Dieser Auffassung sind nach einer Umfrage 58 Prozent der Frauen und 62 Prozent der Männer, wie das Bundesjustizministerium gestern in Bonn mitteilte. Durch das seit 1977 geltende Unterhaltsrecht sehen rund 45 Prozent der Befragten die Frauen bevorzugt. Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) kündigte an, daß der von der Regierungskoalition erarbeitete Gesetzentwurf zur Neuordnung des Scheidungsrechts in aller nächster Zeit vom Kabinett verabschiedet werde.

FDP zeigt sich wieder stabilisiert

ms, Bonn Die Freien Demokraten haben sich bundesweit offensichtlich stabilisieren können. In einer von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen Umfrage hat das EMNID-Institut in der Zeit zwischen dem 27. September und dem 7. Oktober folgende Prozentsätze ermittelt: CDU/CSU 46 Prozent, SPD 39 Prozent, FDP sechs Prozent und für die Grünen acht Prozent.

Unmut gab es bei Altenburg

Der Gast aus Moskau hatte leichtes Spiel / Denkwürdige Tagung in Loccum

RÜDIGER MONIAC, Bonn Der vergangene Samstag wird wohl nicht deswegen denkwürdig, weil sich abends viele Menschen auf die Straße begaben, um ihren Protest gegen eine in ihren Augen maßlose Rüstung sichtbar zu machen. Eher sollte ihm die Aufmerksamkeit vieler gelten, weil an abgelegenen Ort in Loccum, wo die Evangelische Akademie hin und wieder hohe Verantwortliche aus West und Ost zum Gespräch zusammenführt, Denkwürdiges geschah.

Dort diskutierte der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Altenburg, mit einem in der sowjetischen „Nomenklatura“ zwar nicht ganz oben angesiedelten Vertreter, Daniel Proektor, der als Professor der Akademie der Wissenschaften der UdSSR in Moskau an und war während seines Soldatenlebens „nur“ Oberst in der Roten Armee. Dennoch hat er die Krenl-Politik bei dieser Gelegenheit wahrscheinlich ebenso geschickt ins Bewußtsein seiner deutschen (auch Ost-Berliner) Zuhörer zu transportieren versucht, wie das wahrscheinlich der ursprünglich angekündigte Generaloberst Tschernow getan hätte.

Das Denkwürdige wohl zwischen dem „obersten Soldaten“ der Bundeswehr und dem russischen Oberst a.D. passierte fast am Ende der mehr als zweistündigen Debatte über „Sicherheitsvorstellungen und Militärstrategien im Ost-West-Verhältnis“. Altenburg hatte in einem längeren

Redebeitrag die wohl bekannten Zusammenhänge zwischen konventioneller Verteidigungsbereitschaft der NATO in der Vorverteilung und dem Vorbehalt der westlichen Militärstrategie, nötigenfalls auch den Einsatz von Atomwaffen zu planen, erläutert. Er fügte dann – weil ja die Nuklearwaffen im amerikanischen Besitz sind – in der ihm eigenen Offenheit hinzu: „Wir haben keinen Anlaß, in dieser Hinsicht und auch sonst an der Partnerschaft und der Vertrauenswürdigkeit der USA zu zweifeln.“

Unvermittelt reagierte ein Teil des Publikums mit Zischen und mit allen Zeichen heftigster Ablehnung. Es wurde in diesem Augenblick deutlich, daß in den Kreisen, die sich Friedensbewegung nennen, ein heftiger und mit Argumenten der Vernunft nicht mehr zu tilgender Affekt gegen die Amerikaner eingebrannt ist, der, wenn er irgendwann noch mehr auf dem Wahlkonto der Grünen oder bei der „neuen SPD“ politisch zu Buche schlagen würde, die Bundesrepublik aus der engen und ihr die Unabhängigkeit gegenüber dem Machtanspruch der Sowjetunion garantierenden Bindung an die Vereinigten Staaten allmählich herauslösen würde.

Die Sowjetunion fühlt sich durch die USA militärisch eingekeist. Proektor wiederholte nicht nur die altbekannte These des Krenl. Er fügte weitere Gesichtspunkte an, die sich zu einem Bild von der Sowjetunion zusammenfügen sollten, die nur und

ausschließlich Friedenspolitik verfolgen und „nie als erste einen Krieg machen“ werde. Sie verfüge zwar über „mächtige Streitkräfte“, brauche sie aber gegen die Bedrohung durch die USA und eine NATO, die sich „immer mehr in die aggressive Politik“ Washingtons hineinziehen lasse. Das propagandistische Reizwort „AirLand-Battle“ vergaß Proektor nicht, um seine Behauptung zu würzen, im Westen bildeten sich immer schärfer „neue strategische Konzeptionen mit immer klareren Angriffselementen“ heraus.

Auf die sowjetische Einkreisungstheorie entgegnete General Altenburg, unverständlich sei dann, warum Moskau die Masse seiner Divisionen gerade an der Stelle des Kreises konzentrierte, wo auf der anderen Seite auch die Bundesrepublik ist. „Herr Proektor, das sieht so aus, als wollten Sie gerade an der Stelle den Ring aufbrechen, wo ich sitze“, meinte der Generalinspekteur. Der Russe entgegnete, und jeder mochte herauslesen, was er wollte, die Sowjetunion sei riesig groß, habe Verkehrsprobleme und deshalb die Truppen dort stationiert, „wo wir sie brauchen“.

Der Leiter des Gesprächs, Klaus von Schubert, hatte zu Beginn gewünscht, beide Seiten mögen einander zuhören und verstehen lernen. Die Skepsis, ob das gelungen sei, war am Ende bei den Zuhörern groß und einige fragten, ob wohl eine Fortsetzung in Moskau möglich sei.

„Es bleibt bei zwei Schritten“

AP, Bonn Bundesfinanzminister Stoltenberg hat bekräftigt, daß die geplante Steuererhöhung von 20 Milliarden Mark in zwei Schritten 1986 und 1988 in Kraft treten soll. Im „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom Samstag nahm der Minister damit zu Forderungen aus FDP und CSU Stellung, wonach die Steuern bereits 1986 in einem Schritt gesenkt werden sollten. Stoltenberg bekräftigte seine Forderung, daß die „Gesundung der Staatsfinanzen“ durch steuerpolitische Entscheidungen nicht gefährdet werden dürfe. Er verwies darauf, zehn von elf Bundesländern wünschten die Steuerreform in zwei Schritten.

Bauern erhalten weitere Hilfen

rt, München Die deutschen Klein- und Mittelbauern werden nach monatelangem Druck der CSU voraussichtlich weitere Hilfen zum Ausgleich der Bruttoerträge im Milchsektor erhalten. Bundeskanzler Kohl, CSU-Vorsitzender Strauß, FDP-Chef Genscher und Landwirtschaftsminister Kiechle bekundeten am Wochenende übereinstimmend ihren Willen, über das bereits beschlossene 20 Milliarden-Programm hinauszuweisen. Die CSU verlangte Sonderregelungen für Härtefälle, unbefristete Fortführung der Milchrente, Aufstockung des Hilfsprogramms für Bergbauern und Rentenbeitrags-Entlastungen.

Raketengbauer leugnet Vorwürfe

DW, Bonn Der 78jährige deutschstämmige Raketengbauer Arthur Rudolph hat die Vorwürfe des US-Justizministeriums zurückgewiesen, wonach er im Zweiten Weltkrieg beim Bau der „Wunderwaffe“ V-2 in Peenemünde Tausende von Zwangsarbeitern zu Tode geschunden haben soll. In seiner Abklärung seien die Arbeiter „gut behandelt und gut ernährt“ worden. Das amerikanische Justizministerium hatte am Mittwoch mitgeteilt, Rudolph habe freiwillig seine US-Staatsbürgerschaft aufgegeben und sei im März in die Bundesrepublik zurückgekehrt, um einem möglichen Strafverfahren in den USA zu entgehen.

Zur Sache: Verhandlungen über Arzneimittelpreise.

Die Verhandlungen zwischen den Spitzenverbänden der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und dem Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V. (BPI), die seit April 1984 mit dem Ziel geführt worden sind, gemeinsam Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit in der Arzneimittelversorgung zu realisieren und damit einen Beitrag zur Dämpfung des Kostenanstiegs in der GKV zu leisten, sind gescheitert.

Das Scheitern dieser Verhandlungen wird vom BPI bedauert, zumal die Pharmaindustrie in der letzten Plenarsitzung am 18. Oktober 1984 in Bonn den Gesprächspartnern ein umfangreiches Angebot unterbreitet hat, das nachfolgend im Wortlaut abgedruckt ist:

In der Frühjahrssitzung 1984 der Kanzerierten Aktion im Gesundheitswesen bekundeten die Repräsentanten der GKV-Spitzenverbände und des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie ihre Bereitschaft, in Gespräche über Möglichkeiten zur Stabilisierung der Arzneimittelausgaben einzutreten.

Die Kanzerierte Aktion begrüßte diesen Versuch, im Wege einer Selbstverwaltungslösung auf eine günstigere Ausgabenentwicklung für Arzneimittel hinzuwirken.

Ungeachtet gravierender kartellrechtlicher und arbeitsrechtlicher Bedenken haben wir uns seither mit großem Engagement in einer Vielzahl von Sitzungen gemeinsam sehr ernsthaft darum bemüht, zu einer für beide Seiten vertretbaren Regelung zu kommen. Von Anfang an stimmten wir darin überein, daß keine Seite die andere überfordern darf. Dies sollte ein wesentlicher Grundsatz für unsere Verhandlungen sein.

Die Arbeitsgruppe „Analyse“ beschäftigte sich eingehend damit, eine gemeinsame statistische Basis der Marktentwicklung im Jahre 1983 zu finden und auf dieser Grundlage insbesondere die Entwicklung der Strukturkomponente aufzuheben. Wir glauben sagen zu können,

daß die Gruppe „Analyse“ gute Arbeit geleistet hat.

Die Experten der Krankenkassen und der Industrie haben nahezu übereinstimmend dargelegt, daß für elf wichtige Indikationsgebiete, die knapp die Hälfte des GKV-Arzneimittelmarktes repräsentieren, die Strukturkomponente bei plus 9% oder etwas darunter liegt.

Gemeinsam ist man auch zu der Erkenntnis gelangt, daß innerhalb der Strukturkomponente der Intramedikamenteneffekt – bedingt durch Verordnungsveränderungen bei identischen Arzneimitteln – deutlich größer ist als der Intermedikamenteneffekt, der durch die Verordnung anderer Präparate hervorgerufen wird.

Schließlich hat sich nach einhelliger Auffassung gezeigt, daß der Intramedikamenteneffekt fast ausschließlich durch den Packungsgrößeneffekt – den Trend zur Verordnung größerer Packungen – ausgelöst worden ist.

Die Arbeitsgruppe „Analyse“ war jedoch außerstande zu quantifizieren, auf welche Einflüsse die Entwicklung der Strukturkomponente zurückzuführen ist.

Es läßt sich bis heute also nicht ermitteln, welchen Anteil etwa der Gesetzgeber, das Bundesgesundheitsamt, die Pharma-Industrie, die Wissenschaft, die Krankenkassen und andere an der Entwicklung der Strukturkomponente haben. Erst recht läßt sich die Strukturkomponente nicht einzelnen Arzneimittelherstellern zuordnen.

In der Arbeitsgruppe „Maßnahmen“ haben sich Vertreter der GKV-Spitzenverbände und des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie intensiv darum bemüht, zu einer Vereinbarung zu gelangen, die von beiden Seiten akzeptiert werden kann.

In diesem Gremium sowie in der Plenarsitzung am 4. Oktober 1984 ließ sich bisher keine abschließende Einigung darüber erzielen, ab im Hinblick auf die Entwicklung der Strukturkomponente eine feste Vorgabe vereinbart werden kann, deren Einhaltung die Pharma-Industrie

praktisch garantieren müßte. Wir sehen uns außerstande, eine solche Regelung zu akzeptieren. Bis jetzt läßt sich nach nicht annähernd beziffern, in welchem Maße die verschiedensten Einflüsse auf die Strukturkomponente einwirken. Die pharmazeutische Industrie ist zweifelsfrei eine dieser Faktoren, aber eben nur einer von vielen.

Daher geht es nicht an, daß der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie zunächst einmal für die gesamte Strukturkomponente, d. h. für alle Einflüsse, geradestehen und dann versuchen muß, sich Stück für Stück zu entlasten. Überdies ist kein Methodenkonzept erkennbar, nach dem eine Zuordnung der Strukturkomponente auf einzelne Firmen erfolgen könnte.

Eine Festlegung der Strukturkomponente, die gar nicht handhabbar wäre, kommt für uns deshalb nicht in Betracht. Wir sind aber bereit, eine zweijährige Pilotphase zu vereinbaren, innerhalb derer die Strukturkomponente weiter aufgeklärt und wenn möglich zurechenbar gemacht werden soll.

Das Angebot

- In unserem Entwurf einer Vereinbarung bieten wir – von der Pilotphase für die Strukturkomponente abgesehen – an, jährlich die Preiskomponente gemeinsam mit den Krankenkassen festzulegen und einen entsprechenden Finanzausgleich zu leisten, wenn die Arzneimittelpreise stärker als vereinbart steigen. Dadurch wäre sichergestellt, daß die Entwicklung der Arzneimittelpreise „im Griff“ wäre und keinen Anlaß mehr zur Klage gäbe.
- Wir sind weiterhin bereit, gemeinsam mit den Spitzenverbänden der gesetzlichen Krankenversicherung Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der Arzneimittelversorgung zu vereinbaren.

- Wir treten für einen Austausch relevanter Informationen über die Entwicklung des Arzneimittelmarktes ein.
- Wir wollen eine breit angelegte Patientenaufklärung durchführen, um die Patienten zu einem kritischen und gesundheitsbewußten Umgang mit Arzneimitteln anzuleiten.
- Wir setzen uns dafür ein, die Transparenz des Arzneimittelmarktes zu erhöhen, und dies unter Einbeziehung der Raten Liste.
- Wir sagen zu, die Arztinformation weiter zu verbessern.
- Wir sind damit einverstanden, mit den Krankenkassen in einer gemeinsamen Kommission die Anwendung unseres BPI-Kadex zu beobachten und zu analysieren.
- Wir stimmen einer Begrenzung der Abgabe von Arzneimittelmustern zu.
- Wir verwenden uns für eine sachgerechte Durchführung von Feldstudien.
- Schließlich wirken wir hin auf eine von der Sache her gebotene Beratung der Ärzte durch Pharma-Berater.

Der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie appelliert an die Krankenkassen, dieses umfangreiche Angebot anzunehmen und damit einen Beitrag zur dringenden gewünschten Kostendämpfung im Gesundheitswesen zu leisten.

Nachdem in so vielen Punkten ein gemeinsames Handeln möglich scheint, wäre es nach Auffassung des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie unverantwortlich, an einer einzigen Frage, nämlich der Strukturkomponente, die nach übereinstimmender Ansicht derzeit noch nicht zuordnungsfähig ist, die freiwillige, in Selbstverantwortung mögliche Vereinbarung scheitern zu lassen.

Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie.

Für die uralte Rivalität der Deutschen diesseits und jenseits des Weißwurst-Aquators gibt es inzwischen diese Bezeichnung: Süd-Nord-Gefälle. Es ist, als gehörten Wirtschaft und Konjunktur

einer neuen Gesetzlichkeit: Umsätze, Ertragskraft und die Menschen der westdeutschen Wirtschaft streben aus den Nullpunkt-Niederungen der nördlichen Küstenländer den Scheitelhöhen von Feld-

berg und Zugspitze entgegen. Den Schwaben, Badenern und Bayern geht es heute im Vergleich mit den einstmaligen wohlhabenderen Vettern in Bremen oder Kiel besser. Gezeitenwechsel.

Von HORST STEIN

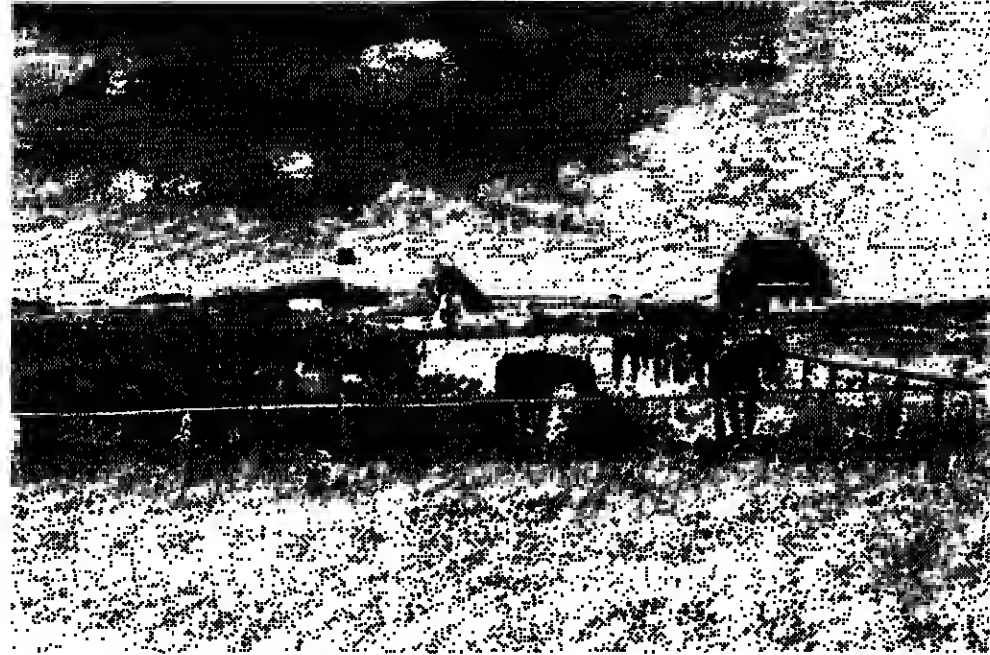
Runde hundert Jahre lang hatten sich die Schwüngräder, die Fortschritt und Wohlfahrt der Nation auf Touren brachten, vornehmlich im Norden gedreht: an Rhein und Ruhr, in den Hafenstädten und, vor allem, in Berlin. Dort lagen die großen Zentren und die Stahlwerke, die Waffenschmieden für das Reich schimmernde Wehr, die gewaltigen Schiffswerften und die Maschinenfabriken. Dort erzeugten Fleiß und innovatorisches Genie jene Schubkraft, die das Deutsche Reich wirtschaftlich wie militärisch in die Reihe der Großen rückte. Man las Bücher wie Friedrich Ratzels „Das Meer als Quelle der Volksgröße“ (1900) und glaubte mit diesem Vater der Geopolitik, daß die Gründer des Industriezeitalters mit ihrer Standortentscheidung eine Art Naturgesetz vollstreckten: Die zivilisatorische Entfaltung und der Gang der Geschichte, so die Quintessenz, stünden in wesenhafter Beziehung zur Topographie und den Ressourcen an Mensch und Material eines historischen Raumes. Was den Staatsmännern die Realpolitik – eine Lieblingsvokabel jener Epoche – das war den Wirtschaftskapitänen ihre Realpolitik.

Die Ressourcen an menschlicher Arbeitskraft, ohne die das Riesensystem der Industrialisierung nicht hätte gelingen können, die holte man sich andernorts: in den Weibern und Dörfern Ost- und Mitteldeutschlands, aus dem Süden und dem Nordwesten des Reiches. Allein Berlin und Brandenburg saugen zwischen 1861 und 1910 annähernd zwei Millionen Zuwanderer auf, Hamburgs Einwohnerzahl verdreifachte sich. Die Bevölkerung des Reiches stieg um mehr als 50 Prozent.

So entstehen die deutschen Industrieregionen, in denen sich Produktionskapazität und Menschen ballen, die Stadtketten des Ruhrgebietes, die Saturnringe der Agglomerationen wie in (Groß-) Berlin und Hamburg – „Verdichtungsräume“, wie die Planer heutzutage sagen: Das

1. Rheinisch-westfälische Industriegebiet (Ruhrgebiet mit Ruhrzone, Hellwegzone, Emscherzone und Lippezone; Niederrhein; Aachen; Bergisches Land und Sauerland); 2. Saargebiet, Lothringen; 3. Rhein-Main-Gebiet; 4. Mitteldeutsches Industriegebiet (Königreich Sachsen, Provinz Sachsen); 5. Schlesische Industriegebiet (vor allem Oberschlesien); 6. Norddeutsche Küstengebiet (Wilhelmshaven, Bremen, Hamburg, Kiel, Lübeck); 7. Berlin.

Eben dort aber, auf dem Boden der Bundesrepublik, wo man gewohnt war, nach dem Wiederaufstieg aus den Trümmern des Zweiten Weltkrieges die Gralsburgen der deutschen Prestigeproduktionen florieren zu se-



Zweimal Deutschland: Inselflandschaft mit Pferden (Sylt) und das Kloster St. Trudbert im Schwarzwald.



FOTOS: KLAUS ABS/MAINFRED VOLLMER

Süd-Nord-Gefälle: Es ist, als gehörte die Volkswirtschaft einem neuen Gesetz

hen, eben dort grassiert nun, zu lange schon, eine wirtschaftliche Auszehrung, die aus Mark zu gehen droht. Arbeitslosigkeit und Strukturprobleme scheint man einfach nicht in den Griff zu kriegen. Die Angst geht um, daß dies die erste Phase eines Prozesses sein könnte, der sich weder stoppen, geschweige denn umkehren läßt. Von „sterbenden Schornstein-Industrien“ ist die Rede – Kohle, Stahl, Werften. Und das Wort vom Süd-Nord-Gefälle wird wie eine Brandfackel in die allgemeine Diskussion geschleudert: Baden-Württemberg, das Rhein-Main-Gebiet und Bayern, der Süden also, soll das heißen, lasse die übrigen Wirtschaftsregionen, des Nordens, mit seinen ökonomischen Erfolgen als „Armenhaus der Republik“ erscheinen, mache ihn damit für Investoren wie für ansiedlungswillige Unternehmer vollends unattraktiv.

Wie immer, wenn eine Vokabel neu ist, wird auch die vom Süd-Nord-Gefälle unentwegt verwendet, obwohl weder die Wissenschaft noch die Politik sich über das Ausmaß des Phänomens noch über dessen Ursachen richtig schlüssig geworden sind. Bei einer Anhörung vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion kamen die Experten zwar zu dem Ergebnis, „das Süd-Nord-Gefälle in der Wirtschaftskraft der deutschen Regionen besteht tatsächlich“, es sei sogar größer als in den statistischen Globalzahlen zum Ausdruck komme, und eine Verstärkung dieses Gefälles könne

für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden.

Oh jedoch die häufig bemühte Erklärung, daß die jahrzehntewährende Dominanz alter, nach dieser Lesart jetzt „absterbender“ Industrien in den Problemregionen eine zu schwere Erblast sei, ob sie wirklich für den Abstand zum Süden die behauptete Schlüsselrolle spiele – darüber ist man geteilter Meinung. Willi Lamberts, wissenschaftlicher Direktor des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung in Essen, glaubt, daß diese Unterscheidung eher suggestiven als ökonomischen Charakter habe. Sie sage über die Wettbewerbsfähigkeit überhaupt nichts aus, meinte Lamberts. Selbst in den „modernen“ Bereichen Datenverarbeitung und Elektrotechnik sei es in den Jahren seit 1976 zu Arbeitsplatzverlusten gekommen.

Stellt sich freilich die Frage, woher es denn kommen mag, daß die Maschinen- und Anlagenbauer Nordrhein-Westfalens darüber klagen müssen, ihr Anteil am Branchenumsatz in der Bundesrepublik sei auf 27,7 Prozent gesunken; 1975 habe er noch 33,6 Prozent betragen. Baden-Württemberg habe dagegen von 23,4 auf 24,5 Prozent zugelegt und Bayern sogar von 15,5 auf 18,9 Prozent. Nach der Zahl der Beschäftigten schließlich rangierte Baden-Württemberg mit einer Quote von 25,7 Prozent schon dicht hinter NRW (27,8). Wenn keine Änderung eintritt, so warnte Branchensprecher Helmut Habig, wird der Südweststaat 1988 zur größten Ma-

schinenbauregion in der Bundesrepublik geworden sein. Bittere Fille für einen Industriezweig, der, gemessen am Umsatz, hinter der Chemie die Nummer zwei Nordrhein-Westfalens ist.

Habig äußert auch prompt die Vermutung, daß es vielleicht doch an den politischen Rahmenbedingungen des Landes liege, wenn der Maschinenbau in NRW vom Süd-Nord-Gefälle so heimgesucht werde. Eine Studie der Landesregierung zur „Wachstumsituation“ habe jedenfalls keine Aufklärung liefern können.

Natürlich hat sich auch die Parteipolitik längst dieser Mutmaßung bemächtigt. „Vergleicht man zum

„In Wahrheit ist das ein Wachstumsgefälle zwischen CDU/CSU- und SPD-regierten Bundesländern.“

Beispiel die Wachstumsdynamik der einzelnen Bundesländer seit 1970“, heißt es in einem CDU-Papier, „so stellt man nicht (wie behauptet) ein generelles Süd-Nord-Gefälle in der Bundesrepublik fest, sondern ein Wachstumsgefälle zwischen CDU/CSU- und SPD-regierten Bundesländern.“ In der Tat bilden letztere – ausweislich der Erhebungen des Statistischen Bundesamtes – mit der Ausnahme von Hessen die Schlusslichter unter den Ländern: Bei einem Bundesdurchschnitt von 38 v.H.

Wachstum kamen Nordrhein-Westfalen und Bremen lediglich auf einen Zuwachs von plus 30 Prozent, Hamburg auf 36 Prozent. Die ebenfalls dem Norden zuzurechnenden aber CDU-geführten Länder Niedersachsen (plus 47 Prozent) und Berlin (plus 43 Prozent) schnitten deutlich besser ab.

Das CDU-Papier resümiert: „Damit ist nicht die Frage nach der Qualität der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung gestellt, sondern nach der Wirtschaftspolitik der SPD. Nicht nur die Erfolge der Wirtschaftspolitik auf Bundesebene in Bezug auf Wachstum, Preisstabilität, außenwirtschaftliche Absicherung und Arbeitsmarkt zeigen, daß eine an marktwirtschaftlichen Prinzipien orientierte Wirtschaftspolitik die bessere ist – auch auf der Ebene der Länder ist diese Erkenntnis mittlerweile unabweisbar.“

Matthias Wissmann, wirtschaftspolitischer Sprecher der Unionsfraktion: Bayern und Baden-Württemberg liegen beim realen Bruttoinlandsprodukt sogar um zehn Prozentpunkte vorn. Außerdem: Im Süden ist die Zahl der Unternehmensgründungen höher, die der Arbeitslosen und der Konkurrenz niedriger als im Norden. Auch im Schuldenmachen seien die Südländer disziplinierter, merkte Wissmann an.

Baden-Württemberg, das im Haushalt für das Jahr 1986 sogar gänzlich ohne Neuverschuldung auskommen will, kann stolz auf eine Arbeitslosenquote von 5,5 Prozent (August '84)

verweisen, während sie im Bundesdurchschnitt immerhin 8,9 vom Hundert beträgt. Die Zinslasten im Landesetats liegen um 20 Prozent unter dem Durchschnitt der Länder: 229 Mark je Einwohner gegenüber 294 Mark. Und bei der öffentlichen Pro-Kopf-Verschuldung (2660 Mark) liegt nur Bayern knapp besser: 1861 Mark. Wenn den Finanzplänen in Stuttgart und München nichts in die Quere kommt, eine Entgleisung etwa bei den Tarifabschlüssen für den öffentlichen Dienst, dann wird sich der Abstand der beiden Südstaaten zu den übrigen Bundesländern auch in der Pro-Kopf-Verschuldung noch weiter vergrößern. Hessen, Drittbester, lag Ende vergangenen Jahres bei 3168 Mark, Schluslicht Bremen bei 12 173 Mark.

Es muß wohl doch mit an den „politisch-klimatischen Unterschieden“ (Matthias Wissmann) liegen, daß der Süden blüht und der Norden mehr und mehr dahinklimmt.

Die Südländer haben einfach früher begriffen, daß die Epoche der standortgebundenen – Schwerindustrie allmählich aber unaufhaltsam dem Ende zugeht. Während andere sich im Widerstand gegen Atomkraftwerke und ökologische Zwischenlager verbissen, die alten Branchen und Strukturen maschinenbäuerlich gegen die elektronischen „Jobkiller“ verteidigten – haben die tüfteligen Schwaben und die beharrlichen Bayern sorgfältig die innovatorischen Impulse aus der Neuen Welt registriert. Volksstämme, die – im Wortsinn – dazu neigen, die Kirche im Dorf zu lassen und die selbst in den Turbulenzen der diversen Bildungsreformen die Lernaufgabe nicht völlig aus dem Auge verloren, die überstürzen nichts. Die Südstaaten jedenfalls optieren für die Zukunftschance und gegen den Zukunftsschock.

Weniger behindert vom Ballast der Gründerzeit betrachten sie den industriellen Gezeitenwechsel als ihre Gelegenheit, mit dem technologischen Tidenhub in das dritte, das computerisierte Industriezeitalter zu gelangen.

Die Strategien der süddeutschen Wirtschaftsplaner sind diesem Ziel angemessen. Mit guten Vorsätzen allein ist das nichts getan und nicht einmal mit Programmen. Das Beispiel Nordrhein-Westfalen belegt dies: Bernhard Worms, Oppositionschef im Landtag von Düsseldorf hat der Regierung Rau (SPD) vorgerechnet, daß es in diesem Bundesland zwar 280 (!) Technologie-Förderungsprogramme gibt, aber „es fehlt an Transparenz und Koordination“. Worms: „Die unübersehbar labyrinthischen Wege und die ständig erweiterten bürokratischen Hürden ermutigen nicht, sondern blockieren Innovationen und Neugründungen.“

Und gerade in den Schlüsselbereichen einer gesicherten wirtschaftlichen Zukunft, in der Computer- und Meßtechnik, in der Mikroelektronik der Biotechnik und der Kommunikationstechnik, läßt es Düsseldorf im Unterschied etwa zu Stuttgart an den unabdingbaren Existenzgründungen fehlen. Zurecht beklagt Worms, daß „kreative Unternehmer statt dessen in den südlichen Bundesländern, insbesondere in Baden-Württemberg, ein einladendes Klima vorgefunden haben“.

Was nun tun die Schwaben und Badener? Ihr Konzept bündelt mehrere Programme: zur Förderung von Existenzgründungen, zur Förderung von Forschungsvorhaben mit zukunftsstrategischer Verwertungsmöglichkeiten, zur rascheren Überführung von wissenschaftlichen Erkenntnissen in die Unternehmen und, nicht zuletzt, zur Stärkung mittelständischer Betriebsformen.

Selbst Klaus von Dohnanyi, Erster Bürgermeister der Hansestadt Hamburg und in diesem Amt von einer Riege bizarrer Schwarzmagister immobilisiert, mußte gestehen, daß er

„voller Neid zuschaut, wie unsere südlichen Nachbarn blühen“. Dohnanyi: „So wie die Städte an Amerikas Ostküste auf Kalifornien und die Staaten des Sonnengürtels blicken.“ Der Bürgermeister gestand dies einem Reporter des US-Magazins „Time“, das den Süden als eine „Heimstatt für Westdeutschlands aufstrebende High-tech-Industrien“ beschrieb. „Go south, young man“ heißt es darin, in Anlehnung an die uramerikanische Pionierformel „Westwärts, Leute!“ Und wie eine Region der unbegrenzten Möglichkeiten wird der Süden auch porträtiert.

Freilich: Wer Neuland betreten will, muß sich zuvor von der alten Scholle lösen, muß mobil sein. Aber eben dieser Mobilität sind selbst bei jenen, die – im Jargon der Raum- und Landesplaner – in den altindustriellierten Verdichtungsräumen ohne Arbeit sitzen, dem Ruhrgebiet etwa, Grenzen gesetzt. Da sind, zum einen, unzureichende Bildungs- und Berufsqualifikationen und zum anderen, aber mit steigender Tendenz – emotionale Mobilitätsbarrieren. Die Bindungen an die vertraute Umgebung, die Nachbarn, das Stadtviertel, die Verwandten, besser: das Bindungsbedürfnis, hat nach diversen Erhebungen zugenommen. Der „Rückzug in die Privatsphäre“ offenbart die Angst vor dem allzu raschen Wandel dieser Zeiten. Dem entspricht, daß die 25- bis 29-jährigen jenes Alter, in dem man eine Familie gründet, selbst aus den häufig unwirtschaftlichen Kernstädten nicht abwandern wollen, während die 18- bis 25-jährigen noch eher mobil sind.

Der Süden verzeichnet natürlich dennoch Wanderungsgewinne: weil es sich dort gut verdient und leicht man geht also nicht so leicht von dort weg; weil die sogenannten Bildungswanderer (Studenten) gerne im Süden hängenbleiben; und dann gibt es da die „Altenwanderung“. Bei dieser „ruhesitzorientierten“ Bewegung ist ausnahmsweise auch der Ballungsraum Stuttgart – nach Berlin und dem Ruhrgebiet – einer der Hauptverlierer. Ziel dieser Wanderungsströme sind landschaftlich reizvolle Gebiete wie die Lüneburger Heide, die Mittelgebirge und das Alpenvorland. Raumplaner sprechen vom „Flonda-Effekt“.

Gleichviel: Der Parameter, der den tatsächlichen wie den tendenziellen Vorsprung des Südens markieren, sind viele, und es füllte eine Bibliothek, sie alle in ihrer Vernetzung und Wechselwirkung zu beschreiben. Das Spektrum reicht ja vom Lehrstellenangebot über den Anteil der sogenannten technologiefähigen Produkte – Nordrhein-Westfalen liegt auch hier mit knapp 9 Prozent (1983) unter dem Bundesdurchschnitt von 13,5 Prozent – bis hin zu dem in Bayern und Baden-Württemberg starken Anteil des Dienstleistungssektors, der bei ihnen Einbußen im produzierenden Gewerbe aufzufangen half. Gesetzgeber und Regierungen können nicht umhin, sich mit der ökonomischen und sozialen Nord-Süd-Trit aufeinanderzusetzen. Das Grunde-

„Neidvoll müssen wir zusehen, wie unsere südlichen Nachbarn blühen.“

setz verpflichtet sie ja, auf die Einheitlichkeit der Lebensbedingungen in allen Regionen der Bundesrepublik Deutschland hinzuwirken.

Auch wenn die Mittel schrumpfen und die Probleme wachsen und wenn der Subventionswettbewerb noch so hektisch wird: Bund und Länder können sich auf Dauer nicht ihrer Pflicht entziehen, zum Wohle des Ganzen zusammenzuwirken.

Was geschieht, beispielsweise, mit der Zonenrandförderung, die bislang rund 25 Milliarden verschlang, wenn die dafür bestimmten Mittel durch die konkurrierende Subvention anderer strukturschwacher Regionen unterlaufen wird? Der Planungsausschuß der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, der am 25. Oktober wieder zusammentritt, steht also vor schier unlöslichen Problemen. Es gibt ja auch noch den horizontalen Finanzausgleich, der einstmal, ganz im Sinne der Grundgesetz-Intention, eingeführt worden war, damit die reichen Bundesländer den ärmeren unter die Arme greifen. Wer aber ist arm, wer reich? Im Augenblick zahlen Baden-Württemberg, Hamburg und Hessen, dann ist da der vertikale Finanzausgleich, Bundeszuschüsse für das „arme“ Niedersachsen, für Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und das Saarland. Hinzu kommen als Drittes Zonenrand- und Wirtschaftsförderungsmittel. Hamburg wird in diesem Jahr etwa 300 Millionen abgeben müssen, Bayern, das florierende – siehe oben –, kassiert 50 bis 100 Millionen.

Die Situation ist also verzwickelt. Weil sich Bund und Länder bislang nicht auf eine Neuordnung einigen konnten, gingen Baden-Württemberg (CDU), Nordrhein-Westfalen (SPD), Bremen (SPD) und Hessen (SPD) nach Karlsruhe zum höchsten Kadi. Gerichte sollen entwirren, was die Politiker verheddert haben. Wie so oft.

Was man über gesunde Ernährung wissen muß.

Wie soll man heute gesund leben, wie soll man sich vernünftig ernähren? (2)

Immer mehr Menschen suchen eine ausgewogene Antwort auf die Frage nach einer gesunden, natürlichen Lebensweise und stellen fest, daß es zu diesem Thema eine Vielzahl von „Rezepten“ gibt, von Informationen und Meinungen, die sich oft widersprechen.

Immer mehr wächst daher die Einsicht, daß es keine „Patentlösung“ gibt, wohl aber gesicherte Erfahrungen, die jeder auf seine individuellen Bedürfnisse und Probleme anwenden muß.

Hier ein Beispiel

In einer Zeit, in der soviel vom Kalorien sparen die Rede ist, überrascht es, wie unzureichend das Wissen über Nahrungsmittel ist. So zeigen Untersuchungen, daß der Kaloriengehalt von Zucker viel zu hoch eingeschätzt wird. Zucker enthält mit 4 Kalorien pro Gramm genauso viel Energie wie Eiweiß und viel weniger als Alkohol und Fett, die 7 bzw. 9 Kalorien pro Gramm liefern.

Zucker gehört dazu

Zucker wird in der Regel nicht nur verzehrt, sondern als

Zutat vielfältiger Lebens- und Genußmittel. Bei normaler Ernährung hält sich daher auch der Zuckerverbrauch im Rahmen.

Nach einem Bericht der „Deutschen Gesellschaft für Ernährung“ beträgt der durchschnittliche Kalorienverbrauch in der Bundesrepublik ca. 2.600 Kalorien pro Kopf und Tag – dagegen hat ein Würfel Zucker, z.B. für die Tasse Tee oder Kaffee, nur 12 Kalorien!

Mit dem Know-how der Natur

Zucker wird bei uns aus Zuckerrüben gewonnen und ist daher ein wertvolles Produkt natürlichen Ursprungs.

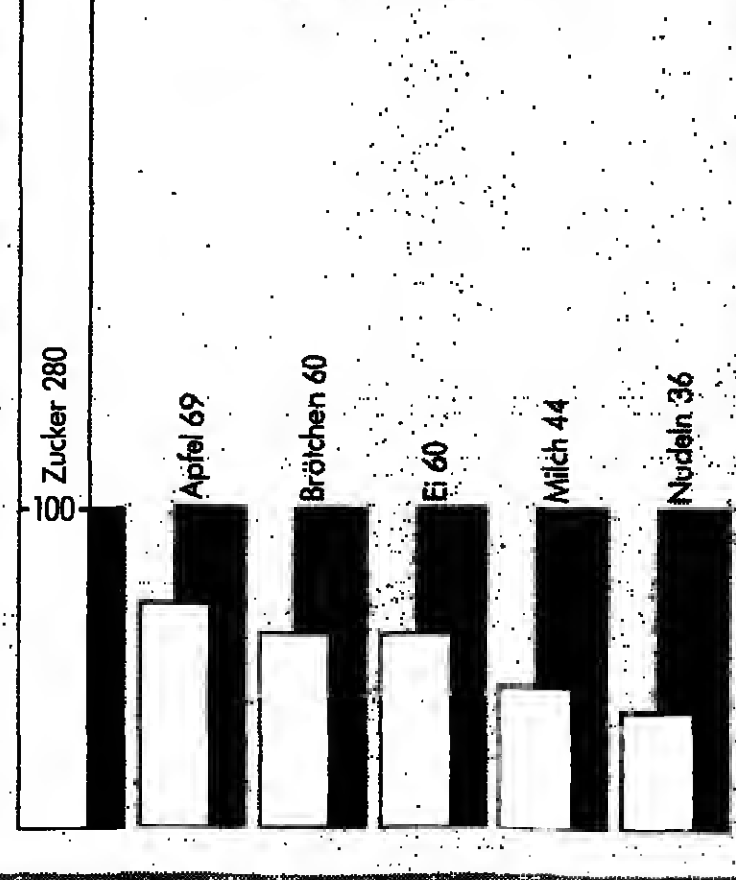
Zucker ist heute ein unentbehrliches Grundnahrungsmittel.

Zucker gehört zum guten Geschmack

Vieles wird durch Zucker erst genießbar, und wo bliebe der gute Geschmack ohne diese süße Selbstverständlichkeit. Für vieles, was das Leben süß macht, ist Zucker einfach unverzichtbar! Der Mensch braucht Zucker.

GESCHÄTZTER UND TATSÄCHLICHER KALORIENGehALT IN PROZENT.

(Tatsächlicher Gehalt = 100)



Wenn Sie mehr über Zucker und Ernährung wissen möchten, schicken wir Ihnen gern und kostenlos die Broschüre „Fra-

gen und Antworten zum Zucker“. Wirtschaftliche Vereinigung Zucker e.V., Postfach 2545, 5300 Bonn 1.

Vatikan-Dementi über Beziehungen zu Israel

FRIEDRICH MEICHNER, Rom
Ein Vatikan-Sprecher und der amerikanische Botschafter beim Heiligen Stuhl, Williams, haben gestern eine Meldung des amerikanischen Fernsehnetzes NBC dementiert, wonach der polnische Kurienbischof Descur in einem Gespräch mit dem Botschafter die Absicht des Papstes mitgeteilt haben soll, diplomatische Beziehungen zu Israel aufzunehmen. Dieses Thema sei nicht Gegenstand des Gesprächs gewesen. Darüber hinaus enthielt sein Dementi keinerlei Hinweis auf die vatikanischen Absichten in dieser Frage.

In Vatikankreisen hält man eine Formalisierung der inoffiziell gepflegten Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und Israel für nicht sehr wahrscheinlich, solange nicht zwischen beiden Seiten eine Verständigung über das palästinensische Problem und über den Status von Jerusalem erreicht werden kann.

Nach den Vorstellungen des Vatikans sollte Jerusalem ein internationales Status erhalten und den Palästinensern ein eigener Staat auf palästinensischem Boden zugestanden werden. Das Abgeben von diesen Positionen ohne vorherige Konsultierung der christlichen Kirchen in den arabischen Ländern ist nach Überzeugung diplomatischer Kreise beim Vatikan kaum zu erwarten.

Spekulationen um Gorbatschow

rrt, Moskau

Das Zentralkomitee der KPdSU wird in dieser Woche zu einer Sonder-sitzung vornehmlich über die Landwirtschaft zusammenkommen. Diplomatische Kreise halten Änderungen in der Parteiführung nicht für ausgeschlossen, rechnen jedoch nicht mit einer Ablösung von Parteichef Tschernenko. Es wird darauf hingewiesen, daß er in jüngster Zeit politisch wieder sehr aktiv gewesen sei.

Die Spekulationen über eine Umbesetzung im Politbüro konzentrieren sich auf den 53-jährigen Michail Gorbatschow der als Parteisekretär für die Landwirtschaft verantwortlich ist und gegenwärtig als „Nummer Zwei“ gilt. Ein am Freitag veröffentlichtes Foto zeigt ihn nicht, wie üblich, neben Tschernenko. Dies wird von einigen Diplomaten so erklärt, daß politische Gegner die schlechten Ergebnisse der Landwirtschaft gegen ihn ausgenutzt hätten. Andere halten jedoch für möglich, daß Gorbatschow von seinen bisherigen Aufgaben entbunden werden könnte, um mehr Verantwortung zu übernehmen und seine Position als Tschernenko-Nachfolger zu festigen.

Im Aufwind stehen Grüne und Landpartei

R. GATERMANN, Helsinki

Eine Woche vor den Gemeindevahlen am gestrigen Sonntag und heutigen Montag erhielt die politische Debatte in Finnland einen neuen Akzent. Wieder einmal wurde von den Kommunisten gesetzt, deren interne Auseinandersetzungen jetzt ein Ausmaß erreicht haben, daß sich das Politbüro der Mutterpartei in Moskau zur öffentlichen Scheite veranlaßt sah. Vorgetragen wurde sie vom Politbüro-Mitglied Grigorij Romanow, der der FKP unmißverständlich klarmachte, daß Moskau eine Spaltung der Partei mit allen Mitteln zu verhindern suche; sei sie aber unvermeidbar, werde Moskau tatkräftig den marxistisch-leninistischen Flügel stützen, also die Minderheitsfraktion. Der immer unversöhnlicher gewordene Streit innerhalb der FKP wird jetzt zur Folge haben, daß sie zur großen Verliererin der Gemeindevahl wird, während den Grünen und der Finnischen Landpartei erhebliche Stimmengewinne prophezeit werden.

Grigorij Romanow, früher Parteichef in Leningrad und neben Politbüro-Mitglied auch Sekretär im Zentralkomitee der KPdSU, benutzte seinen Aufenthalt in der finnischen Hauptstadt aus Anlaß des 40. Jahrestages der Unterzeichnung des finnisch-sowjetischen Waffenstillstands dazu, neben dem FKP-Vorsitzenden Arvo Aho und Sekretär Aarno Aitamurto, die beide der gemäßigten „eurokommunistischen“ Mehrheitsfraktion angehören, auch

FINNLAND

den früheren Parteivorsitzenden Jouko Kajanoja und den Führer der moskau-treuen Gruppe Taisto Sinisalo in die sowjetische Botschaft zu zitieren, um ihnen dort in ungewöhnlich scharfer Form die Leviten zu lesen.

Dazu hielt er einen Brief des Politbüros der KPdSU in der Hand, aus dem er unter anderem las: „Ein Bruch der FKP schadet nicht nur allen arbeitenden und demokratischen Kräften des Landes, sondern auch den nationalen Interessen Finnlands.“ An anderer Stelle heißt es: „Die KPdSU hat immer und wird immer die marxistisch-leninistische Partei der finnischen Kommunisten unterstützen, die Partei, die konsequent und fest für eine weitere Entwicklung der guten Nachbarschaftsbeziehungen zwischen unseren Ländern und Völkern, für Einvernehmen, Zusammenarbeit und Freund-

schaft, zur Förderung des Friedens und des gesellschaftlichen Fortschritts eintritt.“ Es war klar, wen der Moskauer Leutenleser für die desolaten Situation der Partei verantwortlich macht: deren Führung, die auf dem 20. Kongress im Mai das Ruder übernahm und dafür sorgte, daß die „Stalinisten“ aus sämtlichen Beschlussgremien verschwanden. Sie habe ihr Kongreßversprechen, sich für die Einheit der Partei einzusetzen, nicht gehalten, sondern im Gegenteil „bewußt auf eine Linie hingearbeitet, die sich gegen die Einheit und Grundprinzipien der FKP richtet und letztlich dazu führen würde, daß die FKP als kommunistische Partei liquidiert wird.“ Romanow beklagte sich vor allem darüber, daß öffentliche, gegen die Minderheit gerichtete Erklärungen innerhalb der Demokratischen Union des finnischen Volkes (SKDL), der parlamentarische Zusammenschluß von sozialistischen Volksdemokraten und Kommunisten, von der FKP-Führung ohne Kommentar hingenommen worden seien.

So ging die FKP kräftig gebeutelt in die Gemeindevahl. Laut jüngsten Meinungsumfragen kann sie nur noch mit 11,7 Prozent der Stimmen rechnen, nachdem es vor vier Jahren noch 16,6 und bei den vorjährigen Reichstagswahlen 14 Prozent gewesen waren. In 12 Gemeinden, darunter Helsinki, tritt die Minderheit mit einer eigenen Liste an.

Erstmals treten die Grünen, nachdem es ihnen 1983 gelang, auf Anhieb zwei Abgeordnete ins Landesparlament zu bringen, nun auch zur Gemeindevahl an. Obwohl ihnen auf Landesebene nur ein Anteil von rund fünf Prozent prognostiziert wird, können sie in zahlreichen Städten doch zu einer bedeutenden politischen Kraft werden, da sie ihre Anstrengungen lediglich auf 60 der 445 Kommunen, darunter Helsinki, konzentrieren. In einigen Wahlkreisen würde ein 10-Prozent-Anteil nicht überraschen. Als weiteren Gewinner der Abstimmung sehen die Meinungsforscher die Landpartei, deren prominenteste Mitglieder Vater und Sohn Venamo sind. Beide Parteien profitieren von der auch in Finnland verbreiteten Politikverdrossenheit, die in letzter Zeit durch Aufdeckung verschiedener Bestechungskandale kräftig zunimmt. Die Sozialdemokraten dürfen sich als größte Partei behaupten, sie werden von der desolaten Situation innerhalb der FKP profitieren, werden andererseits allerdings auch Stimmen an die Grünen und an die Parteien der Mitte abtreten müssen.

Khadhafi stärkt Gukuni Weddeie

Die militärische Lage in Tschad / Frankreich beschleunigt den Abzug seiner Truppe

Von F. DARQUENNES

Die militärische Lage in Tschad ist nach wie vor unklar. Am 31. Oktober sollen die Kampftruppen der Franzosen den Chari-Fluß überquert haben, der die Grenze zwischen Tschad und Kamerun bildet. Die restlichen Einheiten der Manta-Streitkräfte sollen die tschadische Hauptstadt Njamena bis zum 9. November räumen. Diese Anweisungen sind, wie aus französischen Quellen hervorgeht, am 14. Oktober erlassen worden, während sich der französische Generalstabschef Lacaze in Njamena aufhielt. Über weitere Abzugsvorbereitungen schweigen sich die militärischen Quellen aus. Sie könnten die genannten Informationen weder bestätigen noch dementieren.

Erstaunliches Vertrauen

Diese Informationen jedoch bestätigen immerhin, daß der libysche Oberst Khadhafi in Paris ein erstaunliches Vertrauen genießt. Dies umso mehr, als die neutralen Beobachter des beiderseitigen Rückzugs sich am 14. Oktober immer noch in der nigerianischen Stadt Kano befanden und auf ihre Einreisevisa für den Tschad warteten. Sie konnten bis dahin also

den Abzug vor allem der Libyer nicht überwachen.

In Njamena ist in diesem Zusammenhang zu erfahren, daß Beweise dafür vorliegen, wonach die Libyer ihre Verbündeten im Tschad, die Truppen des Rebellenführers Gukuni Weddeie massiv mit logistischem Material und mit Waffen belieferten. So sollen die Lastwagen, die das libysche Rüstungsmaterial abziehen, nicht leer aus Libyen ankommen, sondern prall gefüllt mit Rüstungsgütern und Munition für die Truppen Weddeies.

Am 12. Oktober wurden libysche Boden-Luft-Raketenbatterien, unter anderem eine vom Typ Sam 9, aus dem Oasen-Ort Faya Largeau abgezogen. Ebenso wurden eine Artillerie-Stellung aufgelöst und ein Panzerbataillon auf den Rückweg in Marsch gesetzt. Auch aus Fada zog eine gepanzerte Infanterie-Kompanie und 15 Panzer ab in Richtung Libyen. Gleichzeitig aber begannen die Truppen Weddeies, die seit kurzem in diesen beiden Orten zusammengefaßt sind, die Verteidigungsstellungen auszubauen.

So wurden in Fada Panzer eingegraben und unterirdische Munitionsschächte angelegt. Libysche Sprengstoffexperten sollen außer-

dem die Zugänge und das Vorfeld der Stadt vermint haben, um sowohl einen, wenn auch unwahrscheinlichen Angriff der Regierungstruppen des Hissen Habre zu stoppen als auch Absatzbewegungen von Rebelleinheiten zu verhindern, die zum Feind überlaufen wollen, so wie neulich ein führender Offizier Weddeies.

Von Paris enttäuscht

Die Regierung Hissen Habre verbirgt nur schlecht ihre Enttäuschung über das Verhalten des „französischen Verbündeten“, der sie vor dem Abkommen mit Khadhafi nicht unterrichtet hatte. Khadhafi sei ein Feind des Tschad und Geheim-Abkommen mit „unseren Feinden“ können nur zu einer Störung des Vertrauensverhältnisses zwischen Paris und Njamena führen, „erklärt ein Mitglied der Regierung Habre dem Berichterstatter. Das Vertrauen könne nur wiederhergestellt werden, wenn Khadhafi seinen tschadischen Verbündeten zu einer Versöhnung mit Hissen Habre zwingt oder wenn Frankreichs Staatspräsident Mitterrand den Abzug der französischen Truppen stoppe, falls die Versöhnungskonferenz von Brazzaville scheitert, die am Wochenende offiziell einberufen worden war.

Enthüllungen über Italiens Loge P 2

Ex-Vizechef des Geheimdienstes verhaftet / Verbindungen zu den Roten Brigaden

FRIEDRICH MEICHNER, Rom

Unter dem Verdacht der Bildung einer verbrecherischen Vereinigung, der Unterschlagung, des unerlaubten Besitzes von Explosivstoff und Waffen sowie der Begünstigung sind in Italien der Carabinieri-General a.D. und Ex-Vizechef des militärischen Geheimdienstes, Pietro Musumeci, ein Oberst, ein Oberstleutnant und ein Hauptmann verhaftet worden. Ihnen wird unter anderem vorgeworfen, aus eigener Initiative über Kontakte mit der napolitanischen Verbrecherorganisation Camorra 1981 den Freikauf des von den Roten Brigaden entführten christdemokratischen Kommunalpolitikers von Neapel, Ciriaco De Mita, vorbereitet zu haben.

Dem General ist im Gefängnis außerdem die gerichtliche Mitteilung zugestellt worden, daß gegen ihn ein Ermittlungsverfahren wegen vermuteter Irreführung der Untersuchungen zur Aufdeckung des Bombenattentats von Bologna im Jahre 1980 (über 80 Tote) eingeleitet worden sei.

Die Verhaftung Musumecis läßt darauf schließen, daß die gerichtlichen Ermittlungsorgane zu dem gleichen Ergebnis gekommen sind wie kürzlich ein Parlamentsausschuß in

seinem Bericht über den Fall Cirillo. Danach verhandelte der Geheimdienstoffizier 1981 im Gefängnis mit dem dort einsitzenden Camorra-Boss Cutillo über eine Hilfsaktion für den entführten DC-Politiker. Tatsächlich gelang es dann auch, über die Cutillo-Organisation den Kontakt mit den Roten Brigaden herzustellen und eine Lösegeldsumme auszuhandeln.

Angeblieh haben Musumeci und seine Helfer ohne Auftrag ihrer vorgesetzten politischen Behörde gehandelt. In der Presse wird jetzt der Verdacht geäußert, daß sie dies mit dem Ziel taten, sich führende Persönlichkeiten der Democrazia Cristiana zu verpflichten.

Die Vergehen, die dem General und seinen Mitarbeitern zur Last gelegt werden, gehen allerdings noch weit über den Fall Cirillo hinaus. So weit bisher bekannt ist, wird ihnen vorgeworfen, innerhalb des militärischen Geheimdienstes eine der Geheimloge P 2 bühne geheime Sonderabteilung gebildet zu haben. Diese geschah angeblich mit Wissen und voller Billigung des inzwischen verstorbenen damaligen Geheimdienstchefs, General Santovito, dessen Name ebenso wie derjenige Musumecis auf der P 2-Mitgliederliste steht.

Diese Sonderabteilung soll dafür verantwortlich sein, daß sich einer der engsten Mitarbeiter des Mailänder Bankiers und P 2-Mitgliedes, Roberto Calvi, der Finanzberater Francesco Piazzi, der Verhaftung durch die Flucht in die USA entziehen konnte. Ein Geheimdienst-Düsenflugzeug vom Typ „Mystère“ soll ihn ins Ausland gebracht haben. Mit diesem Flugzeug sei er vorher auch zu Wochenendausflügen nach Sardinien geflogen worden. Über die vorgebliche Verwicklung Musumecis in das Bombenattentat von Bologna verläutet, der General werde in Verbindung gebracht mit der Auffindung eines Koffers voller Explosivstoff und Waffen auf dem Bologneser Bahnhof im Januar 1981, also ein halbes Jahr nach dem folgenschweren Bombenattentat, was bis heute noch nicht aufgeklärt ist.

Der Fund lenkte die Ermittlungen in eine Richtung, die sich später eindeutig als falsch erwies. In derselben Zeit leitete Musumeci den Justizbesuch angeblich mit Wissen und voller Billigung des inzwischen verstorbenen damaligen Geheimdienstchefs, General Santovito, dessen Name ebenso wie derjenige Musumecis auf der P 2-Mitgliederliste steht.

Sharon im Gegensatz zur Regierung Peres

AP, Tel Aviv

Der israelische Minister für Handel und Industrie, Ariel Sharon, hat die Pläne von Ministerpräsident Shimon Peres zum Abzug der israelischen Truppen aus Libanon und für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Palästinenser in dem von Israel besetzten Westjordanien rundheraus abgelehnt. In einem Interview mit dem israelischen Rundfunk sagte Sharon, die Pläne von Peres, sich darauf zu verlassen, daß UNO-Truppen das Einsickern von palästinensischen Guerrillas in Südlibanon verhindern würden, sei für den Likud-Block, dem er angehört, unannehmbar.

Sharon sagte: „Wir haben keine Regierung der nationalen Einheit gebildet, um als Feigenblatt für die Verteidigungs- und politischen Pläne der Arbeiterpartei zu dienen, die wir für katastrophal halten.“ Die Arbeiterpartei von Ministerpräsident Peres ist mit dem Likud-Block unter Außenminister Jitzhak Shamir trotz erheblicher politischer Differenzen eine Koalition eingegangen, um der wirtschaftlichen Probleme des Landes Herr zu werden. Es war das erste Mal, daß ein israelischer Minister offen Differenzen in der fünf Wochen alten Koalition angesprochen hat, obwohl bekannt ist, daß solche Differenzen zwischen Peres und Shamir bestehen. Unklar war, ob Sharon vom Likud-Block zu seinen Äußerungen ermuntert wurde.

Britischer Zoll stoppt „Spenden“

SAD, London

Im nordostenglischen Hafen Hull liegt eine Lagerhalle voller „Spenden“ aus Moskau und Ost-Berlin unter Zolllverschluss. Der Großteil von 170 Tonnen Lebensmitteln, die als „Solidaritätsspende“ an die Streikenden und angeblich hungernden britischen Bergarbeiter geschickt wurden, darf auf Anordnung des Landwirtschaftsministeriums nicht eingeführt werden.

Dosenfleisch, Babynahrung, Milch und Eipulver, die von einem gecharterten dänischen Frachter geladeten wurden, sind „unter britischem Standard nicht zulässig“, weil diese Waren nicht nach den strikten, übrigens für die gesamte EG verbindlichen Hygien-Richtlinien hergestellt wurden. „Es handelt sich unsererseits um ein ganz normales Vorgehen“, betont das zuständige Ministerium. „Politik ist hier keinesfalls im Spiel.“ Die Frachtagenten haben die Auflage, die Ware innerhalb von vierzehn Tagen entweder außer Landes zu bringen oder aber unter amtliche Aufsicht zu stellen.

Die Banken zum „Leistungswillen“ Was wir uns leisten können, hängt von unserer Leistung ab

Der Wunsch wird nicht von jedem geteilt: Leistung muß sich wieder lohnen. Vielen ist der Zusammenhang zwischen Leistung und Lohn aus dem Blickfeld entschwinden; und mancher meint sogar, Leistung und Lebensfreude schlossen einander aus.

Nicht zuletzt politische Einflüsse und staatliche Eingriffe haben das Verhältnis zur Leistung gestört. Soziale Wohltaten nährten Illusionen; überhöhte Steuern und Sozialabgaben weckten Unwillen. Dabei kann es keinen Zweifel geben: Unser Wohlstand, unser sozialer Standard wie auch unsere Zukunft hängen von unseren Leistungen ab. Und das müssen, wenn wir im internationalen Wettbewerb bestehen und zugleich unsere Probleme lösen wollen, Spitzenleistungen sein.



Wir Banken meinen: Leistung schafft Erfolg, Wohlstand, Lebensfreude. Wir setzen auf den Bürger, der das, was er sich leistet, von seiner eigenen Leistung abhängig macht. Und wir sind sicher, dies ist die große Mehrheit.

Bundesverband deutscher Banken

Die Privatunternehmen der Kreditwirtschaft:
Großbanken, Regionalbanken,
Privatbankiers, Hypothekenbanken.



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Eine Milchrechnung

Sehr geehrte Damen und Herren, jeder Milcherzeuger liefert seine Vollmilch ab, um die daraus gewonnene Butter zu einem vernünftigen Preis zu verkaufen. Wunschgemäß nimmt jeder Bauer seine Magermilch oder Dickmilch zu einem tragbaren Preis - wie es ihn früher gab - zurück.

Der übergroße Magermilchpulverberg (mit 280 Prozent Selbstversorgung in der Bundesrepublik) muß verschwinden. Dazu sagte Minister Dr. Stoltenberg: „Wichtig ist, daß auf Dauer nicht mehr produziert wird, als am Markt abgesetzt werden kann.“ So handeln auch andere Unternehmer. Gleichzeitig entfällt damit die Zwangskontrolle über die Haltung der Kälberzahl auf den Höfen.

Wo bleibt hier die Selbstständigkeit der Kleinbauern und die Wirtschaftsbelebung? Herr von Heeremann sagte einmal: „Da müssen Fleiß und Tüchtigkeit bestimmen und nicht die staatliche Verwaltung. In der Produktion könnten sicherlich noch die einen oder anderen 100 Mark gespart werden.“

Mir wurde am 6. August 1984 mitgeteilt, daß ein Liter Magermilch, der zu Pulver verarbeitet wird, 33,5 Pfennig und die Lagerung pro Jahr für 100 kg 40 Pfennig kostet. An diesem Beispiel erkennt man, daß die Frischmilch für ein Butterbrot und ein

Ei verkauft wird. Wie kann bloß so gewirtschaftet werden? Man konnte im Voraus erkennen, daß nur ein geringer Absatz für Magermilchpulver vorhanden war. Das in Massen hergestellte Magermilchpulver und die Lagerung von 974 000 t in der EG ist im Sinne des Erzeugers und Verbrauchers und auch aus kaufmännischen Gesichtspunkten eine reine Geldverschwendung. Die private Wirtschaft kann sich diesen Luxus nicht erlauben, sie wäre dann sehr bald pleite.

Daß die EG mit dem Haushaltsplan nicht zurechtkommt, liegt nur an ihrem unwirtschaftlichen Handeln, daher auch das Defizit von 4,5 Milliarden Mark. Nach Mitteilung des Generalsekretärs H. J. Wick haben die Bauern 1983/84 mit einem Einkommensrückgang von ca. 22 bis 25 Prozent oder zehn Milliarden Mark zu rechnen.

Dieser Preisrückgang für Butter, Fleisch, Eier, Zucker und Getreide ist besorgniserregend für die Bauern, denn die Betriebskosten und Löhne steigen jedes Jahr. Das Ergebnis des schlechten Wirtschaftens der EG wird sein, daß die Bauern 1984/85 noch weit weniger investieren als in den vergangenen Jahren.

Mit freundlichen Grüßen
Walter Holling,
Puls

Von Größe und von Großen

„Präzises Erzählen als höchstes Gebot“, WELT vom 18. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren, Herr Professor Schieder hielt am 8. Februar 1983 im Rahmen der Westfälischen Thesen-Vorlesungen in der Staatsbibliothek Berlin einen Vortrag über das Thema „Über den Beinamen „der Große“ bei Friedrich II. von Preußen - Reflexionen über historische Größe“. Wer den vitalen Gelehrten damals erlebt hat, hätte es nie für möglich gehalten, daß sein Leben schon 1½ Jahre nach diesem Vortrag zu Ende gehen würde.

Herr Professor Schieder stellte damals ebenfalls die - auch von Herrn Schützack erwähnte - Behauptung auf, Friedrich II. sei der letzte gewesen, dem die Geschichte den Beinamen „der Große“ gegeben habe. Im persönlichen Gespräch nach dem Vortrag wies ich Herrn Professor Schieder darauf hin, daß diese Behauptung nicht richtig sei, daß vielmehr mindestens eine historische Persönlichkeit, nämlich Kaiserin Katharina II. von Rußland (1729-1796, Kaiserin seit 1762), noch geraume Zeit nach Friedrich II. von Preußen den allgemein anerkannten Beinamen „die Große“ erhalten habe.

Herr Professor Dr. Schieder akzeptierte damals meinen Hinweis ohne jeden Vorbehalt und gestand mir zu, daß er sich insoweit geirrt habe. Da dieser Irrtum für alle Geschichtskundigen auf der Hand liegt, wundere ich

mich etwas darüber, daß er nun in Herrn Schützacks Artikel wieder auftaucht.

Zugunsten des Verstorbenen möchte ich davon ausgehen, daß - entgegen der Vermutung von Herrn Schützack - Schieders 1983 erschienenes Werk „Friedrich der Große“ seine Entstehung tieferliegenden Antriebskräften verdankt und keineswegs derartig vordergründigen Motiven wie z. B. der - überdies noch unzutreffenden - „Einsicht“, Friedrich II. von Preußen habe als letzter von der Geschichte den Beinamen „der Große“ erlangt.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Fritz Kreh,
Berlin 41

Konsequenzen

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn die Prämisse stimmt, daß 1. Autobase die Umwelt erheblich belasten, 2. geschwindigkeitsabhängig mehr Schadstoffe ausgestoßen werden, dann folgt logischerweise (sofern eine Änderung erwünscht ist und konsequent angestrebt werden soll), daß das Problem a) qualitativ und b) quantitativ anzugehen ist.

Die Qualität soll (abgesehen von technischen Zukunfts Lösungen) durch Katalysatoren verbessert werden, was sich allenfalls in Jahren (s. USA) auswirken kann. Bei zunehmendem Verkehr (Pkw-km) würde dieser Effekt teilweise neutralisiert. Eine kurzfristige Wirkung ist nicht zu erwarten.

Die Quantität spielt in der öffentl.

Wort des Tages

„In erster Linie kommt es darauf an, den angehäuften Zündstoff unter den Völkern zu beseitigen, der da heißt: Haß, Mißgunst und Mißtrauen, Größenwahn und Machtgelüste jeglicher Art. Die Abrüstung der Geister muß der Abrüstung der Waffen vorausgehen.“

Robert Schuman; franz. Politiker (1886-1963)

chen Diskussion keine Rolle. Aber nur hier läßt sich kurzfristig etwas bewegen: Senkung der Geschwindigkeit als Sofortmaßnahme (s. Schweiz), Schwerverkehr auf die Schiene (s. Österreich), Eindämmung des Autoverkehrs auf das Notwendige durch Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs und des Schienenverkehrs als umweltfreundlichem Verkehrsträger. Die Politiker sind mehr denn je gefordert, ein ausgewogenes Verkehrskonzept vorzulegen.

Argumente, daß die Autoindustrie Schaden nehme und Arbeitslose erzeugt würden, berücksichtigen nicht, daß (abgesehen vom hohen Exportanteil) auch bei geringer Jahreskilometerleistung noch Zweitwagen verkauft und Arbeitsplätze in anderen Verkehrsbranchen geschaffen werden.

Brauchen wir denn immer neue Straßen mit allen Konsequenzen für Mensch und Umwelt? Wäre die Verbesserung des Verkehrsflusses auf vorhandenen Straßen nicht sinnvoll?

Wenn wir die Freiheit zum Autofahren behalten wollen, dann dürfen wir sie nicht als Freiheit von der Verpflichtung zu vernünftigem Umgang mit Auto und Umwelt verstehen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. W. Odenthal,
Viersen 1

Die Aramäer

In Gronau liest man immer häufiger die Sprache „Aramäer“, WELT vom 12. Oktober

Sehr geehrte Herren,

die aramäisch sprechenden syrisch-orthodoxen Christen türkischer Staatsangehörigkeit in Gronau heißen auf deutsch „Aisoren“. Sie selbst nennen sich „Osuri“.

Sie sind in der Tat Syrer, die aramäisch sprechen, nestorianische Christen, und gehören der syrisch-orthodoxen Jakobiten-Kirche an. Sie leben heutzutage in und um Mossul in Irak, in Iran, in drei Bergdörfern des Antilibanon in Syrien, in der Türkei und - zu 25 170 laut Volkszählung 1979 - in der Sowjetunion, vornehmlich in der Armenischen SSR. Doch sprechen nur noch 54,9 Prozent der Aisoren in der Sowjetunion Aramäisch. Sowjetamtlich heißen sie - auf russisch - „Assirijzy“.

Mit den besten Grüßen
G. Buxell,
Hachenburg

Personalien

denstkreuz, 1981 Ehrendoktor der Sophia-University Tokio.

EMPFANG

Bundestkanzler Helmut Kohl wird zu Ehren des früheren Bundesministers Dr. Ludger Westrick am 23. Oktober zu einem Empfang in das Palais Schaumburg in Bonn eingeladen. Ludger Westrick, Vertrauter des ehemaligen Bundeskanzlers Ludwig Erhard, war Chef des Bundeskanzleramtes in der Regierungszeit von Erhard. Ludger Westrick lebt in Bad Godesberg.

Der Mitbegründer und langjährige Generalsekretär des Deutschen

Presserats, Egon Freiherr von Mauchenheim, ist - wie erst jetzt bekannt wurde - im Alter von 66 Jahren überraschend in Bonn gestorben. Mauchenheim war von 1949 bis 1955 Hauptgeschäftsführer des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, einem Vorläufer des jetzigen Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger. Für den Presserat war er, seit dessen Gründung 1956, bis 1983 tätig. Von 1949 bis 1978 war Mauchenheim auch Chefredakteur von ZV-ZV, einer Zeitschrift für Presse und Werbung. Zuletzt leitete er den Festland-Verlag in Bonn, der das Taschenbuch des öffentlichen Lebens herausgibt.



Von links Rainer Barzel, Ursula Schmidt-Timm und Ida Ehre
FOTO: ERIK KIL

VERANSTALTUNG

Frauen in Führungspositionen trafen sich erneut im Hause des Bundestagspräsidenten. Eingeladen hatten Dr. Rainer Barzel und Ehefrau Dr. Helga Henselder-Barzel, Geschäftsführerin des Deutschen Groß- und Außenhandels in Bonn. Die älteste Dame in der Runde war Hamburgs Theaterprinzessin Ida Ehre, die im nächsten Jahr 40 Jahre lang die Kammerspiele leiten wird, die jüngste Hamburgs Tierparkdirektorin Caroline Hagenbeck. Sie hat inzwischen mit ihrem Einfeldreichtum Schlagzeilen gemacht: zuletzt mit einem Killerwal, den sie für drei Jahre mietete. Die Reihe war dieses Mal bunter denn je: Gast in der weißen Villa in Bad Godesberg waren die Parlamentarier Staatssekretärin im Bundesfamilienministerium, Ingrid Karwatski, die

niedersächsische Wirtschaftsministerin Birgit Brenel und die SPD-Rechtsexpertin im Deutschen Bundestag, Dr. Herta Dübner-Gmelin, die Oberbürgermeisterin von Goslar, Marta Lattmann und die Chefin von Allensbach, Professor Dr. Elisabeth Noelle-Neumann, eine der Geschäftsführerinnen von Green Peace, Monika Griefahn, die Generaloberin Mutter Scholastika und die in der ganzen Welt berühmte derzeitige Bonner „Selome“. Opernsängerin Hildegard Behrens sowie die Geigenistin Professor Susanne Lantzenbacher, schließlich die Chirurgin Professor Dr. Ursula Schmidt-Timm aus der Technischen Universität München, die eine führende Position in der plastischen und Wiederherstellungschirurgie hat.

Der Beste im Test: Conti WinterContact



* Die Stiftung Warentest (Heft 10, Testgröße 155 R 13 Q) empfiehlt den Conti WinterContact TS 740: „Der Reifen mit den ausgewogensten Eigenschaften ist der Conti WinterContact TS 740. Er kann im Schnee sehr gut zupacken, läuft sicher auf trockenen Straßen, bietet viel Komfort und verspricht gleichzeitig eine lange Lebensdauer.“ Auch beim ADAC-Test 84 (Heft 10, Testgröße 155 R 13 Q) ist der Conti WinterContact TS 740 der beste Allround-Reifen. Kein Wunder, daß er auch Deutschlands meistverkaufte Winterreifen ist. Conti. Alles im Griff.

Continental

RTL-plus oder Plus?

Regenbogen Made in Luxemburg

Der Riese knüpft sich den Zwerge vor - und die Überzelle der ARD-Sendung „Auf dem Regenbogen“ zeigt auch gleich an, wohin die Reise geht: Das private Fernsehen aus dem benachbarten Großherzogtum Luxemburg wird a priori als so etwas wie... eine Tochtergeschwulst des Presseboulevard (so Radio DDR) denunziert. Regenbogenpresse als TV-Veranstaltung. Aber damit ist nicht nur RTL gemeint, sondern vor allem die dahinter stehenden Interessengruppen, die sich in der Kopf-Organisation CLT zusammenfinden. RTL-plus, das zwischen täglich 100 000 Luxemburger und sehr zum Ärger der öffentlich-rechtlichen Sender hierzulande eine halbe Million deutscher Zuschauer erreicht, demonstriert den monopolgeschützten Zuschauer von ARD und ZDF, wie putzmunter ein Programm selbst noch im Nachrichtenteil aufgebaut werden kann, ohne an Informationsbreite und Hintergrundtiefe zu verlieren. Die Strategen in ARD und ZDF wissen auch, daß der Erstlingsversuch in Ludwigs- und München längst gelungen ist - im ideellen Verbund mit der sozialdemokratisch trainierten Ministerialbürokratie im Bundespostministerium, sind im Kabelschächten der Republik die Verkabelung vermehrt, können immer noch nicht mehr als 10 000 Haushaltungen das zweifelhafte Kabelvergnügen erleben. RTL-plus aber rechnet am Jahresende mit 700 000 Zuschauern. Und sobald CLT/RTL Ende 1984 Anfang 1987 auf dem direkt abstrahlenden Rundfunksatelliten Frankreichs, dem TDF-1, zwei Programme abstrahlt, eins in Französisch, eins in Deutsch, können alle deutschen Fernsehzuschauer RTL-plus empfangen - auch in der „DDR“. An diesem Freitag wird der TDF-Vertrag zwischen Paris und dem Großherzogtum in der französischen Metropole paraphiert.

Die Furcht der deutschen Fernseh-Zaren ist also groß. Denn die RTL-Trügersellschaft, die CLT, ist im Unterschied zum öffentlich-rechtlichen System ein kerngesundes Unternehmen. Es finanziert sich nicht durch Gebühren-Zwangseintreibung, sondern allein durch die Werbung.



TV-Programmschef bei RTL: H. Thoma

Die seit 1929 bestehende Sendegesellschaft im Nachbarland hat mit der Premiere von RTL-plus keineswegs einen investiven Bankrott von der Leine gelassen, mit Millionen aus dem Belegewinn von CLT in der Tasche. RTL-plus muß mit 22 Mill. DM und 30 Mitarbeitern auskommen. Insgesamt beschäftigt die CLT 400. Einnahmen aus der Werbung fürs erste Geburtsjahr: 11 Mill. Nächstes Jahr soll die Werbung die Ausgaben ausgleichen. 1986 kommt Gewinn - schon durch TDF-1. Vergleich: ARD und ZDF beschäftigen über 20 000, kassieren jährlich 3,5 Milliarden DM Gebühren und 1,3 Milliarden DM aus der Werbung.

Vor allem aber: Die ARD- und ZDF-Mitarbeiter sind Redakteure, genießen Beamtenstatus, sind im Unterschied zum Beamten unkündbar, nicht mal versetzbar und schaffen da von pro Redakteursnase nicht einmal 10 Minuten Programm im Jahr. Was den Zuschauer und Zuhörer an RTL-Programmen fasziniert? Es ist die Programm-Philosophie: Unterhaltung mit dem Zuschauer auf Quiz- und Rückrufbasis, Spielfilm und Information ohne ARD-Chinesisch und ZDF-Zeigefinger. Im übrigen erweist sich das Gejammer der ARD-Apologeten über das angebliche „Billigniveau“ („Die Zeit“) von RTL-plus als zukunftslos. Denn: Über die USA sind Bertelsmann und Gruner + Jahr mit 40 Prozent bei RTL-plus dabei. Und so kommt es auch geschahen, daß ausgerechnet im „Stern“ (Gruner + Jahr) nach jahrelangen Spott über RTL nun erstmals ein Ernennungsbefehl über RTL-plus erschien, aus der Feder eines Redakteurs, der bislang nicht durch Lobpreisen privater Medien aufblühte.

REGINALD RUDORF

KRITIK

Utopien mit Kinderaugen

Phantasie ist janusköpfig. Sie kann Mut machen für die Realität, weil sie nach Lösungen sucht und sich Illusionen verweigert. Sie kann aber auch zum Fluchthelfer aus der Realität werden!

Elmar Lorey, „Geburtsheifer“ der neuen ZDF-Serie „Morgen schon“ für Kinder bis zwölf und ihre Eltern, atmet durch. Drei Jahre Arbeit an dem Projekt sind vollbracht, zahllose Wochenenden in hitzigen Debatten mit den Autoren und Regisseuren der Reihe sind durchgestanden, ohne daß das Team auseinandergebrochen wäre. 2,5 Millionen Mark sind ausgegeben. Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Elf Folgen der „freundlichen Utopie“ hatten der Beurteilung durch den Zuschauer, zwei sind bisher gezeigt worden, gestern die Folge „Der rote Sessel“. Die Autoren, die mit den „Rappellkisten“ und „Bettkantengeschichten“ ein wesentliches Stück Kinderfilm-Kulturgeschichte mitgestaltet haben, fanden u. a. in den Skizzen des EG-Agrarsoziologen Henri Mendras „Reise ins ländliche Reich der Utopie“ Impulse für den neuen Filmstoff. Zeichen zukünftigen, wünschbaren Lebens zu beschreiben, schien ihnen ein hoffnungsvoller Ausweg aus den düsteren Prognosen, die das Orwell-Jahr einläuteten.

Die modische Friedensbewegung schien ihnen eher negativ definiert. Man weiß dort immer allzu genau, was alles nicht sein soll, während die Vorstellung über das, was sein könnte, reichlich blaß bleibt. In dem merkwürdigen Land „Morgen schon“, das ganz nah sein soll und doch noch auf keiner Landkarte eingezeichnet ist, werden Fragen gestellt und Antworten versucht. „Wie lebt und lernt man in Morgen schon? Mit Leid und Tod um? Wie trägt man Konflikte aus, wie erlebt man Gefühle?“

Die Struktur der Episoden ist einfach: Jeweils ein Kind kommt aus dem Heute nach Morgen schon. Dort unter den Kindern und Erwachsenen macht es Erfahrungen, die in ihm vielleicht den Wunsch entstehen lassen, in einem solchen Land zu leben, wo die Menschen anders sind, geduldiger, fröhlicher, aufgeschlossen für alles Neue und Fremde, näher am Kind vor allem. Nicht „großziehen durch kleinhalten“, wie es der Päd-

agoge Neil Postman spöttisch formuliert hat, soll in diesem Morgen schon Devisen sein, sondern der gegenseitige Respekt, das Interesse füreinander.

In der gestrigen Folge vom Roten Sessel darf die Großmutter beim letzten Akt ihres Lebens selbst Regie führen. Sie erfüllt sich damit einen Wunsch, nach dem sich ungezählte Menschen sehnen, die sich vor der Entmündigung in einem anonymen Krankenhausbetrieb grauen und deshalb die Gedanken und Gespräche über ihr Ende verbannen. Aber auch Kinder möchten teilhaben an dem, was ihren Nächstenstehenden widerfährt. Nina bringt der Großmutter den geliebten, alten, roten Sessel, in dem die alte Frau gleichsam eingebettet in ihr ganzes Leben einschläft. Das Filmgeschehen war so ungewöhnlich wie unauffällig. Regie führte, wie auch im ersten Film am 14. 10., Thomas Draeger, der dieser Tage auf dem Internationalen Kinderfilmfestival in Frankfurt mit „Lisa und die Riesen“ starke Kontroversen ausgelöst hat.

Kontroversen auch die erste Folge der neuen Serie. Bei dem türkischen Mädchen Derya, (in der Folge „Derya tanzt“) handelte es sich nicht um die übliche Gastarbeiterproblematik, auch wenn das Sujet - deutsches Kind fremder Eltern wird ausgelacht - dies nahelegte. Die Erfahrung des Fremdseins, des Nicht-Angenommen-Werdens ist auf viele Konstellationen im Leben von Menschen und Tieren übertragbar. Derya selbst reagiert abweisend, als ein Kind in dem neuen Land Morgen schon mit ihrer Puppe spielt. Sie muß erst erfahren, daß anderswo Kinder nicht angreifen, sondern nur spielen wollen, daß sie Derya um die beiden Elemente ihres Wesens, das türkische und das deutsche, beneiden. Daß ihr neuer Spielkamerad Otto Fliege von sich sagt: „Ich möchte Vogel, Maulwurf und Mensch zugleich sein!“ Ob die kleinen und größeren Zuschauer die Hintersinnigkeiten mitbekommen haben? Man dürfte es bezweifeln.

„Wir versuchen, die Geschichte mit den Augen der Kinder zu sehen“, sagen die Macher. Ob die Kinder das bestätigen? Die Versuchung, auf Unterhaltung im Sinne von mehr „action“ umzuschalten, wird auch durch die ausgetüftelte Pädagogik nicht aus der Welt geschafft.

INGRID ZAHN



III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Mensch Beckmann
10.50 Abgehört

16.00 Tagesschau
16.10 Das Lustobjekt oder Warum wir unser Auto so liebhaben
16.50 Cindarella Plagiat
17.05 Der fliegende Ferdinand 2. Teil: Blumenduft und Hausarrest
17.50 Tagesschau
18.00 Tagesschau
18.15 Mogen
18.20 Rick, ein guter Freund von Mogen, verliert sich bei einem nächtlichen Spaziergang am Palmenstrand Hawaiis in die hübsche Sara. Doch als er seine neue Flamme wiedersehen will, kann er sie nirgends finden. Dann erinnert sich der Verliebte, daß Sara bei ihrem ersten Treffen von einem Baum gesprochen hat, der ihr nach dem Leben trachtet...

21.00 Das Fernseh-Duell
Ronald Reagan und Walter Mondale zur Außen- und Sicherheitspolitik der USA
21.30 Auf dem Regenbogen
Radio Luxemburg und seine Filialen
Bericht von Michael Busse
21.35 Sektschup

22.15 Tagesschau
22.25 Was verzeihen Psychiater Goldfische? Warum haben Opernsängerinnen ein beschränktes Repertoire und welche Qualen müssen unabhängige Männer erdulden? Diese und andere Fragen versuchen Beatrix Richter und Dieter Krebs in der heutigen Ausgabe ihrer Bildparade zu beantworten.
22.45 Tagesschau
23.15 Am Ufer der Dämmerung
Deutscher Spielfilm (1981)
Von Jochen Richter
Erzählt wird die Geschichte von Thomas Bongart, einem bekannten Reporter, der über das Sterben im Dschungelkrieg schreibt, und selbst nur noch ein halbes Jahr zu leben hat.

1.00 Tagesschau

12.25 Bilder aus der Wissenschaft
12.55 Presseschau
13.00 heute

16.00 heute
16.04 Mikroprozessor - Mikrocomputer
5. Folge: Wie ein Chip entsteht
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Im Reich der wilden Tiere
Die Dickhornschafe von Montana
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Hustler
Zu Gast: Costa Cordalis, Angel Romero
17.50 SOKO 5113
Göttermann hat Angst
Dazu: heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Hoffnung für Millionen
Eine Selbsthilfegruppe, die weder wirbt noch Mitgliederlisten führt, im Kampf gegen die Alkoholkrankeheit.
Über das Geheimnis der Anonymen Alkoholiker berichtet Ralf Sartori

20.15 Edgar Wallace: Der Hexer
Deutscher Spielfilm (1964)
Mit Heinz Drache, Joachim Fuchsberger u. a.
Regie: Alfred Vohrer
Ein Mann, der wegen seiner Selbstjustiz an Verbrechern steckbrieflich gesucht wird, kehrt aus Australien zurück, mit dem Ziel, die Mörder seiner Schwester ins Jenseits zu befördern.

21.45 heute-Journal
22.05 Das Fernseh-Duell
Ronald Reagan und Walter Mondale zur Außen- und Sicherheitspolitik der USA
22.25 Erinnerung und Gegenwart
Nachdenken mit der „DDR“-Schriftstellerin Christa Wolf
23.15 Kleine bunte Freundschaften
Nicht nur Alkohol und Rauschgift ruinieren tagtäglich tausende Schicksale, auch der Tablettenmißbrauch hat sich schon längst zu einer Suchtkrankheit entwickelt. Anhand mehrerer in Spielszenen nachgestellten Fälle zeigt dieser Film von Eberhard Pieper, wie es zur Tablettenabhängigkeit kommen kann.

0.35 heute



Barbara Rudnik als Lena und Hans Peter Hallwachs als Reporter Thomas Bongart in „Am Ufer der Dämmerung“ - ARD, 23.15 Uhr
FOTO: KPA

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Seemannsstraße
19.00 Altschule Stude
20.00 Tagesschau
20.15 Sport-Platz
90 Minuten aus dem Bundesleistungszentrum der Schwimmer in Köln-Müngersdorf
21.45 Heinz Hoppe - seine Helmut, seine Lieder
22.15 Basildorger Wechsel
Begleitdokumentation von Stephan Köster zu der Edgar-Reitz-Serie „Helmut“
23.10 Arno Minirestaurant
Fernsehspiel von Bernd Lieber
0.00 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Seemannsstraße
18.30 Sehen statt Hören
19.00 Eine Klassenreise (2)
Woran man denken muß
19.15 Mensch und Metall (3)
Die Gier nach Gold
20.00 Tagesschau
20.15 Junge Tüftler ohne Job
21.00 Nationalpark
22.00 Ivy
Amerikanischer Krimi (1947)
23.35 Nachrichten

HESSEN
18.00 Seemannsstraße
18.30 Sehen statt Hören
19.00 Der Lohn des Bettlers
19.00 Graffiti
anschl. Das Fest fand im Freien statt
20.00 Trends
20.45 Die Sprachstraße
Tranquillizer - Benützung auf Rezept?
21.00 Drei aktuell
21.45 Der Aufpasser
Immer auf die Kleinen
22.30 Jazz in Concert
SÜDWEST

18.00 Seemannsstraße
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendchau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendchau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
20.20 Rückblende
20.35 Die Weltwirtschaftskrise
Von Weimar zu Hitler
21.20 Back Report
21.45 Es hat sich alles geändert
22.30 Jazz am Montagabend
Jazz-Woche Burghausen 1984
23.15 Nachrichten

18.15 Heroinparazit
18.45 Rendschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Blickpunkt Sport
21.45 Rendschau
22.00 Z. E. N.
22.05 Wege zum Menschen (12)
„Das Tor zum Geheimen öffnen“
22.50 Task Force Police
Krimifilm
23.40 Rendschau

18.15 Heroinparazit
18.45 Rendschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Blickpunkt Sport
21.45 Rendschau
22.00 Z. E. N.
22.05 Wege zum Menschen (12)
„Das Tor zum Geheimen öffnen“
22.50 Task Force Police
Krimifilm
23.40 Rendschau

18.15 Heroinparazit
18.45 Rendschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Blickpunkt Sport
21.45 Rendschau
22.00 Z. E. N.
22.05 Wege zum Menschen (12)
„Das Tor zum Geheimen öffnen“
22.50 Task Force Police
Krimifilm
23.40 Rendschau

18.15 Heroinparazit
18.45 Rendschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Blickpunkt Sport
21.45 Rendschau
22.00 Z. E. N.
22.05 Wege zum Menschen (12)
„Das Tor zum Geheimen öffnen“
22.50 Task Force Police
Krimifilm
23.40 Rendschau

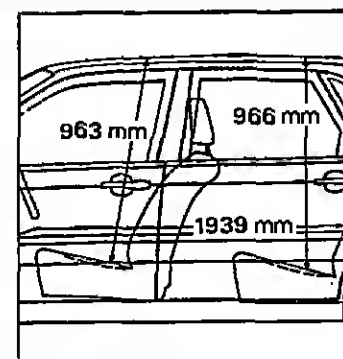


The Sound of Silence. Audi 200 Turbo.

Mit dem Audi 200 Turbo ist die Zeit der lästigen Windgeräusche vorbei. Seine überlegenen strömungsgünstige Karosserie bietet Luftwiderstand so gut wie keine Chance. Hinzu kommt die vorbildliche Schallisolierung des Innenraums, die mit einer luxuriösen Velours-Komfort-Ausstattung und einem einmalig großen Raumangebot verbunden ist. Komfort und Laufruhe auch durch den kultivierten (134 kW)

182 PS starken Turbomotor mit wichtigen Konstruktionsmerkmalen aus dem rennprobten Audi quattro-Triebwerk sowie durch seine eindrucksvolle Hochleistungs-Fahrwerkstechnik. Erfahren Sie den Sound of Silence bei einer Probefahrt. Und dazu das neue Fahrgefühl in der einzigen Limousine dieser Klasse mit Frontantrieb.

Bei Ihrem V.A.G. Partner.



Vorsprung durch Technik



Trawler-Versenkung ohne Konsequenzen für EG

Spanischer Außenminister gelassen / Zwei Hergangs-Versionen

ROLFGÖRTZ, Madrid
Die Versenkung des spanischen Fischtrawlers „Sonja“ durch das irische Küstenwachboot „Aisling“ im St. George-Kanal vor der irischen Ostküste werde die heutigen Verhandlungen zwischen der EG und Spanien in Luxemburg nicht beeinträchtigen. Diese Ansicht vertrat gestern der spanische Außenminister Fernando Moran. Drei spanische Fischer des nach einer dreistündigen Verfolgungsjagd bei schwerem See- und Windsturm gesunkenen Trawlers sind von dem deutschen Frachter „Achat“, 13 weitere Besatzungsmitglieder von einem Rettungsboot geborgen worden.

Nachdem schon am 17. März dieses Jahres der spanische Trawler „Valle d'Atchondo“ von einer französischen Fregatte beschossen worden war, wobei sechs spanische Fischer verwundet wurden, erregte der neuerliche Zwischenfall die Gemüter der spanischen Bevölkerung aufs höchste. Zusammen mit fünf anderen Trawlern war die „Sonja“ vor einem Weststurm, der mit acht Windstärken wehte, bis zu zehn Meter Höhe aufblühte, in den schützenden St. George-Kanal zwischen Irland und England gelaufen, um dort weiterzufischen. Um das für die dortigen irischen Gewässer geltende Fangverbot zu umgehen, soll die Sonja sich in den Kanal geschlichen haben.

Die irische Version

Nach irischer Version näherte sich daraufhin das Küstenwachboot „Aisling“ dem Trawler und forderte ihn – unterstützt von Warningschiffen – auf, beizugehen und einen irischen Hafen anzuliegen. Der Trawler habe aber statt dessen versucht, das Küstenwachboot zu rammen, so daß die „Aisling“ ausweichen mußte, und sei dann Richtung Osten davongefahren. Während der daraufhin einsetzenden Verfolgungsjagd habe Spaniens Botschafter in Dublin, Luis Jordana de Pozo, seine Landsleute über Funk aufgefordert: „Dreht bei, gehorcht der Aisling!“

Nach Version der spanischen Fischer jedoch war von Funkverkehr keine Rede. Kapitän Sabino Zubizarain: „Schon die ersten Salven aus der Schnellfeuerkanone des irischen Wachbootes zerfetzten unsere Brückeneinrichtung. Dabei ging natürlich auch das Funkgerät zu Bruch. Hätten

wir uns nicht unter Deck hinter Netzen und Holzbalken verkrochen – wir wären lebend nie davongekommen.“

Alte Gewohnheitsrechte

Nach Statistiken der Europäischen Gemeinschaft steht Spaniens Fischereiflotte – die größte Europas – auch an erster Stelle der Liste von Verstößen gegen die Fischereigrenzen der EG. Unabhängig von der Regierung in Madrid berufen sich vor allem die spanischen Fischer auf jahrhundertealte Gewohnheitsrechte in ihren historischen Fanggebieten. Völkerrechtler sehen hierin einen klassischen Fall für die Diskrepanz zwischen dem Völkerrecht – einem wesentlichen Bestandteil des Völkerrechts und der „expliziten Ausdehnung“ nationaler und multinationaler Hoheitsansprüche auf „Anschlußstaaten“, die es vor dem Zweiten Weltkrieg in dieser Ausdehnung nie gab.

Im vergangenen Jahr waren 116 von 624 Verstößen gegen die französischen Fischereigrenzen auf Spanien zurückzuführen. In Irland waren es 58 von 61, in britischen Gewässern zwei von vier. Das Fischereiarbeitsverhältnis zwischen Spanien und der EG von 1980 reduziert die spanischen Fischereifänge von jährlich 40 000 auf 12 870 Tonnen, obwohl der spanische Fischkonsum weit über dem der anderen westeuropäischen Festlandstaaten liegt. Fischindustrie und vor allem die spanischen Fischer selbst sehen deshalb nicht ein, warum sie ihre Flotte immer weiter abwracken sollen, obwohl die EG ihren Fischexport nach Spanien allein in den letzten zehn Jahren verdoppelt hat.

Seite 2: Kanonenboot-Politik

Sudetendeutsche: Ziel bleibt die Einheit

DW, München

Das Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands hat die Sudetendeutsche Landsmannschaft auf ihrer 8. Bundesversammlung in München bekräftigt. Vor den Delegierten meinte der Sprecher der Landsmannschaft, Bayerns Sozialminister Franz Neubauer, am Samstag, „ein Abrücken vom Ziel der Wiedervereinigung wäre in jedem Fall die Anerkennung der sowjetischen Herrschaft als Ausgangspunkt für neue Expansion“. Jedermann sei klar, daß die deutsche Frage einer Antwort harre, meinte Neubauer. Die deutsche Frage bestehe überall da, wo elementare Lebensrechte von Deutschen verletzt werden. Dies gelte für die Mitteldeutschen ebenso wie für die Sudetendeutschen, Pommern, Schlesier und Ostpreußen. „Wir wehren uns entschieden dagegen, daß Sprecher von Staatsorganen aus dem Verfassungsauftrag für Deutschland ausbrechen“, ergänzte der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Herbert Czaja.

RAF „noch lange nicht am Ende“

Öffentlichkeit soll Terrorismus nicht unterschätzen / Organisierte Kriminalität ausgeweitet

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Obwohl der Kern der „Rote-Armee-Fraktion“ des Terrorismus in der Bundesrepublik nur noch aus zehn Mitgliedern besteht, hält der Präsident des Bundeskriminalamtes (BKA), Heinrich Boge, einen „deutlichen Kräfteabzug“ seiner Beamten aus diesem Bereich, der eine „Entwarnung“ signalisieren würde, für falsch. Im ersten Halbjahr 1984 seien in der Bundesrepublik 113 Sprengstoff- und Brandanschläge registriert worden; durch einen „Gewöhnungseffekt“ nehme die Öffentlichkeit die weiter bestehende Gefahr nicht mehr ausreichend wahr.

Auch nach Ansicht von Generalbundesanwalt Rehmann ist die RAF „noch lange nicht am Ende“. In einem Interview mit dem „Deutschlandfunk“ meinte Boge am Sonntag, die Festnahme von vier Personen in Münster vor wenigen Tagen, die im Begriff standen, eine terroristische Gruppe zu bilden, zeige den wahren Hintergrund der Szene auf. Der Terrorismus dürfe „mit Sicherheit“ nicht mit dem harten Kern der

Rote-Armee-Fraktion gleichgesetzt werden.

Im Kampf gegen die international verflochtene Kriminalität habe das BKA „durchaus beachtliche Erfolge“ dadurch erzielen können, daß im Vorjahr 234 Täter festgenommen wurden. Die organisierte Kriminalität breite sich aber in Europa gefährlich aus, wie jüngste Zahlen bewiesen, auf die Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann jüngst hingewiesen habe. Zimmermann hatte darauf aufmerksam gemacht, daß in der Bundesrepublik im Laufe eines Jahres zum Beispiel etwa 2000 Lastzüge mit einem Ladungswert von 35 Millionen Mark und 14 000 hochwertige Autos mit einem Schadenswert von rund 400 Millionen Mark entwendet worden wären. Das BKA, so Boge, bemühe sich auf verschiedenen Ebenen, „wirksame Gegenstrategien zu entwickeln“.

Nachdem das BKA bereits im Kampf gegen den Rauschgifthandel „Verbindungsbeamte“ nach Bangkok, Islamabad und nach Zypern entsandt hat, steht jetzt die Abordnung solcher Abwehrbeamten nach Peru

und Kolumbien bevor. Sie sollen in den Haupterzeugungsländern von Kokain im Kontakt mit ihren Kollegen in den dortigen Rauschgift-Dienststellen eine vorverlegte Bekämpfungslinie gegen dieses Übel aufbauen, sagte Boge.

Nachdrücklich setzte sich der Präsident des Bundeskriminalamtes für ein „Europäisches Kriminalpolizeiamt“ ein. Ein erster Schritt in diese Richtung könne die Realisierung des bereits 1981 vorgeschlagenen „Europäischen Regionalbüros“ sein. Europa stelle für Straftäter, vor allem auch wegen der Grenzfreiheit, ein „einheitliches Operationsfeld“ dar. Das Regionalbüro soll nach den Vorstellungen des Bundeskriminalamtes eine „Unterorganisation von Interpol“ sein. Die Aufklärungsquote von 43 Prozent bei 4,3 Millionen entdeckten Straftaten des Jahres 1983 näherte sich in der Bundesrepublik im Jahre 1984 wieder „deutlich der 50-Prozent-Marke“. Die schlechte Aufklärungsquote, die nicht auf Kapitalverbrechen zuträfe, werde vor allem durch Diebstahlsdelikte und durch Sachbeschädigungen bewirkt.

Polens Primas besucht Berliner Bischof

DW, Berlin

Der Primas der katholischen Kirche in Polen, Kardinal Józef Glemp, wird heute zu einem dreitägigen Besuch in Ost-Berlin eintreffen. Glemp, mit dem erstmals ein polnischer Primas in die DDR reist, folgt einer Einladung des Vorsitzenden der Berliner Bischofskonferenz, Kardinal Joachim Meisner, der im vorigen Jahr in Polen war. Über das Besuchsprogramm Glemps wurde von kirchlichen Stellen nichts mitgeteilt. Es wird damit gerechnet, daß er am Abend in der St. Hedwigs-Kathedrale der Ost-Berliner Bischofskirche, an einem Gottesdienst anläßlich des sechsten Jahrestages der Amtseinführung Papst Johannes Pauls II. teilnimmt. Glemp, der schon wiederholt in der Bundesrepublik war, hatte im August Aufsehen erregt, als er in einer Predigt die Existenz einer deutschen Minderheit in Polen bezweifelte und die Auffassung der Bundesrepublik in der Frage der deutschen Staatsbürgerschaft kritisierte.

Geschickt umgeht Moskau getroffene Vereinbarungen

C. GRAF BROCKDORF, Brüssel

In den Vereinigten Staaten behält sich offenbar ein Umdenken bei der Kontrolle von Abrüstungsvereinbarungen mit der Sowjetunion an. Diesen Eindruck haben Brüsseler NATO-Beobachter nach der Vorlage eines umfangreichen Geheimberichts gewonnen, den ein zwölfköpfiges Komitee unabhängiger amerikanischer Persönlichkeiten Präsident Reagan überreicht hat. Das Komitee hat das Verhalten der Sowjetunion gegenüber internationalen Verträgen auf dem Feld der Rüstungskontrolle und Abrüstung untersucht, wobei es zu dem Schluß kam, daß es in einem Zeitraum von 25 Jahren nur wenige völkerrechtlich verbindliche Verträge gegeben hat, die von der Sowjetunion nicht verletzt oder umgangen worden wären.

Die Schlußfolgerungen des Komitees sind nach Brüsseler Ansicht aufsehenerregend, weil die fundamentale Frage gestellt wird, ob es überhaupt sinnvoll sei, mit dem Mittel geheimer Gespräche in der Ständigen amerikanisch-sowjetischen Konsultativkommission oder auf dem

Wege der Geheimdiplomatie den Versuch zu unternehmen, Moskau Vertragsverletzungen nachzuweisen und auf ihre Korrektur zu drängen. Damit ist in Washington zum ersten Mal ein Thema angeschnitten worden, das hinter den verschlossenen Türen des NATO-Hauptquartiers schon lange Experten bewegt. Ausgangspunkt ist die in Brüssel wahrgenommene Diskrepanz zwischen dem sowjetischen Auftreten in der Weltöffentlichkeit und der von Moskau immer wieder apodiktisch verlangten Geheimdiplomatie, wenn es um die Kontrolle getroffener Vereinbarungen geht. Auf diese Weise entstehe das Bild einer friedliebenden Sowjetunion, deren Verletzung von Rüstungskontrollvereinbarungen nur zum Schweigen verpflichteten Beamten klar würde. Dies gehe so weit, daß in der Öffentlichkeit kaum jemand von der Existenz der geheim tagenden sowjetisch-amerikanischen Ständigen Konsultativkommission wisse.

Der Bericht des amerikanischen Komitees, das den Präsidenten nach dem Rüstungskontroll- und Abrüstungsgesetz von 1961 beraten muß,

gibt zu verstehen, daß die Sowjetunion auf diese Weise eine eigenständige Strategie entwickelt hat, mit der die Weltöffentlichkeit getäuscht werde. Aus dem Inhalt geht hervor, daß sich die Vereinigten Staaten selbst die Hände gebunden haben, als sie darauf eingingen, Verletzungen von Rüstungskontrollvereinbarungen nur in Geheimgesprächen zu behandeln.

Der Komitee-Bericht versucht eine Antwort auf die Frage zu finden, was die Sowjetunion beim Bruch dutzender Verträge auf dem Feld der Rüstungskontrolle neben der Erlangung militärischer Vorteile noch bewegt haben könnte:

1. Gleichgültigkeit gegenüber amerikanischen Beschwerden über Vertragsverletzungen.
2. Der Versuch, zu erkunden, wie weitestgehend amerikanische Möglichkeiten sind, die Einhaltung von Verträgen zu kontrollieren.
3. Die Sowjetunion will prüfen, ob die Vereinigten Staaten gewillt sind, eindeutige Schlußfolgerungen aus sowjetischem Verhalten gegenüber Rüstungskontrollvereinbarungen zu ziehen.

4. Die Sowjetunion wünscht leicht festzustellen, mit welchem Willen und welchen Reaktionen die Vereinigten Staaten und die internationale Öffentlichkeit sowjetisches Verhalten auf diesem Gebiet begleiten.

5. Sowjetische Vertragsbrüche und andere Tarnmaßnahmen könnten den Sinn haben, das amerikanische Verifikationssystem zu verwirren, um dahinter ersichtliche Aktivitäten zu verdecken, zum Beispiel die Entwicklung und (verbotene) Aufstellung eines Raketen-Abwehrsystems.

Der Komiteebericht stellt fest, die Vereinigten Staaten hätten eine langfristige Strategie besessen, um sich mit sowjetischen Vertragsbrüchen auseinanderzusetzen. Wenn der Rüstungskontrollprozeß nicht weiter unterminiert werden solle, müßten die Vereinigten Staaten Maßnahmen entwickeln, um die Einhaltung völkerrechtlicher Vereinbarungen zu gewährleisten. Die amerikanische Übung, Vertragsverletzungen in der Ständigen Konsultativkommission in geheimer Sitzung mit den Sowjets zu besprechen, habe sich als unwirksam erwiesen.

Peking ordnet an: Weniger Staat

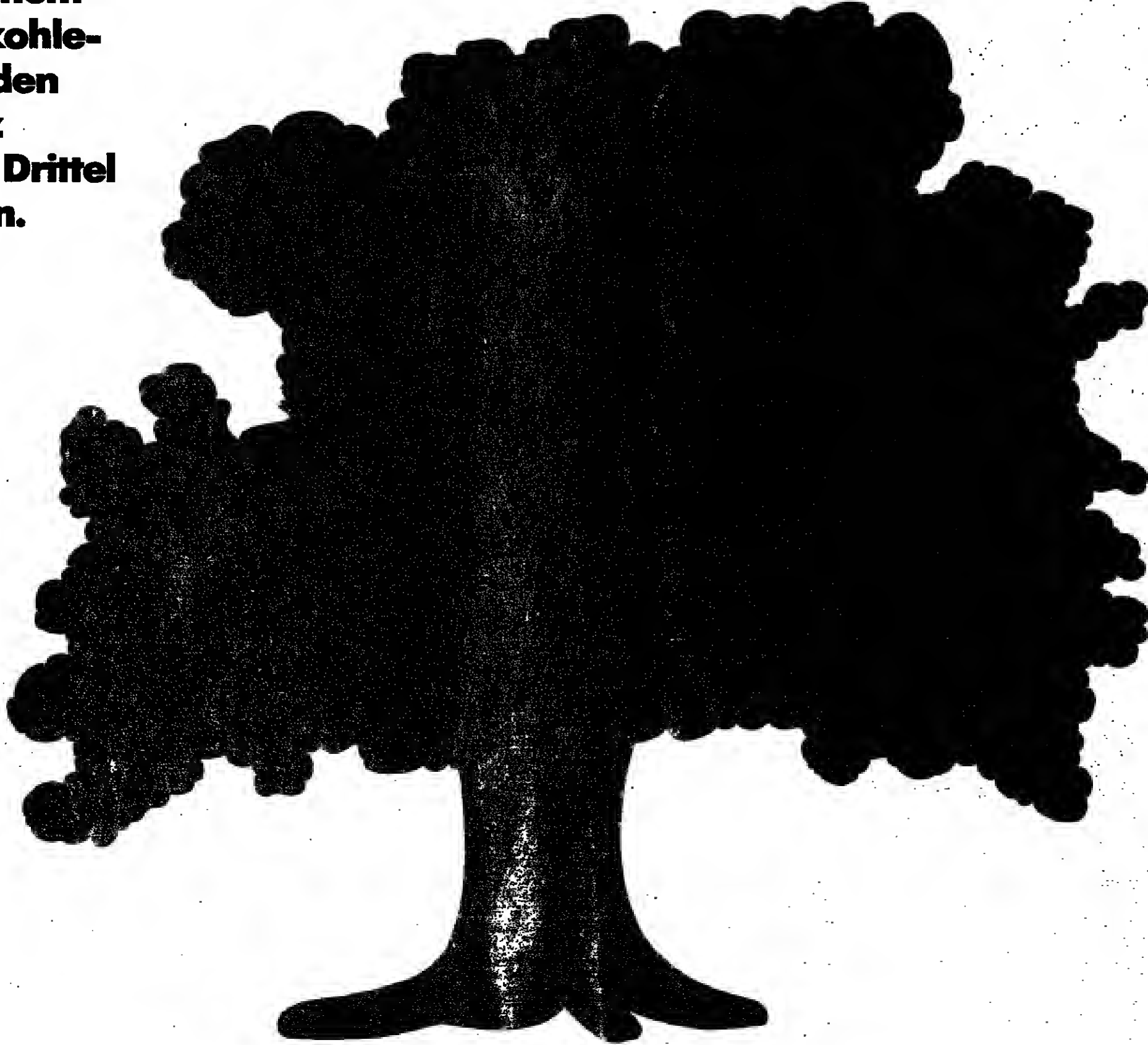
Fortsetzung von Seite 1

tee durch eine vorsichtige und stufenweise Freigabe der Preise entgegenwirken. Eine seit 1978 schneller als erwartet gewachsene Agrarproduktion, hohe Devisenreserven und die Verdrängung der inländischen Sparguthaben seit 1980 scheinen der chinesischen Führung ausreichend Gewähr zu bieten, das riskierte Experiment mit den Preisen zu wagen. Am Wochenende versuchten die Peking-Zeitungen, die spürbare Unruhe der Bevölkerung mit Versicherungen aufzufrischen, daß bei Grundnahrungsmitteln die Preise vorerst nicht ansteigen werden.

Zur weiteren Absicherung der umfassenden Reformen wurden ebenfalls Umbesetzungen und die Verjüngung der Führungsspitze angekündigt. Nach Angaben von Parteichef Hu Yaobang sollen im nächsten Jahr mindestens „drei oder vier“ ranghohe Funktionäre abgelöst werden. Umgesetzt wurden bereits die Schlüsselministerien für Wirtschaft sowie für Wissenschaft und Technik.

Die Steinkohle zum Thema „Vorsorglicher Umweltschutz“

350 Millionen Mark werden bei einem großen Steinkohle-Kraftwerk in den Umweltschutz investiert. Ein Drittel der Baukosten.



Der Wert unserer Steinkohle läßt sich in Megawatt und Kilojoule, in Mark und Pfennig ausrechnen. Aber Zahlen sagen nicht alles. Schon gar nicht über den Wert der Steinkohle als umweltschonende Energie.

Ein moderner Steinkohle-Kraftwerksblock arbeitet heute praktisch staubfrei. Mit neuester Technik werden mindestens 85% des Schwefeldioxids zurückgehalten. Der Beitrag zur örtlichen Luftbelastung ist nur geringfügig.

Diese Entwicklung kommt nicht von ungefähr: Wir sind das einzige Land Europas, in dem seit zehn Jahren alle großen Steinkohle-Kraftwerke mit Rauchgas-Entschwefelungsanlagen gebaut werden.

Jetzt richten wir alle unsere Anstrengungen auf die älteren Steinkohle-Kraftwerke, damit im ganzen Bundesgebiet Vorsorge wie bei den neuen Anlagen an der Quelle getroffen wird: mit einem beispiellosen Umbau-, Neubau- und Stilllegungsprogramm.

Richtungsweisende Investitionen an der richtigen Stelle. Denn die Steinkohle ist und bleibt die große Energie, über die wir selbst verfügen, deren Preis wir selbst bestimmen.

Aber ohne gesunde Umwelt wäre dies alles nichts: Die Ausgewogenheit von wirtschaftlicher Vernunft und Verantwortung für die Umwelt – sie macht die Steinkohle zu einem Vorbild an Energie.

Wollen Sie mehr wissen, schreiben Sie bitte an: „Die Steinkohle“, Glückauf-Haus, 4300 Essen 1.



Steinkohle. Ein Vorbild an Energie.

Pfund unter Druck

Im (London) - Oktober 1976: Labour-Premierminister Callaghan macht auf dem Londoner Flughafen vor seinem wartenden Flugzeug kehrt und sagt kurzentschlossen seinen Bittgang zum Internationalen Währungsfonds ab, weil das Pfund Sterling auf Rekordtiefen gefallen ist. Jeder spricht von der Währungskrise, und sie soll in Großbritannien so bald nicht vergessen werden.

In der abgelaufenen Woche hat das Pfund gegenüber einem ausländischen Währungskorb den Indexstand von 74,2 und damit den Tiefststand von 1976 eingestellt. Doch diesmal spricht kaum jemand in der Londoner City von Währungskrise. Und natürlich schon gar nicht der für das Pfund an erster Stelle verantwortlich zeichnende Schatzkanzler Lawson.

In einer Rede vor sachkundigen Bankern und Brokern hieß es: Lassen Sie den Zinsschraubenzieher. Recht hat er. Natürlich kann man gegenwärtig von einer Pfundkrise sprechen. Doch im Gegensatz zu 1976 ist es keine, die Panik-Stimmung auslöst.

Das Pfund wird unter Druck bleiben, solange es an der Kohle-Streikfront festnagelt, solange die Ölpreise trudeln und solange der Dollar zu hoch bewertet wird. Doch es wäre falsch, aus diesem schwa-

chen Pfund abzulesen zu wollen, die britische Wirtschaft sei aus dem Ruder gelaufen. Das Gegenteil ist der Fall. Wachstums-Aussichten, Geldmengen-Entwicklung und Inflations-Trend sind durchaus positiv. Pfundkrise? Ja - aber keine Wirtschaftskrise wie 1976.

Zuerwerb

Mk. - Die niedersächsische Arbeitsgemeinschaft "Urlaub und Freizeit auf dem Lande" hat im vergangenen Jahr 430 000 Übernachtungen auf den 350 von ihr betreuten Höfen registriert. Wegen des schlechten Wetters dürften es in diesem Jahr zwar kaum mehr geworden sein. Aber dies ist fast das Dreifache dessen, was 1974 gezählt worden war. Der Umsatz kletterte bis 1983 von 1,9 auf 10,5 Millionen Mark. Und dieses nur in Niedersachsen. In anderen Ländern sieht es ähnlich aus. Trotzdem: Diese Beispiele sollen noch mehr Schulen machen. Wenn es angesichts der hohen Arbeitslosigkeit für Landwirte schwieriger geworden ist, in anderen Bereichen eine Nebenbeschäftigung zu finden, so sollten sie sich stärker auf ihre eigenen Möglichkeiten besinnen. Gefordert ist nicht nur ihre eigene Phantasie, sondern auch die Beratung der Berufsorganisation. Es müssen nicht nur Übernachtungen sein. Goldplätze oder Reiterhöfe bieten Chancen. In vielen Fällen verspricht dies mehr als die weitere Intensivierung der Produktion und die Hoffnung auf höhere Preise.

Offene Märkte?

Von INGE ADHAM

Erst im Juli 1986 läuft das Welttextilabkommen, das den internationalen Außenhandel mit Textilien und vor allem textile Lieferungen in die Länder der Europäischen Gemeinschaft regelt, aus. Aber unüberhörbar werden derzeit schon im Vorfeld neue Positionen abgesteckt. Allen gemeinsam scheint auf den ersten Blick zu sein, daß man eine Verlängerung des Abkommens für nötig hält. Dies läßt den Schluß zu, daß in Sachen textilen Welthandels in der Prämisse des Vertragswerks festgeschriebenen Forderungen bisher bloße Idee blieben: Daß nämlich Maßnahmen eingeleitet werden sollen, die einer ungestörten und gerechten Entwicklung des Handels dienen und zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Entwicklungsländer beitragen.

In der Tat scheint die handelspolitische Landschaft weltweit von solch hohen Zielen weiter entfernt als je zuvor. Verglichen mit der Situation im Jahr 1981, als das erste Welttextilabkommen zur Verlängerung anstand, die schließlich als mühsamer Kompromiß aus vielen konträren Positionen erreicht wurde, ist die Atmosphäre im Weltmarkt rauer geworden. Nicht nur in Sachen Textil und Bekleidung. Rundum macht sich eine tiefe Neigung zum Protektionismus breit - als solchen sehen übrigens auch die Niedrigpreisländer für textile Erzeugnisse die Abschirmungswünsche der EG vor einer billigen Lieferant an.

Vor diesem Hintergrund sind wohl die bisher bekanntgewordenen Positionen des Gatt zu sehen, jener internationalen Organisation, die von Genf aus ein Auge auf Fairness im Weltmarkt hält. Sie vertritt die Überzeugung, daß vertragliche Beschränkungen gleich welcher Art immer neue Einschränkungen im Weltmarkt nach sich ziehen.

Die im jetzigen Welttextilabkommen festgelegten Handelsbeschränkungen müßten deshalb aufgehoben werden. Dabei zielt die Gatt-Experten vor allem auf das ausgefeilte System von Kategorien- und Quotenfestsetzung, das den betroffenen "Billig"-Ländern den Marktzugang vor allem in die EG erschwert.

Schützenhilfe erhält das Gatt übrigens aus den Außenhandelsvereini-

gungen des Einzelhandels, die einen freien Weltmarkt auf dem Textil- und Bekleidungssektor nicht ungern sehen: Helfen die billigen Importe aus Schwellen- und Entwicklungsländern doch dem Handel, bestimmte Eingangspreise zu halten, die er aus heimischer europäischer Fertigung nicht mehr beziehen kann, zu halten.

Schrecken freilich lassen die Gatt-Vorstellungen bei der Textil- und Bekleidungsindustrie aus, und zwar nicht nur der deutschen. In einer den zehn Regierungen der EG-Länder zugeleiteten Stellungnahme erinnert die Dachorganisation der europäischen Textilindustrien daran, daß im Textilsektor die Entwicklungs- und Schwellenländer in der EG einen Anteil von 71 Prozent an den Lieferungen in die EG erreicht hätten. In allen anderen Bereichen macht dieser Anteil aber nur ein Viertel aus. Diese unterschiedlichen Verhältnisse werden zum Anlaß genommen, ein Chaos auf dem Welttextilmarkt zu beschwören, das - mit schädlichen Folgen für den gesamten Weltmarkt - ausbräche, kehre der internationale Textilhandel zu den Regeln des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens zurück.

Sicher, die europäischen Textilindustrien haben allen voran die deutsche, in den letzten Jahrzehnten Forderungen lassen müssen. Der Strukturwandel wurde beschleunigt durch den Aufbau von Textilindustrien in Entwicklungs- und Schwellenländern, an dem die Europäer übrigens kräftig mitgewirkt haben. Daß die dort entstandenen Kapazitäten auf die Weltmärkte drängen, liegt auf der Hand. Denn einmal fehlt in den betroffenen Ländern zum Teil die nötige heimatische Kaufkraft, zum anderen müssen gerade die Entwicklungsländer im ureigensten Interesse jede Möglichkeit nutzen, Devisen zu verdienen, um ihre Chancen, mit der problematischen Verschuldungssituation fertigzuwerden, zu verbessern.

Im Vorfeld der Verlängerung des Welttextilabkommens kann es deshalb nicht nur um Abschotten von Märkten gehen. In den Mittelpunkt der Überlegungen muß eine vernünftige Marktförderung gestellt werden. Die freilich sollte auf Gegenseitigkeit beruhen.

MINERALÖLWIRTSCHAFT

Unverbleites Benzin wird ab November angeboten

HANS BAUMANN, Essen
Das Bundesinnenministerium hat die Mitteilung der Mineralölwirtschaft begründet, daß bereits vor Einführung der Katalysatoren für Automobile vom 1. November an bleifreies Benzin (Normal-Benzin) in DIN-gerechter Qualität angeboten werden wird. Von diesem Zeitpunkt an wird an 58 Autobahntankstellen unverbleites Benzin angeboten. Sobald weitere Autobahntankstellen hergerichtet sind, werden auch sie mit bleifreiem Treibstoff beliefert.

Darüber hinaus werden die Raffinerien, die dem Mineralölwirtschaftsverband angeschlossen sind, sofort mit der Auslieferung ihrer Straßentankstellen beginnen und auch dort noch im November bleifreie Ware anbieten. Bis Ende des Jahres sollen 300 bis 400 Tankstellen bleifreies Benzin führen.

Der Vorsitzende des Vorstandes des Mineralölwirtschaftsverbandes, Klaus Marquardt, weist darauf hin, daß die Vorwürfe, die Mineralölindustrie "mauer" beim bleifreien Benzin, entkräftet seien. Marquardt appelliert an die Bundesregierung, den Bundestag und den Bundesrat, nach dieser Vorleistung der Mineralölwirtschaft zügig die notwendigen Entscheidungen zu treffen.

Versteckt richtet sich dieser Appell auch an die Automobilindustrie, die das mangelnde Angebot an Katalysatoren damit begründet, daß kein bleifreies Benzin am Markt sei. Die Ölindustrie nimmt an, daß etwa 50 bis 60 Prozent der Normalbenzinautos bleifreies Benzin tanken können. Die Automobilindustrie ist jetzt am Zuge aufzulisten, welche zur Zeit betriebenen Typen heute schon bleifrei tanken können.

ABSCHEIDUNGSGESELLSCHAFTEN / Bericht der Bundesregierung

Arbeitnehmer der Union fordern eine Begrenzung der Steuervorteile

HEINZ HECK, Bonn

Die vor allem vom Arbeitnehmerföderal der Unionsparteien geforderte Begrenzung der Steuervorteile aus der Beteiligung an Verlustzuteilungsgesellschaften stößt nach Meinung der Bundesregierung auf unüberwindliche Schwierigkeiten. Auch wenn die CDA-Sozialausschüsse sich bisher noch nicht offiziell zu einem Bericht der Bundesregierung geäußert haben, wollen sie sich mit diesem Ergebnis nicht zufrieden geben.

Die CDA stützt sich mit ihrer Forderung auf das Wahlprogramm der Union zur Bundestagswahl vom 6. März 1983 und die Koalitionsvereinbarung vom April 1983, wo es unter anderem heißt: "Besonders werden wir den geltenden Rahmen für Abschreibungsgesellschaften überprüfen und einschränken. So soll es in Zukunft nicht mehr möglich sein, daß Bürger durch diese Beteiligungsgesellschaften ihre Steuerpflicht ganz oder überwiegend entziehen".

Nach dem von der Arbeitnehmergruppe geleiteten Definitionsvorschlag sollen unter Verlustzuteilungsgesellschaften "sämtliche Organisations- und Beteiligungsgesellschaften (werden), die erkennbar darauf abzielen, dem Steuerpflichtigen durch die Zuweisung von Verlusten die volle oder teilweise Refinanzierung seines Eigenkapitals zu ermöglichen". Die CDA fordert eine sogenannte Mindeststeuerpflicht bei Beteiligung an solchen Gesellschaften in Höhe von 50 Prozent der Steuerschuld, die sich ohne Anrechnung negativer Einkünfte ergäbe. Der Differenzbetrag, also der sich aus der vollen Anrechnung der negativen Einkünfte zusätzlich ergebende Steuer-

erfordern, soll in den fünf folgenden Jahren berücksichtigt werden können (maximal bis zur Hälfte des normalen Steuerbetrages).

Die Bundesregierung sieht diesen Definitionsvorschlag nicht als befriedigend an. Ihre Prüfung habe ergeben, "daß eine auf Verlustzuteilungsgesellschaften, Bauherren, Erwerber, Bauträger und Altbauabschreibern abgrenzbare Maßnahme nicht möglich ist". Vor allem würde die Einschränkung auch andere, vom Gesetzgeber als förderungswürdig anerkannte Fälle treffen, etwa den sprichwörtlichen Haus-Bauer (Paragraph 7 b Einkommensteuergesetz) oder auch Umweltschutzzustatuten (Paragraph 7 d EStG). Diese sollten auch nach Meinung der Sozialausschüsse nicht betroffen werden.

Anhand von Zahlenbeispielen weist der Bericht nach, daß tendenziell die Mindestbesteuerung Höherverdienende begünstigen würde, "da diesen aufgrund der höheren Steuerschuld ein größeres Verrechnungsvolumen zur Verfügung steht". Auch würde der Grundsatz der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit "erheblich" eingeschränkt, da negative Einkünfte nicht in dem Jahr berücks-

US-Aktienmärkte

Die Inflationsfurcht wirkt nicht mehr als Barriere

H.-A. SIEBERT, Washington

Die US-Aktienmärkte haben eine Woche hinter sich, die auf weitere Kursgewinne hoffen läßt: An der New York Stock Exchange schossen die Umsätze an den fünf Börsentagen von 397 auf 607 Mill. Papiere in die Höhe; der hochkarätige Dow-Jones-Indexteil erholte sich um 35,23 auf 1225,93, der breitere Nyse-Index um 2,97 auf 96,86 Punkte. Auf den Zug gesprungen sind diesmal viele institutionelle Anleger, hauptsächlich Gewinnmittelnahmen drückten das Freitagsgewinn auf 0,55 und 0,05 Punkte.

Der Bullen, das Zeichen für die Hausse, riß sich am Donnerstag los, als nach Norwegen und Großbritannien auch Nigeria die Rohölpreise senkte. In der Erwartung, daß die Opec den Preissturz, der weniger Inflation und damit niedrigere Zinsen bedeutet, nicht stoppen kann, reagierten die Rentenmärkte sofort mit steigenden Notierungen. Sie zogen die Aktien mit; der "Dow" explodierte um 29,49 Punkte. Unter Abgabedruck gerieten nur die Energiewerte. Das Klima verbesserte sich noch dadurch, daß das US-Handelsministerium für September eine Zunahme der persönlichen Einkommen um kräftige 0,9 und der Verbraucherausgaben um 1,4 Prozent meldete. Das spricht für ein überdurchschnittliches Weihnachtsgeschäft.

Nach Börsenbeginn am Freitag sah es zunächst so aus, als würde sich der Vortagsspur in aller Breite fortsetzen. Der überraschende Rückgang der US-Geldversorgung um 2,9 Mrd. Dollar in der Woche, die am 8. Oktober endete, ließ den "Dow" um elf Punkte steigen. Zeitweise herrschte regelrechte Panik; der Ticker hinkte viele Minuten hinter den Transaktionen her. Kein Zweifel, diese Achterbahnfahrt spiegelt auch eine fortbestehende Unsicherheit. Aber ebenso wichtig ist, daß in Amerika immer mehr Investoren bei Aktien kurzfristigeren Anlagestrategien folgen.

Obwohl eine sogenannte Wachstumsrezession - die Wirtschaft wächst zwar weiter, aber bei sinkender Beschäftigung - nicht auszuschließen ist, wird der im 3. Quartal 1984 auf real 2,7 Prozent gestiegene Anstieg des US-Bruttosozialprodukts die Börsenstimmung zunächst eher günstig beeinflussen. Denn der stark verlangsamte Konjunkturaufschwung, gekoppelt mit dem billigeren Öl und der insgesamt vorsichtigen Geldausweitung, erlaubt der Washingtoner Zentralbank, einen großzügigeren monetären Kurs zu steuern.

An der Wall Street gilt denn auch eine nochmalige Senkung der Prime Rate als ziemlich sicher. Am Markt durchgesetzt haben sich erst 12,5 Prozent. Verschwinden scheint die Inflationsmentalität, die bisher die Zinsen hochhielt. Am Freitag kostete Tagesgeld 9,68 (Vorwoche: 9,92) Prozent; 30-tägige Treasury Bonds sackten von 12,12 auf 11,73 Prozent. Auf 106,53 gestiegen sind 2014 fällige 12,5-Prozent-Bonds.

AUF EIN WORT



Der deutsche Maschinenbau - die Patentaktivitäten im internationalen Vergleich zeigen das - ist längst nicht so schlecht, wie dies immer wieder gesagt und geschrieben wird.

Hans Rüdiger, Geschäftsführender Gesellschafter der H. Wohlschlag KG, Hannover. FOTO: DIE WELT

Pkw-Zulassungen kaum verändert

dpa, Flensburg
Im September kamen in der Bundesrepublik 214 000 neue Kraftfahrzeuge auf die Straßen. Nach Angaben des Kraftfahrt-Bundesamtes, Flensburg, waren das 3,5 Prozent weniger Zulassungen als im September 1983. Die Summe der bei den Zulassungsstellen erstmals angemeldeten Pkw lag mit 194 000 ähnlich hoch wie im September des Vorjahres (196 700). Bei den Motorrädern gab es hingegen einen Einbruch um ein Drittel auf knapp 7200 Anmeldungen. Von Januar bis September 1984 sind 2,16 Mill. neue Fahrzeuge zugelassen worden. Darunter waren knapp 1,87 Mill. Pkw. Das sind insgesamt 5,1 Prozent und bei den Pkw allein 2,7 Prozent weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

BUNDESHAUSHALT

Steuereinnahmen blieben hinter dem Soll zurück

HEINZ HECK, Bonn

Die Bundesausschüsse sind in den ersten drei Quartalen 1984 gegenüber dem Vorjahr um 1,0 Prozent auf 188,7 Milliarden Mark angestiegen. Für das Jahr 1984 insgesamt wird im Finanzministerium allerdings mit einer mindestens zweiprozentigen Steigerung gerechnet, vor allem deshalb, weil sich der Mittelabfluß in wichtigen Einzelsektoren (zum Beispiel Verteidigung, Wohnungsbau, Entwicklungshilfe) bis zum Jahresende noch verstärken dürfte.

Allerdings sind auch die Steuereinnahmen des Bundes von Januar bis September nur um 3,4 Prozent auf 140,5 Milliarden Mark gestiegen, während in der Sollrechnung noch mit einer Zunahme von 5,1 Prozent für 1984 gerechnet worden war. Abstriche hieran werden nicht nur durch bestimmte Einzelregelungen (wie er-

höhter Vorsteuerabzug für die Landwirtschaft sowie Vorrückerstand) verursacht, sondern sind gleichsam die Kehrseite der jüngsten Stabilitätsmaßnahmen: Preise und Löhne sind nicht so stark gestiegen, wie noch bei der Haushaltsaufstellung zugrundegelegt wurde.

Der Arbeitskreis Steuerschätzungen am 12. und 13. November daraus seine Schlüsse ziehen und mit Sicherheit seine Schätzungen für 1984 und 1985 nach unten revidieren müssen.

Unverändert wird in Bonn damit gerechnet, daß die Nettokreditaufnahme 1984 unter der 30-Milliarden-Grenze bleiben wird. Angesichts der Mehrbelastungen aus Brüssel sowie des schwächeren Anstiegs der Steuereinnahmen wird die Unterschreitung nicht so deutlich ausfallen, wie zeitweilig angenommen.

US-KONJUNKTUR

Wirtschaftswachstum ist auf ein Drittel geschrumpft

H.-A. SIEBERT, Washington

In den USA hat sich das Wirtschaftswachstum im 3. Quartal 1984 stärker als erwartet abgeschwächt. Statt um real 3,6, wie im September vom Handelsministerium vorausgesagt, nahm das Bruttosozialprodukt nur um 2,7 Prozent zu. Das ist etwa ein Drittel der Rate, die im Durchschnitt von Januar bis Juni registriert worden ist. Im 1. und 2. Quartal hatte das Plus 10,1 und 7,1, im Gesamtjahr 1983 3,7 Prozent betragen. Im Revisionsjahr 1982 war Amerikas Wirtschaft mit 2,1 Prozent ins Minus gerutscht. Stagnierende Verbraucherausgaben und Endverkäufe sowie stark erhöhte Lagerbestände bremsen hauptsächlich das Tempo.

US-Handelsminister Malcolm Baldrige nannte die Abflachung der Konjunkturkurve einen natürlichen Vorgang nach fünf ungewöhnlich

kräftigen Wachstumsquartalen. Die amerikanischen Konsumenten hätten im Sommer eine Pause eingelegt, die inzwischen Geschichte sei, wie die Zunahme der Einzelhandelsumsätze im September um 1,6 Prozent zeige. Auch andere Indikatoren deuteten auf ein zwar bescheidenes, dafür aber dauerhaftes Wachstum hin. Für 1985 nannte Baldrige eine Rate von rund vier Prozent. Der Ende 1982 begonnene Aufschwung ist der stärkste und längste seit 1951.

Gemessen am Deflator des Bruttosozialprodukts haben sich die Preise gegenüber dem 2. Quartal von 3,3 auf 3,6 Prozent erhöht. Nach 20,6 und 21,3 Prozent stiegen die Investitionen um acht Prozent. Verlangsam hat sich auch die Zunahme der Regierungskäufe, während der starke Dollar die Netto-Exporte (Waren und Dienstleistungen) weiter drückte.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

OPEC-Vorgespräche heute in Genf

Manama (dpa) - Die Ölminister der OPEC-Mitgliedsstaaten Saudi-Arabien, Kuwait, Algerien, Libyen, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate (VAE) und voraussichtlich auch Indonesien treten bereits heute - eine Woche vor der neuen OPEC-Sonderkonferenz in Genf - zu Beratungen der Welt-Ölmarktlage und Maßnahmen gegen die augenblickliche Preisbewegung zusammen. Dies gab die kuwaitische Nachrichtenagentur bekannt. Diese Krisensitzung soll helfen, so heißt es, einen allgemeinen internationalen Ölpreiskrieg zu vermeiden und eine gemeinsame Basis für die anschließende Konferenz aller OPEC-Länder zu finden. Die sieben Länder seien sich einig, daß der derzeitige Richtpreis von 29 US-Dollar je Barrel (159 Liter) gehalten werden soll.

Weg der Kurse

	12.10.	12.11.
Boeing	57,875	54,625
Chrysler	32	30,50
Citicorp	36,50	36,125
Coca-Cola	64,50	61,125
Exxon	41,50	45
Ford Motors	50	46,50
IBM	125	121,875
PanAm	5	4,625
US Steel	23	22,25
Woolworth	37,125	34,875

Widerrufsrecht

Düsseldorf (Py) - Der Verband der Lebensversicherungs-Unternehmen rechnet damit, daß bis zum Jahresende alle Mitgliedsunternehmen ihren Versicherungskunden das zehnjährige Widerrufsrecht nach Abschluß eines neuen Vertrages einräumen. Bislang haben einige Gesellschaften die Ergänzung der Versicherungsanträge durch die Aufsichtsbehörde genehmigen lassen oder eine Genehmigung beantragt. Das Widerrufsrecht gilt für alle kapitalbildenden Lebensversicherungsverträge, nicht dagegen für reine Risikoversicherungen, Berufsunfähigkeits- und Gruppenversicherungsverträge. Nach wie vor werden die Gesellschaften den ersten Beitrag zu einer Lebensversicherung grundsätzlich nicht einklagen.

Starke Preisunterschiede

Brüssel (AFP) - Die Preise für Videogeräte sind in den Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft stark unterschiedlich, wird in einer Studie des Europäischen Büros der Union der Verbraucherverbände (BEUC) festgestellt. Videogeräte sind in Irland, Holland, Großbritannien und der Bundesrepublik am billigsten und in Griechenland, Dänemark und Italien am teuersten. Die in Belgien, Frankreich und Luxemburg geforderten Preise liegen in der Mitte. Die Verbraucher können von diesen Preisunterschieden jedoch nicht profitieren, da die verschiedenen technischen parallele Importe praktisch unmöglich machen.

Auftragseingänge sinken

Wiesbaden (dpa) - Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe gehen weiter zurück. Wie das Statistische Bundesamt, Wiesbaden, mitteilt, lagen sie im August wertmäßig um 2,7 Prozent unter den Juliwerten und um 5,6 Prozent unter denen von August 1983. Im Wohnungsbau wurden 24 Prozent weniger Aufträge verbucht, was die Statistiker überwiegend darauf zurückführen, daß vor Jahresfrist Förderungsprogramme und Steuerbegünstigungen zu vermehrten Wohnbauaufträgen geführt hatten. Die Zahl der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe erhöhte sich von Juli auf August um ein Prozent auf 1,124 Millionen, blieb aber damit um 4,4 Prozent unter dem entsprechenden Vorjahresergebnis. Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden erreichte im Berichtsmonat 125,4 Millionen, 7,1 Prozent weniger als im Vormonat und 8,7 Prozent weniger als im August 1983.

Wochenansweis

	15.10.	7.10.	15.9.
Netto-Währungsreserve (Mrd. DM)	67,2	67,0	70,4
Kredite an Banken	84,6	85,6	78,7
Wertpapiere	5,1	5,2	5,3
Bargeldumlauf	105,1	107,1	105,8
Einl. v. Banken	47,2	45,3	47,0
Einlagen v. öffentl. Haushalten	6,5	4,6	4,3

MESSEWESEN / Die AMK Berlin macht gute Geschäfte auch im Ausland

Nicht nur um den Funkturm aktiv

HANS-J. MAHNKE, Bonn
Auch das gibt es: Die AMK Berlin, die Ausstellungs-Messe-Kongress-GmbH, die gerade die Tore ihrer Automobilmessestellung am Funkturm geschlossen hat, veranstaltet in drei Wochen bereits eine neue Autoschau: diesmal jedoch in Abu Dhabi, der Hauptstadt der Vereinigten Arabischen Emirate. "Wir sind dort nicht nur Durchführungsgesellschaft im Auftrag staatlicher oder privater Veranstalter, sondern selbst Mitveranstalter, federführend für die Konzeption und Akquisition", sagt AMK-Geschäftsführer Manfred Busche.

Für ihn ist das, was in der Golfregion geschieht, wo zusammen mit der Gulf Arab Marketing & Exhibition Company (GAME) jährlich drei Fachmessen gemeinsam geplant und veranstaltet werden, noch der "i-Punkt" auf den Auslandsaktivitäten. In diesem Jahr soll noch eine weitere Vereinbarung mit einem ostasiatischen

Land folgen. Im Vordergrund steht nach wie vor die Betreuung von deutschen Kunden auf Messen im Ausland: im vergangenen Jahr waren dies 411 Firmen.

Angefangen hatte es bei der AMK 1969 - einige andere Messegesellschaften waren bereits in diesem Bereich aktiv - mit einer Berlin-Ausstellung in den USA. Es folgten offizielle Auftragsprojekte des Wirtschafts- und Ernährungsministeriums sowie des Berliner Senats. In diesem Jahr stehen 18 Auslandsreisen in 14 Städten auf dem Terminplan, für 1985 sind es bereits zwanzig.

Für Busche steht fest, daß die Entwicklung weitergehen wird. Er nennt zwei Gründe: Zum einen entstehen immer neue Märkte, zum anderen steigt auch die Zahl der Messeplätze. "Langfristig kann die Bundesrepublik ihre Position als eines der führenden Exportländer nur behaupten, wenn sie auch auf den neuen Märkten

präsent ist." Für Busche sind Messen ein unverzichtbares Marketing-Instrument. Wenn auch wegen der unterschiedlichen Organisationsstrukturen ein Vergleich schwer ist, so setzen Länder wie Großbritannien, Italien und Österreich erheblich mehr öffentliche Mittel dafür ein.

Für die AMK haben nach einer mehrjährigen Anlaufzeit die Auslandsaktivitäten den Vorteil, den eigenen Apparat besser auszulasten. Von 65 Experten sind immerhin zehn in der Hauptabteilung Auslandsreisen tätig. "Und dort werden schwarze Zahlen geschrieben", sagt Busche.

Grundlage sind die Erfahrungen und Kontakte, die auf den Veranstaltungen am Funkturm gewonnen wurden. So findet in Abu Dhabi im Dezember noch eine Mini-Grüne Woche statt. Und in einem Jahr soll dort unter Schirmherrschaft der EG die "European Export Fair" durchgeführt werden.

„Wenn Sie die feinen Dinge schätzen, seien sie bei der Wahl Ihres Sherrys konsequent.“

ÖSTERREICH

Rapides Wachstum der Staatsausgaben

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien
Seinen ersten Budget-Entwurf hat nun der neue österreichische Finanzminister Franz Vranitzky vorgelegt. Demnach wird sich im nächsten Jahr bei einer Ausgabensteigerung um sechs Prozent auf 463 Mrd. Schilling das Nettodefizit des Staatshaushalts bei rund 60 Mrd. Schilling und damit in etwa auf dem Niveau dieses Jahres stabilisieren. Das Wachstum der Ausgaben bleibt mit 6,7 Prozent unter jenem der erwarteten Einnahmen von 7,8 Prozent. Das Nettodefizit sinkt von 4,75 auf rund 4,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Besonders auffallend ist nach wie vor das rapide Wachstum der Ausgaben zur Begleichung der Staatsschuld, die 1985 auf 531 Mrd. Schilling oder 38,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts anwachsen wird. Allein der Zinsaufwand stieg seit 1976 von 7,9 Mrd. Schilling auf 33,5 Mrd. Schilling in diesem Jahr; 1985 sollen es bei einer Steigerung um 17 Prozent sogar 39 Mrd. Schilling sein.

Ein zweiter wichtiger Ausgabenposten, nämlich jener für die Sozialversicherungen, verringert sich dagegen im kommenden Jahr geringfügig, was auf eine Erhöhung der Pensionsbeiträge um einen Prozentpunkt bei gleichzeitig durch eine neue gesetzliche Regelung gebremster Pensionsdynamik zurückzuführen ist.

Auf der Einnahmenseite profitiert der österreichische Staat nächstes Jahr von der Steuerprogression insbesondere bei mittleren Einkommen, was eine Erhöhung der Lohnsteuereinnahmen um mehr als zehn Prozent mit sich bringt. Noch stärker dürften aus Gründen der mit einem erwarteten Bruttoinlandsprodukt-Wachstum von drei Prozent nach wie vor guten Konjunkturlage die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer (plus 21 Prozent) steigen. Die wichtige Einnahmensposition der Umsatzsteuer erhöht sich weiterhin um acht Prozent auf 127 Mrd. Schilling. Die Vermögenssteuer soll um 16,7 Prozent mehr bringen.

Zum erstenmal budgetwirksam wird 1986 auch die in diesem Jahr eingeführte Steuer auf Zinserträge, die 3,5 Mrd. Schilling zusätzlich beschert wird. Allerdings hat Finanzminister Vranitzky erst vor wenigen Tagen angekündigt, daß schon im nächsten Jahr diese umstrittene Abgabe wieder von derzeit 7,5 auf fünf Prozent gesenkt wird.

GROSSBRITANNIEN / Fast 60 Prozent Importe in der Automobilindustrie - Ausländer um gutes Image bemüht

Deutsche Unternehmen setzen sich am Markt durch

W. FURLER, Birmingham
Deutsche Autos spielen auf dem britischen Automobilmarkt eine immer stärkere Rolle. Dabei könnten die rein deutschen Automobilhersteller - also ausgenommen Opel und Ford, die ja in Großbritannien durch Schwester-Unternehmen vertreten sind - deutlich mehr Fahrzeuge absetzen, wenn sie nicht auf beschränkte Kontingente aus Deutschland angewiesen wären. Das erklärten anlässlich der Automobilmesse in Birmingham übereinstimmend die für den Absatz in Großbritannien zuständigen Vertreter von Volkswagen-Audi, BMW, Mercedes-Benz und Porsche gegenüber der WELT.

Alle vier Unternehmen verfolgen eine sehr ähnliche Strategie: vorsichtiger Ausbau der Markt-Stellung, dafür gezielte Image-Politik. Gegenwärtig halten die deutschen Hersteller ohne Opel und Ford einen Anteil am britischen Markt für neue Pkw in Höhe von 8,8 Prozent. Neu zugelassen wurden im vergangenen Jahr in Großbritannien insgesamt 1,8 Mill. Pkw gegenüber 1,5 Mill. im Jahr zuvor. Zwischen Januar und September dieses Jahres wurden 1,44 Mill. Pkw zugelassen. Britische Hersteller hal-

ten am heimischen Markt gegenwärtig einen Marktanteil in Höhe von 42,7 Prozent. Vom 57,3prozentigen Importanteil entfallen 36,8 auf Hersteller aus den übrigen EG-Ländern und 10,5 Prozent auf japanische Hersteller.

Nach Angaben des für VW-Audi in Großbritannien zuständigen Leiters für Verkauf und Marketing, Brian Bowler, lag der VAG-Marktanteil im letzten Jahr ganz knapp unter sechs Prozent. Für diese Jahr werden 6,4 Prozent angepeilt. Dabei sind durch den Streik in Deutschland und den Hafenarbeiter-Streik in Großbritannien rund 17 000 Fahrzeuge der Marken Volkswagen und Audi für den britischen Markt verloren gegangen. Wurden im letzten Jahr insgesamt 111 000 Stück verkauft, ist man in diesem Jahr „verzweifelt bemüht“, die 100 000-Marke zu überschreiten. Für das kommende Jahr erwartet Bowler einen Anstieg auf 110 000 bis 115 000 VWs und Audis.

BMW, das im letzten Jahr 24 500 Wagen in Großbritannien verkauft hat, liegt gegenwärtig bei 26 000 Verkäufen. Nach Angaben von Pressesprecher Raymond Playfoot dürfte der Ausfall durch den Metallarbeiter-

streik bis Ende des Jahres durch Mehrlieferungen aus den deutschen Werken so gut wie wettgemacht sein.

Seit dem 1. Januar 1980 hat BMW seine eigene Niederlassung in Großbritannien. Seither wurden genau 100 000 BMWs verkauft. BMW-Großbritannien erzielte im vergangenen Jahr einen Umsatz in Höhe von 279 Mill. Pfund. Beschäftigt werden 224 Mitarbeiter. Von den 150 Händlern im Land sind immerhin 143 reine BMW-Händler. Die sich am besten verkaufenden Modelle sind der 316 sowie der 318 i. Immer größere Bedeutung für BMW erhält die britische Firmenwagenmarkt: Rund 90 Prozent der sieben Serie werden so verkauft.

Auch Daimler-Benz in Großbritannien nennt begrenzte Streikauswirkungen. So werden in diesem Jahr anstelle der erwarteten 16 000 Mercedes 1000 weniger verkauft. 1983 lag die Jahresverkaufszahl auf den britischen Inseln noch bei 13 000 Pkw. Der Geschäftsführer von Daimler-Benz UK, Hans Tauscher, betont denn auch, daß der durchschnittliche Jahreszuwachs von 10 Prozent durch noch eine Zeitlang weitergehen dürfte.

Ein starkes Nachfragewachstum

erwartet Tauscher für die 190er-Klasse, von der in diesem Jahr in Großbritannien rund 3000 Stück und im nächsten Jahr 5500 verkauft werden sollen. Dann wird der 190er rund ein Drittel des gesamten Pkw-Verkaufsvolumens von Daimler-Benz UK ausmachen. Beschäftigt werden in Großbritannien rund 1000 Mitarbeiter, davon 500 in der nageborenen Zentrale in Milton Keynes. Von den 103 Händlern sind 90 Prozent Exklusiv-Händler.

Für Porsche schließlich ist der britische Markt der drittgrößte nach den USA und Deutschland. John Aldington, dem leitenden Geschäftsführer von Porsche Cars zufolge, wurden im vergangenen Jahr genau 3333 Porsches in Großbritannien verkauft. Der Umsatz lag bei 50 Mill. Pfund. Der Metallarbeiterstreik hat zum Ausfall von 500 Porsches geführt. Dafür rechnet Aldington für die nächsten Jahre mit einem Anstieg der Porsche-Verkäufe auf 3750-4000 Stück pro Jahr. Auch Porsche hat sich in Großbritannien eine neue Zentrale zugelegt, die Mitte nächsten Jahres fertig sein wird. Beschäftigt werden dann 160 Mitarbeiter. Von 27 Händlern arbeiten 75 Prozent exklusiv.

USA / 797 Geschäftsbanken besonders überwacht

Problemliste wird länger

H.-A. SIEBERT, Washington
Die Zahl der US-Geschäftsbanken, die auf den Problemlisten der Aufsichtsbehörden in Washington stehen, hat mit 797 eine neue Rekordhöhe erreicht. Sie ist doppelt so hoch wie nach der Rezession 1973/75, als 385 Institute besonders überwacht werden mußten. Als Grund für die dramatische Verschlechterung nannte der Vorsitzende der staatlichen Federal Deposit Insurance Corp., William Isaac, die vielen faulen Kredite, die entweder gar nicht oder verspätet bedient werden. Von den 14 750 in Amerika registrierten Banken stellen damit 5,4 Prozent ein Risiko dar. Die meisten sind jedoch klein und nicht mit der Continental Illinois National Bank zu vergleichen, die im Sommer vor dem Konkurs gerettet wurde.

Die starke Zunahme führt Isaac nicht auf die strengeren Revisionskriterien, sondern auf die Inflationskurven der 70er Jahre, die beiden kurz aufeinandergefolgten Rezessionen

und die extremen Zinsschläge zurück. Nur wenige der betroffenen Banken sind ein Opfer der internationalen Schuldenkrise, vielmehr sind die Probleme eher hausgemacht.

Auch wenn nur einige der wackeligen Institute wirklich pleite gehen, wird sich die Bankenszene in den USA erheblich verändern. Nach einer Studie, die jetzt anlässlich der New Yorker Tagung des amerikanischen Bankverbandes veröffentlicht wurde, wird es in etwa sieben Jahren nur noch etwa 10 000 Institute geben, und zwar als Folge eines sich beschleunigenden Konzentrationsprozesses. Während Full-Service-Filialen geschlossen werden, entstehen vollautomatisierte Niederlassungen ohne Personal. Durchsetzen wird sich die sogenannte Debit-Karte, mit der Kaufbeträge direkt vom Konto abgebucht werden. Den Großteil des Detailgeschäftes ziehen zehn bis 20 nationale Dienstleistungsunternehmen an sich.

RENTENMARKT / Ausländer kaufen Bundestitel

Marktzinsen im Sturzflug

Die Kapitalmarktzinsen sind in der vorigen Woche im Sturzflug gesunken. Sie sind jetzt um rund einen Prozentpunkt niedriger als zum Jahresbeginn. Der Siebeneinhalbprozenter, der mit der jüngsten Bundesanleihe gerade erst sein Debüt gegeben hat, wird wohl bald wieder von der Bildfläche verschwinden. Man spricht bereits von einem Kupon der

Bahn über sieben ein Viertel Prozent. Weil sich Ausländer nach der angekündigten Aufhebung der Kuponsteuer fast ausschließlich auf Bundestitel stürzen, ist der Renditenachteil dieser Papiere so groß geworden, daß andere Anlegergruppen sie verschmähen. Die Privaten, lange von höheren Zinsen verwöhnt, streiken auf ganzer Front.

Emissionen	19.10.84	12.10.84	29.12.83	30.12.82	30.12.81
Anleihen von Bund, Bahn und Post	6,98	7,03	7,98	7,45	10,05
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	6,96	7,01	7,72	7,04	10,55
Sonderemissionen	6,90	7,05	7,83	7,61	10,26
Schuldverschreibungen der Industrie	7,21	7,34	8,29	8,24	11,52
Schuldverschreibungen öffentl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	6,94	7,03	7,90	7,65	10,12
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,87	6,76	7,64	7,43	10,50
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,43	7,58	8,30	7,94	9,75
Inländische Emittenten insgesamt	6,93	7,04	7,99	7,53	10,19
DM-Auslandsanleihen	7,49	7,56	8,08	8,45	10,32

FRANKREICH / Dalle-Bericht zur Autoindustrie

Massive Hilfe vorgeschlagen

JOACHIMSCHAUFUSS, Paris
Wenn die französische Automobilindustrie ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zurückgewinnen will, muß sie in den nächsten zwei Jahren mindestens 37 Mrd. Franc investieren. Die beiden nationalen Konzerne Renault (staatlich) und Peugeot (privat) können diese Mittel angesichts ihrer enormen Verschuldung aber nicht aus eigener Kraft aufbringen. Deshalb soll ihnen die Regierung zusammen 12 Mrd. Franc an staatlichen Beihilfendarlehen zu Vorzugsbedingungen bereitstellen, heißt es in dem jetzt veröffentlichten „Dalle-Bericht“.

Der von Staatspräsident Mitterrand mit der Untersuchung der französischen Automobilindustrie beauftragte Präsident des Konsortiums L'Oréal, François Dalle, fordert die Verbesserung der Selbstfinanzierung und der Ertragslage außerdem die Aufhebung der behördlichen Preisreglementierung. Diese habe dazu geführt, daß französische Autos in Frankreich ohne Mehrwertsteuer drei Prozent weniger kosten als beispielsweise in der Bundesrepublik. Für Reparaturen wird sogar eine 20prozentige Erhöhung des zur Zeit bei 80 Franc blockierten Stundenpreises vorgeschlagen.

Vor allem aber fordert Dalle die Beseitigung des Personalüberhangs, den er für die französische Automobilproduzenten allein bis Ende 1988 auf 70 000 Personen veranschlagt. Unter Berücksichtigung des bis zum 1. September dieses Jahres durchge-

führten bzw. eingeleiteten Belegschaftsabbau um 16 000 Personen bestünde danach noch ein Bedarf an Freisetzung für 54 000 Personen. Aber nur etwa 5000 jährlich ließen sich vorzeitig (ab 56 Jahre) pensionieren und die Rückführungsmöglichkeiten für Gastarbeiter seien auf nicht mehr als 2000 im Jahr zu veranschlagen. Danach bliebe bis 1988 für rund 20 000 Personen eine andere Lösung zu finden.

Nachdem in der ursprünglichen Fassung des Dalle-Berichts von reinen Entlassungen die Rede gewesen war, wird jetzt generell die Umschulung unter Fortzahlung von 70 Prozent des Lohns vorgeschlagen. Die Kosten dafür werden für die nächsten zwei Jahre auf 3,5 Mrd. Franc geschätzt. Den weitaus größten Teil davon hätte der Staat zu übernehmen. Zusammen mit der Investitionsbeihilfe käme man danach auf eine Staatsbeihilfe von etwa 14 Mrd. Franc bis Ende 1988.

Nicht berücksichtigt ist dabei die Restrukturierung und Sanierung der Zuliefererunternehmen, die Ende 1983 insgesamt 122 000 Personen beschäftigt hat. Der Dalle-Bericht hält für diesen Sektor einen Belegschaftsabbau von 20 000 Personen bis 1987 für notwendig. Insgesamt müßten danach die französischen Automobilhersteller und -zulieferer etwa ein Viertel ihres Personals freisetzen, wenn es zur Durchführung des dem staatlichen Planungskommissariats zugeleiteten Berichts kommen sollte.

NAMEN

Wilma Savelsberg, Mehrheitsgesellschafterin und Geschäftsführerin der Simex-Außenhandelsge. mbH, Jülich, wird heute 60 Jahre.

Heinrich Korrem, Mitglied der Geschäftsführung der FAG Kugelfischer Georg Schäfer KGaA, Schweinfurt, feierte am 18. Oktober den 60. Geburtstag.

Prof. Dr. Ernst Golling, Präsident des Europäischen Verbandes nationaler Ingenieurvereinigungen und Direktor der Siemens AG, Berlin/München, wurde am 21. Oktober 65 Jahre alt.

Johannes Vollmar (44), stellvertretender Direktor des Zentralbereichs Kommunikation/Presse der Westdeutschen Landesbank, Düsseldorf,

tritt Mitte November als Direktor und Aufsichtsratsmitglied in die PR- und Werbeagentur Charles Barker GmbH, Frankfurt, ein.

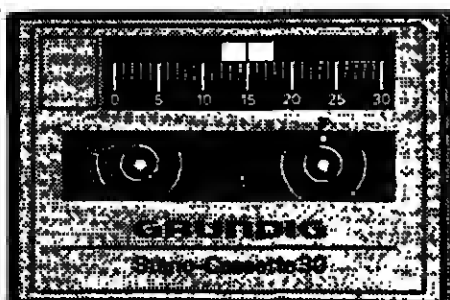
Jürgen Fritz, zuletzt für das Deutschland-Geschäft von Memtek-Produkt verantwortlich, übernahm am 1. August die Geschäftsführung der Verbatim GmbH, Eschborn, der deutschen Vertriebsgesellschaft der Verbatim Corporation Sunnyvale, Kalifornien.

Carl A. Siebel (49), seit 1976 für die europäischen Unternehmen der Sequist-Gruppe der Pittway Corporation verantwortlich, wurde zum ordentlichen Vorstandsmitglied der Pittway Corporation, Chicago, berufen.

30 Jahre Grundig Stenorette.

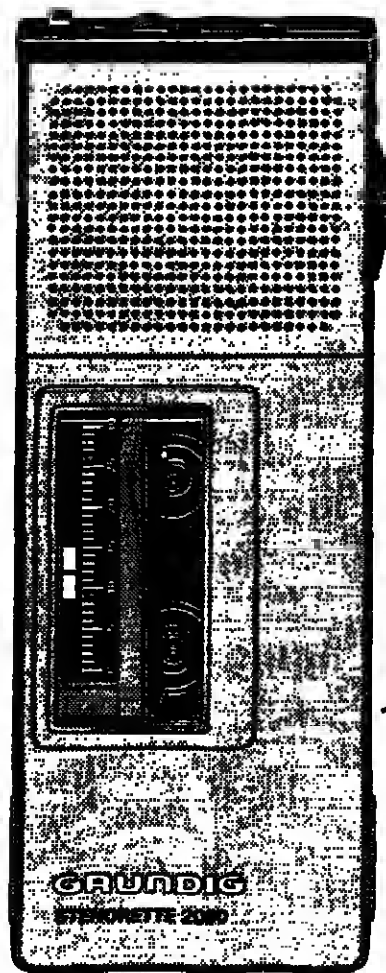
Aber der Fortschritt geht weiter.

Wenn in diesen Tagen Grundig Stenorette das 30jährige Jubiläum feiert, dann haben Millionen Menschen in aller Welt Grund, sich darüber zu freuen. Denn mit Stenorette ist ihre Arbeit leichter, bequemer und wirtschaftlicher geworden. Ein Jubiläum feiern ist schön, die Zukunft wichtigen. Wer seit mehr als einem Jahrzehnt Marktführer in Deutschland ist, der fühlt sich zukünftigem Fortschritt



ganz besonders verpflichtet. Zugegeben: es war nicht immer ganz leicht, an der Spitze zu sein. Dazu gehört innovatives Denken und Mut, neue Ideen durchzusetzen.

Wie beispielsweise die Steno-Cassette 30, die millionenfach bewährte Mini-Cassette nach DIN. Die erste der Welt mit 30-Minuten-Bandanzeige, auf der sich ohne zeitraubendes akustisches Suchen jede gewünschte Diktatstelle finden läßt. Und mit Elan und Kraft soll es weitergehen. Denn unser Anliegen ist: Einen Beitrag zu leisten zur Arbeitserleichterung und mehr Wirtschaftlichkeit in allen Büros.



Orga-Technik
25. - 30. Oktober 1984
Halle 11 - EG
Stand A 38/B 57

GRUNDIG

Wirtschafts Woche SPECIAL

Was Mikrocomputer können

- **Mikromarkt:** Prognosen und Trends; wer bestimmt den Standard?
- **Kompatibilität:** Was sie wirklich bedeutet
- **Leistungsklasse:** Die Abgrenzung von Systemen für den Hausgebrauch zum professionellen Einsatz
- **Mikrotraining:** Der Aufwand beim Einstieg
- **Softwaremarkt:** Das breite Spektrum und die Auswahlhilfen
- **Softwarequalität:** An Aktivitäten mangelt es nicht
- **Integrierte Software:** Ein neuer Trend
- **Benutzerfreundlichkeit:** Erste Ansätze in Sicht
- **Anwenderprogramme** für verschiedene Benutzergruppen: Manager, Sachbearbeiter, Sekretärinnen, Anwälte, Ärzte, Steuerberater, Architekten
- **Großeinsatz:** Mikros in der Fachabteilung
- **Expertensysteme:** Die ersten wissensbasierten Systeme
- **Kommunikation:** Die Möglichkeiten des Rechnernetzes
- **Bildschirmtext:** Die Einbindungsmöglichkeiten in das neue Medium



Herausnehmbarer Sonderteil!
72 Seiten

Jetzt
im Zeitschriftenhandel

WERBEWIRTSCHAFT / Commerzbank-Studie

Ausgaben steigen weiter

INGE ADHAM, Frankfurt
Es geht weiter aufwärts mit den Werbeausgaben. Zu diesem Ergebnis kommt ein Branchen-Report der Commerzbank AG. Bereits im letzten Jahr sind die Netto-Werbeumsätze in der Bundesrepublik um 6,4 Prozent (und damit deutlich stärker als erwartet) auf 14,3 Mrd. DM gestiegen, der höchste je in der Bundesrepublik erreichte Wert. Für dieses Jahr wird eine weitere Steigerung um 7 Prozent erwartet. Fast alle Branchen der Wirtschaft seien gegenwärtig von einem Werbeaufschwung erfasst, heißt es in dem Bericht. Im Computerbereich könne sogar von einem Boom gesprochen werden. Die bereits im letzten Quartal 1983 eingesetzte neue Lust zu werben unterstreicht die Beobachtung, daß die werblichen Investitionen von konjunkturellen Einflüssen zunehmend unabhängiger werden.

Im ersten Halbjahr dieses Jahres legten bei ihren Werbeaufwendungen neben der Datenverarbeitung (plus 136 Prozent) die Anbieter von Oberbekleidung (plus 35 Prozent), die Massenmedien (plus 31 Prozent) und die Bausparkassen (plus 30 Prozent) am stärksten zu, auch Kreditinstitute haben ihre einst vornehmte Zurückhaltung in Sachen Werbung längst aufgegeben. Im ersten Halbjahr stiegen ihre Aufwendungen weiter um 16 Prozent.

Wenig geändert hat sich dem Report zufolge bei der Verteilung des Werbebudgets auf die verschiedenen Mediengattungen: Mit einem Anteil von 41 Prozent liegen nach wie vor die Publikumszeitschriften vorn, auf Zeitungen entfallen 29 Prozent, auf das Fernsehen 16 Prozent und auf den Hörfunk 7 Prozent. Ohne Streik

wäre diese Entwicklung noch besser ausgefallen, heißt es in dem Report. Freilich sorgte die durch den Streik verschobene Werbung für ein Schrumpfen des üblichen Werbe-Sommerloches, hinterließ auf der anderen Seite aber auch ein 140-MILL-DM-Loch bei den Werbeeinnahmen.

Auch die Werbeagenturen profitieren von der Entwicklung, wenn auch die Billings der 50 größten, die im vergangenen Jahr mit einem Plus von 5 Prozent auf 6,3 Mrd. DM stiegen, nicht so stark zulegen wie die Werbeaufwendungen insgesamt (plus 6,8 Prozent auf 9,85 Mrd. DM, ohne Plakate und direct mailing).

Auch angesichts der Diskussion um die Zukunft der neuen Medien, die der Werbewirtschaft möglicherweise einmal ein breites neues Arbeitsfeld eröffnen, brauchen sich die „klassischen“ Printmedien nach Ansicht des Branchenreports keine Sorgen zu machen: „Printmedien halten ihre Stellung“, heißt es. Im vergangenen Jahr sei der Anteil der bestehenden elektronischen Medien am Werbebudget sogar leicht gesunken, der Anteil für Printmedien mit dem Schwerpunkt bei Publikums- und Tageszeitungen dagegen etwas gestiegen.

Dieser Trend habe auch in diesem Jahr angehalten. Hinter dieser globalen Aussage stecken freilich sehr unterschiedliche Entwicklungen mit Gewinnern und Verlierern: So büßte der „stern“ im vergangenen Jahr 668 Anzeigenseiten ein, mehr als die gesamte Gruppe der aktuellen Illustrierten, die 572 Seiten (oder 4 Prozent) ihres Anzeigenvolumens einbüßten.

KATHOLISCHE UNTERNEHMER / Jahrestagung

Ja zum technischen Fortschritt

LEO SCHÜTZE, Bonn

Ein volles Ja zum technischen Fortschritt war das Ergebnis der 35. Jahrestagung des Bundes Katholischer Unternehmer (BKU) in Bonn. In sieben „Godesberger Leitsätzen“ formulierte der BKU seine Gewähr, daß eine wohlbedachte und verantwortbare technische Entwicklung auch in Zukunft einen entscheidenden Beitrag zur menschengerechten Gestaltung vor allem des Wirtschaftslebens leisten kann.

Die Sorgen und Ängste weiter Bevölkerungskreise vor der technischen Entwicklung seien ernst zu nehmen und rational zu bewältigen. Hier sei insbesondere die Wissenschaft und die Politik gefordert. Als katholischer Unternehmerverband gelte es aber vor allem, die sittlichen Maßstäbe und ordnungspolitischen Regeln zu verdeutlichen, damit eine Ausrichtung der technischen Entwicklung auf das Gemeinwohl sichergestellt werde.

Die soziale Marktwirtschaft habe einen noch nie dagewesenen Wohlstand bereitet, nun müsse sie sich angesichts der Herausforderungen des technischen Fortschritts bewähren. Schon immer habe sich der Mensch verschiedener Techniken bedient, um seine Arbeit ergiebiger und sein Leben humaner zu gestalten. Eine generelle Technikfeindlichkeit wäre deshalb ein gefährlicher Un-

sinn, der das Überleben der Menschheit in Frage stelle.

Die sittliche Verantwortung für die Zukunft von Mensch und Technik werde vor allem durch eine „grüne“ Propaganda gefährdet, die eine apokalyptische Weltuntergangsstimmung beschwöre und durch Panikmache eine technikfeindliche Politik herbeiführen wolle. Es käme aber darauf an, die Technik unter den Rahmenbedingungen einer sozialen Marktwirtschaft einzusetzen, die der Würde, d. h. den Rechten und Pflichten der menschlichen Person unter den neuen Herausforderungen gerecht werde.

Die Mitglieder des BKU ließen sich als Christen und als Unternehmer nicht von unbestimmten Ängsten, sondern von der Hoffnung leiten. Diese Hoffnung habe ihre Wurzeln nicht zuletzt in dem Wissen, daß der heutige Entwicklungsstand der Menschheit, im Hinblick z. B. auf die Versorgung mit Nahrung und medizinischen Hilfen, unabdingbar mit der Technik und ihrer Fortentwicklung verbunden seien.

In den Leitsätzen wird auch gefordert, daß die Unternehmer in ihrem Denken sich den künftigen Generationen verpflichtet fühlen. Es gehe heute „nicht nur um kurzfristige Rentabilitätskalkül“, sondern es sei „eine langfristige ökonomische Rationalität zu berücksichtigen“.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Augsburg: Mörtel-Storbus GmbH, Thierhaupten; Baden-Baden: HBA, Kollektion; Holz-Mobil GmbH, Lichtenau; Coburg: Harold Deuber GmbH, Kronach; Coesfeld: B.F.K. Baustoff- und Fliesen-Handelskontor GmbH, Dersau; Düsseldorf: d. Horst Ernst Schmidt; Düsseldorf: Kofhaus GmbH, Langenfeld; Essen: Norbert Kremer, Gärtner; Gelsenkirchen: Rudolf Kreuzer; Hannover: Nachl. d. Wilhelm Witte; Kassel:

Hermann May, Stahl- u. Apparate-Bau GmbH, Kaufungen; Lübeck: Baucooperation-Baumbedarfs-Handels-Ges. mbH, Woltrahshausen; Nachl. d. Hubert Hallmannsecker, Otterfing.

Vergleich beantragt: Coesfeld: Bedachungen Wittenberg GmbH, Rosen-dahl; Dersau: Ernst Schmidt; Heide: Neuenburg; Stuttgart-Bad Cannstatt: Elise Munk, Inh. d. Emil Munk, Baum-Unternehmung; Waldshut-Tiengen: Rudolf King, Kaufmann, Zell.

MOLKEREI DAHLBURG / Pulverisierte Trockenprodukte stark nachgefragt

Die Kapazitäten sind voll ausgelastet

DOMINIK SCHMIDT, Dahlburg
Der Ausbau der Kapazitäten, der bereits in den vergangenen Jahren stark forciert wurde, beherrscht weiterhin die Investitionsplanungen der Molkerei Dahlburg AG (Molda), Dahlburg. Geschäftsführer Kurt Kautz weist daraufhin, daß die Kapazitäten trotz der kontinuierlichen Erweiterung und des praktizierten Vier-Schichten-Betriebs voll ausgelastet sind und deshalb weitere Umsatzsprünge kurzfristig nicht möglich werden. Kautz rechnet für 1984 mit einem Umsatz von 95 (1983: 93) MILL. DM.

An eine Umänderung des Firmen-namens denkt Kautz nicht, obwohl das Unternehmen kaum noch als Molkereibetrieb zu erkennen ist. Die Molda befaßt sich nämlich mit der Trocknung und Pulverisierung von Lebensmitteln, die vor allem in Bäckereien Verwendung finden. Dazu gehören Backmittel und -mischungen, Kren- und Dessertprodukte, Fettpulver und Fertigaquarierte. Das traditionelle Molkerei-Sortiment wurde bereits 1963 aufgegeben. Lediglich die bei der Verarbeitung anfallende Sah-

ne - sie macht rund 13 Prozent des Umsatzes aus und wird an die benachbarte Uelzen-Milchwerke in Uelzen geliefert - ist noch ein typisches Molkereiprodukt.

Der Exportanteil liegt bei 15 Prozent. Insgesamt sind bei Molda eine Bandtrocknungsanlage, fünf Sprüh- und 16 Gefriertrocknungssysteme in Betrieb. Gefriergetrocknet werden vor allem Früchte, Gewürze, Gemüse und tierische Erzeugnisse. Die breite Produktpalette (Kautz: „Wir haben in Europa nur einen ebenbürtigen Konkurrenten“) macht zugleich den Erfolg des Unternehmens aus, der sich in einer „befriedigenden Ertragslage“ niederschlägt.

Seit 1981 firmiert Molda als Aktiengesellschaft. Das Grundkapital beträgt 7,5 MILL. DM und von rund 540 Aktionären gehalten. Die bisherige Gewinnverteilungspolitik (40 Prozent für die Ausschüttung, 60 Prozent für Investitionen) soll auch künftig beibehalten werden. Für die Aktionäre bedeutet dies, daß sie wie schon bisher 10 Prozent Dividende erhalten.

Die Investitionen werden im lau-

fenden Jahr 7,5 (3,5) MILL. DM erreichen. Zum Anlagevermögen gehört ein firmeneigenes Kohlekraftwerk, das in den Jahren 1981/82 gebaut wurde und Investitionen von 17,5 MILL. DM erforderte. Wegen des hohen Energieaufwandes des Betriebs dürften sich diese Investitionen bereits 1987 amortisiert haben.

Schwierigkeiten, die erforderlichen Milchmengen von den eigenen Lieferanten zu bekommen, sieht Kautz im Zusammenhang mit der neuen Quotenregelung der EG. Bislang lieferten etwa 400 Landwirte jährlich rund 40 MILL. Kilogramm Milch. Bereits jetzt mache sich die neue Regelung bemerkbar. Für 1985 müsse mit verringerten Anlieferungen in Höhe von knapp zehn Prozent gerechnet werden. Daraus ergebe sich für Molda die Notwendigkeit, entweder zusätzliche Lieferverträge abzuschließen oder aber weitere Mengen überregional hinzuzukaufen. Nach den Worten von Kautz liegt der Molda-Auszahlungspreis deutlich über dem Durchschnitt der niedersächsischen Molkerei.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

SEL-Geschäft gefährdet

Stuttgart (dpa) - Der geplante Verkauf elektronischer Fernsprecherverkabelungsteile der Standard Elektronik Lorenz AG (SEL) nach Ungarn im Wert von 30 MILL. DM wird offenbar nicht zustandekommen. In informierten Kreisen hieß es, es gebe „keinen Zweifel mehr“, daß das Geschäft vom Koordinierungsausschuß für ost-westliche Handelspolitik (Cocom) in Paris abgelehnt werde. Ein SEL-Sprecher erklärte dazu, das Unternehmen habe keine Kenntnis davon, wann und wie die Cocom-Entscheidung fallen werde.

Hill Samuel aktiv

Frankfurt (ed.) - Die schon seit einigen Jahren nicht mehr in der Bundesrepublik vertretene große Londoner Merchant Bank Hill Samuel & Co Ltd. will ihre Aktivitäten am deutschen Markt verstärken. Zu diesem Zweck ist sie eine Partnerschaft mit der Societät Krüger & Uhen, Königstein/Taunus, eingegangen, die auf die finanzstrategische Beratung und aktive Unterstützung ihrer Mandanten aus der Großindustrie bei der Entwicklung und Durchführung von Beteiligungskonzeptionen spezialisiert ist. Hill Samuel gilt als führende Adresse in internationalen Kapitalmarktoperationen und in der Beratung bei Mergers und Acquisitions. Hier hat die Bank im bisherigen Jahresverlauf weltweit 23 Abschlüsse für 2,9 Mrd. Dollar getätigt.

BNA steigert Gewinn
Düsseldorf (Py.) - Die Banca Nazionale dell'Agricoltura, Rom, weist für 1983 einen Bilanzgewinn von 37,2 (36) Mrd. Lire (rund 64 nach 62 MILL. DM) aus. Das Institut, das seit etwa 25 Jahren in Frankfurt über eine Repräsentanz verfügt, steigerte seine Gesamteinlagen um 2500 Mrd. Lire (4,05 Mrd. DM) auf 19 500 Mrd. Lire (rund 31,2 Mrd. DM). Das Kreditvolumen, hauptsächlich auf mittlere und kleinere Unternehmen ausgerichtet, wuchs um 22,5 Prozent auf 5,800 Mrd. Lire (9,4 Mrd. DM). Die Bilanzsumme beträgt 43 844 Mrd. Lire (69,3 Mrd. DM).

Grundbesitz zufrieden

Frankfurt (adh) - Eine unveränderte Barauschüttung von 3,40 DM je Anteil, die zu Beginn kommenden Jahres gezahlt wird, kündigt die Grundbesitz-Invest (Depotbank; Deutsche Bank) an. Mit einer Wertsteigerung um 7,5 (i. V. 7,25) Prozent je Anteil im Geschäftsjahr 1983/84 (30. 9.) habe sich der Fonds weiter zufriedenstellend entwickelt. Derzeit befinden sich Projekte von rund 150 MILL. DM in Bau.

Braune Hanne mit besserem Ergebnis

dos, Hannover

Die Braunschweig-Hannoversche Hypothekendarlehenbank AG, Hannover, zeichnet trotz der unbefriedigenden Situation im Wohnungsmarkt eine positive Geschäftsentwicklung. Wie der Vorstand in einem Zwischenbericht schreibt, erreichten die Darlehenszusagen in den ersten neun Monaten 1984 mit 1,23 (1,24) Mrd. DM das hohe Niveau des Vorjahres. Während bei Hypotheken mit 483 (542) MILL. DM das Abschlussvolumen unter dem der gleichen Vorjahreszeit blieb, ergab sich im Kommunalkreditgeschäft ein Anstieg auf 743 (698) MILL. DM. Bei Auszahlungen von 954 MILL. DM und Tilgungen von 512 MILL. DM erhöhte sich der Bestand an langfristigen Ausleihungen um 440 MILL. DM. Für die Refinanzierung nahm das Institut Mittel in Höhe von 1,93 (2,4) Mrd. DM auf.

Zufrieden äußert sich der Vorstand zur Ertragsentwicklung. Zinsüberschuß und Einnahmegergebnis verbesserten sich deutlich um 12,7 Prozent. Der Zinsüberschuß wird mit 57,8 (46,1) MILL. DM ausgewiesen. Für das gesamte Jahr 1984 werde mit einem wiederum guten Ergebnis gerechnet. In welcher Form sich die günstigere Ertragsentwicklung auf die Dividendenpolitik auswirkt, läßt der Vorstand offen. Für 1983 hatte die Bank 20 (18) Prozent ausgeschüttet. Inzwischen ist das Grundkapital um 3 MILL. DM auf 30 MILL. DM erhöht worden.

STAHL / „Sanierung auf Niedersachsens Kosten“

Georgsmarienhütte erhalten

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Noch bevor Einzelheiten der beabsichtigten Fusion von Krupp und Klöckner bekannt geworden sind, hat sich in Niedersachsen quer durch die Parteien eine Welle des Protestes gegen mögliche nachteilige Folgen für die hiesigen Stahlstandorte erhoben. Im Mittelpunkt steht dabei das Klöckner-Werk Georgsmarienhütte bei Osnabrück mit rund 2400 Beschäftigten, das dem Vernehmen nach im Zuge der Fusion stillgelegt werden soll.

Für die CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, so erklärte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Josef Stock, sei diese Absicht nicht hinnehmbar. Stock bezeichnete es als „geradezu absurd, daß eine Branche, die seit Jahren mit öffentlichen Mitteln über Wasser gehalten wird, so tut, als brauche sie regionale Belange nicht zu berücksichtigen“. Georgsmarienhütte sei durch den Bund und das Land Niedersachsen mit 73 MILL. DM gefördert worden.

Die Schließungs-Ankündigung, wenn sie sich bewahrheiten sollte, sei

auch deshalb grotesk, weil Georgsmarienhütte ein „hochmoderner Stahlstandort“ sei. Es könne nicht zugelassen werden, so Stock, daß die Stahlindustrie in den anderen Bundesländern auf Kosten Niedersachsens stabilisiert werden soll.

Ähnlich massiv äußert sich Johann Bruns, Vorsitzender der Niedersächsischen SPD. Die Aufgabe des Standorts Georgsmarienhütte müsse durch die „Androhung der Rückforderung aller bisherigen Subventionszahlungen und die Vergütung aller weiteren vorgesehenen Hilfen verhindert werden“, fordert Bruns.

Als eine „beschlossene Sache“ bezeichnete in Bremen der Vorsitzende des Klöckner-Betriebsrat, Peter Sörgel, die Fusion. An der neuen Stahlgesellschaft würden Krupp und die bei Klöckner engagierte australische CRA mit jeweils 35 Prozent und Klöckner mit 30 Prozent beteiligt sein. Sörgel rechnet auch für den Klöckner-Standort Bremen mit negativen Auswirkungen. Vor allem das Kaltwalzwerk 1900 Beschäftigter dürfte davon betroffen sein.

PHB WESERHÜTTE / Immer mehr Auslandsbeine

Schöne Australien-Töchter

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Erfreuliches berichtet die PHB Weserhütte AG (PWH), Köln, aus den per 30. Juni abgeschlossenen Geschäftsjahren 1983/84 von zwei ihrer drei australischen Beteiligungen mit Sitz in Sydney. Die Ego Engineering (Services) Ltd. schaffte mit rund 1100 Mitarbeitern und 290 (306) MILL. DM den zweithöchsten Umsatz ihrer Geschichte und ihren bisher besten Ertrag: Der Jahresüberschuß erreichte vor Steuern 12,2 (6,7) und nach Steuern 7,5 (3,5) MILL. DM. Die Dividende blieb bei 25 Prozent, das Grundkapital wurde „angesichts des besonders guten Jahresergebnisses“ 1:4 zurückgelegt aufgestockt, die 50 MILL. DM Eigenmittel stellen knapp 60 Prozent der Bilanzsumme.

Auf sogar 70 Prozent Bilanzquote kommt die kleinere Malco Industries

Ltd. mit 30 MILL. DM Eigenmitteln. Mit 350 Leuten erreichte sie 55 (59) MILL. DM Umsatz, einen Jahresüberschuß von 2,6 (1,3) vor Steuern und von 1,4 (0,8) MILL. DM nach Steuern, worauf die Dividende auf 10 (6) Prozent aufgestockt wurde. Die im Bau von Offshore-Öl-Gasproduktionsanlagen zu Australiens führenden Unternehmen zählende Ego erwartet für 1984/85 eine „insgesamt positive Entwicklung“.

Die Kölner PWH-Mutter zeigt mit solchen Angaben den Erfolg einer konsequent verfolgten internationalen Diversifizierung. Ihr 1983er Weltumsatz von 1,16 Mrd. DM kam zu 81 Prozent aus Auslandsmärkten und zur Hälfte aus Auslandsproduktion. 1984 wurden die „Auslandsbeine“ bisher in Frankreich, Holland und Brasilien verstärkt.

Wenn Sie nicht wissen, wie sich Ihre unternehmerischen Ideen in Mark und Pfennig auswirken, können wir Ihnen helfen.

Sie denken darüber nach, wo Ihr Unternehmen 1986 oder 88 steht. Dazu entwickeln Sie Ihre unternehmerischen Ideen. Die entscheidende Frage dabei: Sind sie finanzierbar und wie zahlen sie sich aus?

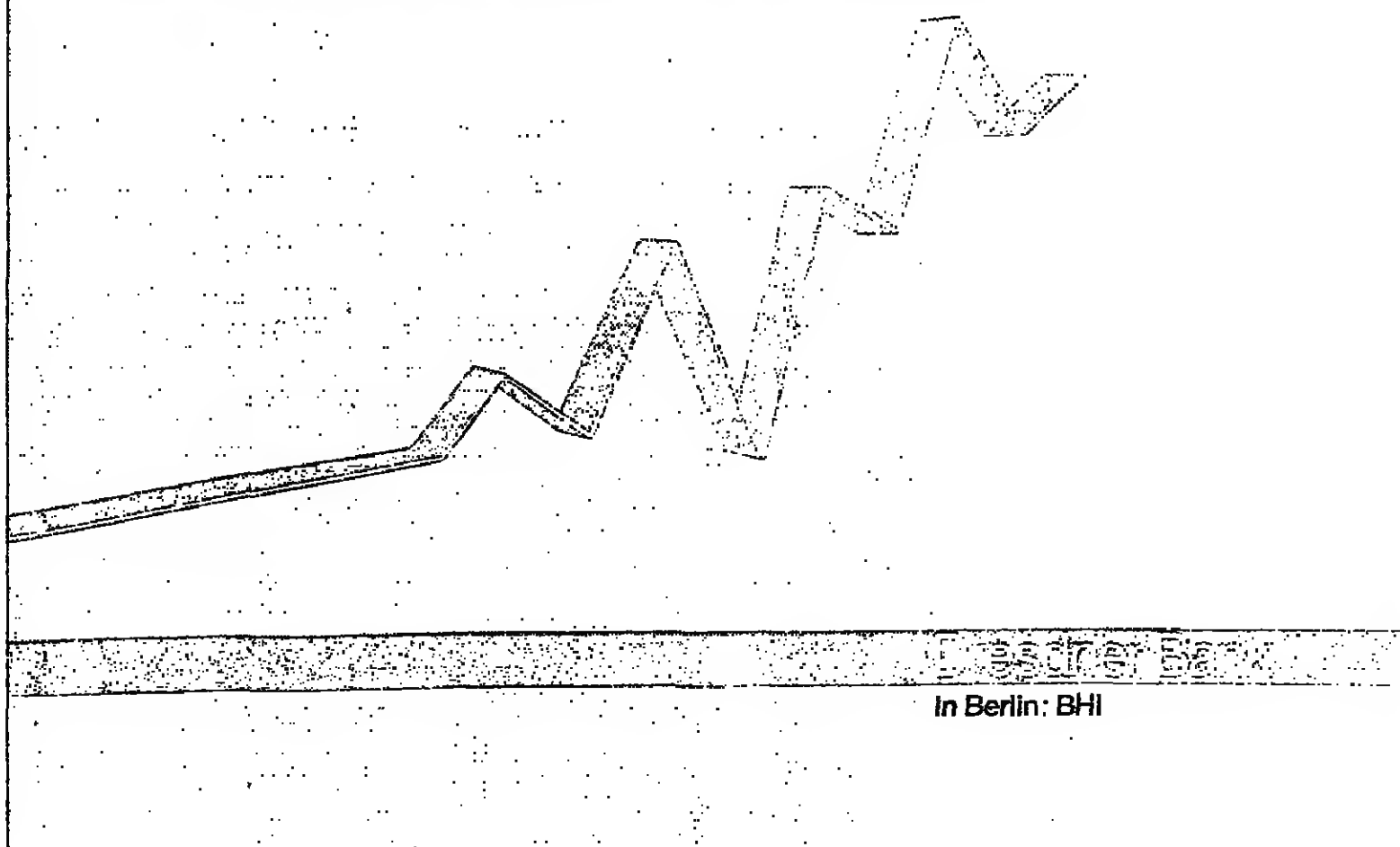
Hier können wir Ihnen als außenstehende Finanzfachleute helfen. Mit unserem computergestützten Finanzplanungs-Service.

Wir rechnen - natürlich vertraulich - Ihre alternativen Planungen durch. Sie bekommen konkrete Entscheidungshilfen: Welche Investitionen sind finanziell vertretbar? Und wie wirken sie sich auf Ihre Bilanzen und

Gewinn- und Verlustrechnungen der nächsten Jahre aus?

Wenn Ihr Computer-Programm erst mal steht, sind Ihre Planungen jederzeit nach oben oder unten korrigierbar. Das heißt: Anders sich bestimmte Fakten, können Sie die Folgen sofort überblicken, ohne erst auf Ihre Bilanz warten zu müssen. Und Sie können reagieren, bevor Fehlentwicklungen eintreten.

Mehr über den Finanzplanungs-Service sagen Ihnen gern unsere Firmenkundenbetreuer. Sprechen Sie mit uns.



BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Gnade/Kehrman/Schneider: Blanke: Betriebsverfassungsgesetz, Bund-Verlag GmbH, Köln 1983, 192 S., 78 Mark.

Seit Erscheinen der 1. Auflage ist eine Flut arbeitsgerichtlicher Entscheidungen zum Betriebsverfassungsgesetz 1972 ergangen, ganz zu schweigen von der großen Zahl an betriebsverfassungsrechtlichen Meinungsäußerungen in der Fachliteratur. Auch technologische Neuerungen warfen weitere betriebsverfassungsrechtliche Zweifelsfragen auf, denen man nur an die Einführung von Bildschirmarbeitsplätzen. All dies führte zu einer völligen Neubearbeitung dieses „Kommentars für die Praxis“, der trotz der Fülle des bearbeiteten Materials den Charakter eines Handkommentars nicht verliert. Ein ausführliches Stichwortverzeichnis führt schnell zu den gesuchten Problemfeldern.

Klaus Kuntz: Schmerzensgeld, Alfred Metzner-Verlag, Frankfurt 1983, 160 Seiten, 6. Lieferung 1983 (Gesamtwerk 1.-6. Lfg. im Plastikordner, 68 Mark).

Nicht nur die Frage, unter welchen tatsächlichen und rechtlichen Voraussetzungen einer Person ein Schmerzensgeld zuerkannt werden muß, sondern insbesondere die Höhe und Bemessungskriterien für diesen Ausgleichspruch für erlittene im-

materielle Schäden sind heftig umstritten. Diese Sammlung von Entscheidungen will einen möglichst vollständigen Überblick über die unterschiedliche Behandlung auch vergleichbarer Fälle geben, um so die Gleichbehandlung der Betroffenen und eine erste Orientierung zu erleichtern. Die 6. Lieferung bringt neuere Entscheidungen zum Arzthaftungsrecht sowie zum Persönlichkeitsrecht. Ein neuer Abschnitt mit Klagemustern und Anträgen zum Bereich Schmerzensgeld ist hinzugekommen.

Schmidt-Putterer/Blank: Wohnungsschutzgesetz, C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, 1984, 102 S., (Lsg.), 128 Mark.

Der bereits in fünfter Auflage vorliegende Kommentar gibt keine Darstellung des gesamten Wohnungsmietrechts. Vielmehr werden alle Vorschriften erläutert, die dem rechtlichen Schutz des Mieters dienen. Ein Schwerpunkt liegt auf den Kündigungsschutzvorschriften des BGB, ein Sachgebiet, das aufgrund verschiedener, nicht aufeinander abgestimmter Reformgesetze unsystematisch und unübersichtlich geworden ist. Hier versteht es der Verfasser die Kündigungstatbestände übersichtlich darzustellen. Die neueste Rechtsprechung ist eingearbeitet. Weitere Teilgebiete des Kommentars, wie die

Vorschriften zur Mieterhöhung, Mietswucher und Zweckentfremdung von Wohnraum, wurden der geänderten Rechtslage entsprechend dargestellt und erläutert. Trotz der Informationsfülle bleibt der Kommentar übersichtlich.

Jürgen Schulte-Hillen: InD-Online-Datenbanknutzung in der Bundesrepublik Deutschland, K. G. Saur-Verlag 1984, 146 S., 36 Mark.

Die jetzt der Öffentlichkeit vorgelegte Studie, einst vom Bundesministerium für Forschung und Technologie in Auftrag gegeben, die sich mit den politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen aber auch militärischen Aspekten des grenzüberschreitenden Datenverkehrs auseinandersetzt, überzieht die Informations- und Dokumentationspolitik (InD) der Bundesregierung mit harter Kritik. Mit erschreckenden Zahlen wird die zunehmende Abhängigkeit der Bundesrepublik von ausländischen Datenbanken belegt. Der hier aufgewiesene Rückstand im Online-Datenbankbereich, so eine Empfehlung der Studie, kann nur durch eine verstärkte InD-Politik wettgemacht werden, die die Informationsversorgung der Zukunft durch internationale Kooperation und Schaffung wechselseitiger Abhängigkeiten verbessert und absichert.

STUDIEN PLATZ BÖRSE

Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Wintersemester 1984/85

Zahnmedizin

Erstsemester nach

- | | |
|--------------|-------------|
| 1 Aachen | Düsseldorf |
| 2 Aachen | Erlangen |
| 3 Aachen | Heidelberg |
| 4 Aachen | Uni München |
| 5 Aachen | Regensburg |
| 6 Aachen | Tübingen |
| 7 Aachen | Würzburg |
| 8 FU Berlin | Erlangen |
| 9 FU Berlin | Frankfurt |
| 10 FU Berlin | Freiburg |
| 11 FU Berlin | Gießen |
| 12 FU Berlin | Heidelberg |
| 13 FU Berlin | Uni München |
| 14 FU Berlin | Mainz |
| 15 FU Berlin | Regensburg |
| 16 FU Berlin | Saarbrücken |
| 17 FU Berlin | Ulm |
| 18 FU Berlin | Würzburg |
| 19 Frankfurt | Düsseldorf |
| 20 Frankfurt | Erlangen |
| 21 Frankfurt | Heidelberg |
| 22 Frankfurt | Uni München |
| 23 Freiburg | Tübingen |
| 24 Gießen | Düsseldorf |
| 25 Gießen | Erlangen |
| 26 Gießen | Mainz |
| 27 Gießen | Regensburg |
| 28 Gießen | Ulm |
| 29 Hannover | Freiburg |
| 30 Hannover | Heidelberg |
| 31 Hannover | Mainz |
| 32 Köln | Düsseldorf |
| 33 Köln | Heidelberg |
| 34 Köln | Münster |
| 35 Köln | Mainz |
| 36 Köln | Saarbrücken |
| 37 Marburg | Gießen |
| 38 Marburg | Hamburg |
| 39 Münster | Hannover |
| 40 Ulm | Würzburg |

Rechtswissenschaft

Erstsemester nach

- | | |
|--------------|-----------|
| 1 Augsburg | Bonn |
| 2 Augsburg | Bochum |
| 3 Augsburg | Göttingen |
| 4 Augsburg | Hannover |
| 5 Augsburg | Hamburg |
| 6 Augsburg | Köln |
| 7 Augsburg | Uni Kiel |
| 8 Augsburg | Münster |
| 9 FU Berlin | Bochum |
| 10 FU Berlin | Göttingen |
| 11 FU Berlin | Hannover |

Hamburg 72 Mannheim

- | | |
|--------------|-------------|
| 13 FU Berlin | Köln |
| 14 FU Berlin | Uni Kiel |
| 15 FU Berlin | Münster |
| 16 Bayreuth | Bonn |
| 17 Bayreuth | Bochum |
| 18 Bayreuth | Frankfurt |
| 19 Bayreuth | Hannover |
| 20 Bayreuth | Bremen |
| 21 Bayreuth | Hamburg |
| 22 Bayreuth | Köln |
| 23 Bayreuth | Uni Kiel |
| 24 Bayreuth | Münster |
| 25 Bayreuth | Uni München |
| 26 Bayreuth | Mainz |
| 27 Bayreuth | Trier |
| 28 Bayreuth | Tübingen |
| 29 Bayreuth | Würzburg |
| 30 Erlangen | Bonn |
| 31 Erlangen | Bochum |
| 32 Erlangen | FU Berlin |
| 33 Erlangen | Göttingen |
| 34 Erlangen | Hannover |
| 35 Erlangen | Bremen |
| 36 Erlangen | Hamburg |
| 37 Erlangen | Köln |
| 38 Erlangen | Uni Kiel |
| 39 Erlangen | Münster |
| 40 Erlangen | Uni München |
| 41 Erlangen | Trier |
| 42 Freiburg | Bonn |
| 43 Freiburg | Hamburg |
| 44 Freiburg | Köln |
| 45 Freiburg | Uni München |
| 46 Freiburg | Tübingen |
| 47 Gießen | Bonn |
| 48 Gießen | Frankfurt |
| 49 Gießen | Göttingen |
| 50 Gießen | Hannover |
| 51 Gießen | Hamburg |
| 52 Gießen | Köln |
| 53 Gießen | Uni Kiel |
| 54 Gießen | Münster |
| 55 Gießen | Osnabrück |
| 56 Uni Kiel | Hannover |
| 57 Konstanz | Bonn |
| 58 Konstanz | Bochum |
| 59 Konstanz | Göttingen |
| 60 Konstanz | Köln |
| 61 Konstanz | Münster |
| 62 Konstanz | Osnabrück |
| 63 Mannheim | Bonn |
| 64 Mannheim | Bochum |
| 65 Mannheim | Frankfurt |
| 66 Mannheim | Göttingen |
| 67 Mannheim | Hannover |
| 68 Mannheim | Bremen |
| 69 Mannheim | Hamburg |
| 70 Mannheim | Köln |
| 71 Mannheim | Uni München |
| 72 Mannheim | Uni Kiel |

Pharmazie

Erstsemester nach

- | | |
|---------------|-------------|
| 1 FU Berlin | Bonn |
| 2 FU Berlin | Düsseldorf |
| 3 FU Berlin | Frankfurt |
| 4 FU Berlin | Hannover |
| 5 FU Berlin | Heidelberg |
| 6 FU Berlin | Hamburg |
| 7 FU Berlin | Uni Kiel |
| 8 FU Berlin | Marburg |
| 9 FU Berlin | Münster |
| 10 FU Berlin | Saarbrücken |
| 11 Frankfurt | Heidelberg |
| 12 Frankfurt | Tübingen |
| 13 Regensburg | Erlangen |
| 14 Regensburg | Münster |
| 15 Regensburg | Uni München |
| 16 Regensburg | Tübingen |
| 17 Würzburg | Uni München |
| 18 Würzburg | Regensburg |

Fonds HM 9000

Der Wert einer Anteilseinheit am Anlagestock unserer durch die HMI-Organisation vertriebenen Fondspolice betrug am 1. 10. 84 DM 175,50. Der Anteilpreis des von der dresdener bank investment management Kapitalanlagegesellschaft mbH verwalteten Fonds HM 9000, in dem die Mittel des Anlagestocks der Fondspolice angelegt wurden, war zum gleichen Zeitpunkt DM 114,42.

Hamburg-Mannheimer Versicherungs-AG

Billig-Flüge

ganz klar! Notiz-Quader von KNAUER

Venezuela Junger Deutscher, Resident in Ven., langjährige Berufstätigkeit in Süd- u. Westamerika, übernahm Kundendienst u. techn. Service Ihrer Produkte. Angebote erb. u. 2. 10513 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Betriebs- und Vertriebsorganisation Aufbau mit Umsatzgarantie, Übernahme ich sofort. Johann W. Becker, Lenbachstraße 41, 4300 Essen 1 Tel. 02 01 / 70 67 24

Geben Sie bitte die Vorwahl-Nummer an, wenn Sie in Ihrer Anzeige eine Telefon-Nummer nennen

Unser neuentwickelter Baustoff im Bereich Wärmedämmung erzielt in der Schweiz einen wahren Boom und soll daher dem deutschen Baumarkt nicht vorenthalten bleiben. Wir suchen

Lizenznehmer Verkaufsorganisationen die in der Lage sind, ein international geschütztes Produkt wirkungsvoll zu vertreiben. Interessenten melden sich unter Chiffre 86-70 526 an ASSA Schweizer Annoncen AG, Postfach 42, CH-6210 Sursee

Zielgruppe Unternehmer, Führungskräfte, Leitende und Freiberufler: sie sind die Entscheider.



Kontakte **Z. B. Eisenwarenborse** in den von Ihnen gesuchten Marktsegmenten **Z. B. Druckwelt** schaffen Ihnen **Z. B. Bindereport** die Fachzeitschrift **Z. B. Niedersächsisches Ärzteblatt** der Schlüterschen Verlagsanstalt und Druckerei **Z. B. Der praktische Tierarzt** Direkt **Z. B. Deutsches Tierärzteblatt** ohne Streuverluste, **Z. B. TIHO-Anzeiger** in dem von den Lesern **Z. B. Niedersächsische Wirtschaft** gesuchten aktuellen redaktionellen Umfeld, **Z. B. Nordwestdeutsches Handwerk** Mit jedem **Z. B. Unsere Sicherheit** dieser Werbeträger **Z. B. Die Einzelhandelszeitung** maximieren Sie die Kontakte **Z. B. Die Industrie der Steine und Erden** zu Ihren Gesprächspartnern **Z. B. Fechtsport** in den jeweiligen Teilmärkten. **Z. B. Theaterzeitung**

schlütersche Verlagsanstalt und Druckerei Postfach 10 08 64, 4300 Essen 1 Tel. 02 01 / 12 30 00 Fax 02 01 / 12 30 01

Herstellung, Nachbearbeitung und Vervielfältigung von audiovisuellen Kommunikationsträgern. AV-Studio Jacob GmbH, 4600 Dortmund 15, Tel. (02 31) 37 11 39

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herrenweg 1, 4300 Essen 1, Tel. 02 01 / 12 30 00
Zentralredaktion: 2000 Bonn 2, Godesberger Allee 94, Tel. 02 28 / 20 01, Telefax 02 28 / 714, Fernschreiber 02 28 / 37 34 05
1000 Berlin 61, Kochstraße 60, Redaktion: Tel. 03 02 / 2 30 11, Telefax 03 02 / 500, Anzeigen: Tel. 03 02 / 50 51 29 / 30 / 31, Telefax 03 02 / 50 51 29
2000 Hamburg 34, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. 04 0 / 18 01, Telefax 04 0 / 18 01, Fernschreiber 04 0 / 18 01, Anzeigen: Tel. 04 0 / 18 01, Telefax 04 0 / 18 01
4000 Essen 18, Im Teichbruch 100, Tel. 02 01 / 13 11, Anzeigen: Tel. 02 01 / 13 11, Telefax 02 01 / 13 11, Fernschreiber 02 01 / 13 11, Anzeigen: Tel. 02 01 / 13 11, Telefax 02 01 / 13 11
3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. 05 11 / 17 11, Anzeigen: Tel. 05 11 / 17 11, Telefax 05 11 / 17 11, Fernschreiber 05 11 / 17 11, Anzeigen: Tel. 05 11 / 17 11, Telefax 05 11 / 17 11
4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. 02 11 / 27 30 43, Anzeigen: Tel. 02 11 / 27 30 43, Telefax 02 11 / 27 30 43, Fernschreiber 02 11 / 27 30 43, Anzeigen: Tel. 02 11 / 27 30 43, Telefax 02 11 / 27 30 43
6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 0, Tel. 06 9 / 71 79 11, Anzeigen: Tel. 06 9 / 71 79 11, Telefax 06 9 / 71 79 11, Fernschreiber 06 9 / 71 79 11, Anzeigen: Tel. 06 9 / 71 79 11, Telefax 06 9 / 71 79 11
7000 Stuttgart, Rosenfeldplatz 20a, Tel. 07 11 / 23 12 30, Anzeigen: Tel. 07 11 / 23 12 30, Telefax 07 11 / 23 12 30, Fernschreiber 07 11 / 23 12 30, Anzeigen: Tel. 07 11 / 23 12 30, Telefax 07 11 / 23 12 30
8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. 08 9 / 53 50 30, Anzeigen: Tel. 08 9 / 53 50 30, Telefax 08 9 / 53 50 30, Fernschreiber 08 9 / 53 50 30, Anzeigen: Tel. 08 9 / 53 50 30, Telefax 08 9 / 53 50 30
Minutenabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,00 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Abonnement gegen den Verlag Abbestellungsantrag. Der Preis des Leihpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abbestellungsgebühren sind im Voraus zu zahlen.
Bei Nichtbeachtung ohne Vorankündigung des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsdienstes besteht keine Ansprüche gegen den Verlag. Abbestellungsanträge können nur zum Monatsende angenommen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.
Gültige Anzeigenpreise für die Deutschlandsausgabe: 10. und 11. Ausgabe: 1.1.1984, für die Hamburg-Ausgabe: 1.1.1984.
Amtliches Publikationsorgan der Berliner Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, der Rheinisch-Westfälischen Botschaft in Düsseldorf, der Frankfurter Botschaft, der Hessischen Botschaft, der Niedersächsischen Botschaft in Hannover, der Bayerischen Botschaft in München, der Baden-Württembergischen Botschaft in Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für die Richtigkeit der Meldungen.
Für vorvertraglich eingeleitetes Material keine Gewähr.
Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.
Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 34, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.
Nachrichtenservice: Richard Prochelt
Herstellung: Walter Konig
Anzeigen: Hagen Biele
Vertrieb: Gerd Dietrich Leistikow
Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler
Druck: in 4000 Bonn 18, Im Teichbruch 100; 2000 Hamburg 34, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Interessantes Angebot für Selbstbediente DM 3000,- für 15 Minuten Zeitaufwand. Kontaktaufnahme: Jatek GmbH, Richardstr. 12, 2 Hamburg 76 Tel. 0 40 / 28 00 00, Fax 21 4 712

Vertriebsgruppen gesucht für Erwerbsmodelle Berlin - Altbau

Sehr gute Bausubstanz, Vollfinanzierung, professionelle Abwicklung. Zuschriften erbeten unter D 10512 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

DIE SILAH BLINDEN- UND AUSSÄTZIGEN MISSION SIEGEN

bekämpft weltweit Hunger, Blindheit und Aussatz. Helfen Sie uns, damit wir weiterhelfen können: DM 10 blindenverhütende Medikamente - DM 50 für eine Augenrettende Operation - DM 50 für monatliche Medikamente für 10 Aussätzige. SILAH BLINDEN- UND AUSSÄTZIGEN MISSION SIEGEN 31, Postfach Postcheckkonto Köln 157 594-506 / Sparkasse Siegen 5100 5275

FINANZANZEIGE

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE LANDSCHAFT IN KIEL

- Bekanntmachung -

Gemäß den Anleihebedingungen werden zum 02. 11. 84 die Schleswig-Holsteinischen landwirtschaftlichen Kommunalschuldverschreibungen 7,5 % Serie 198 - 325 497- 02. 11. 84 zum 15. 12. 84 die Schleswig-Holsteinischen landwirtschaftlichen Kommunalschuldverschreibungen 10 % Serie 151 - 325 450- 15. 12. 84 und die 9,5 % Serie 156 - 325 455- 15. 12. 84 die Schleswig-Holsteinischen landwirtschaftlichen Kommunalschuldverschreibungen 5,75 % Serie 207 - 325 608- 15. 12. 84 die Schleswig-Holsteinischen landwirtschaftlichen Pfandbriefe 7,75 % Reihe 75 - 325 074- 01. 01. 84 zum 02. 01. 85 die Schleswig-Holsteinischen landwirtschaftlichen Kommunalschuldverschreibungen 8 % Serie 51 - 325 350- 02. 01. 84 und die 8,25 % Serie 52 - 325 351- 02. 01. 84 und die 8,25 % Serie 53 - 325 352- 02. 01. 84 und die 8,25 % Serie 54 - 325 353- 02. 01. 84 und die 8 % Serie 57 - 325 356- 02. 01. 84 und die 9,5 % Serie 153 - 325 452- 02. 01. 84 und die 10 % Serie 160 - 325 458- 02. 01. 84 zum 04. 01. 85 die Schleswig-Holsteinischen landwirtschaftlichen Kassenobligationen 8 % Ausgabe 2 - 325 901- 04. 01. 84 zum Nennwert zur Rückzahlung fällig. Die Norddeutsche Kassenverein AG, Hamburg, wird ihren Kontoinhabern die fälligen Kapitalbeträge gutschreiben. Kiel, im Oktober 1984 Die Schleswig-Holsteinische General-Landschaftsdirektion

Ab jetzt in Ihrem Kopf:
Laut der neusten Media-Analyse Führungskräfte über die Bilanz, das Schweizer Wirtschafts Magazin:
78% der Bilanz-Leser-Führungskräfte sind selbstständige Unternehmer oder leitende Angestellte.
44% investieren in Kunst aller Art.
56% füllen ihr Portefeuille mit Aktien.
67% programmieren ihren Erfolg mit den neusten Computern.
70% stossen mit den besten Cognacs an.
89% kommen frühestens mit einem Mittelklassewagen auf Touren.
(Darum sollten in den nächsten Ausgaben der Bilanz, des Schweizer Wirtschafts Magazins, auch Ihre Inserate zu sehen sein.)

bilanz



Gesamtvertretung für das Ausland:
IVA AG für internationale Werbung
Mühlebühlstrasse 43
CH-8032 Zürich
Tel. 00411-251 24 50
Telefax 53 844 wo ch

Generalvertretung für die Bundesrepublik Deutschland:
Gayer International Marketing
89m - Stöckle - Strasse 10
8939 Bad Wörishausen
Tel. 0 82 47 / 60 03

RALLYE

Erfolg von Röhrl trotz Reifenpanne

dpa/sid, Landshut

Tausende von Zuschauern sahen bei der Drei-Städte-Rallye durch Niederbayern und die Oberpfalz einen großartigen Walter Röhrl. Mit Ausnahme einer Prüfung dominierte der zweifache Weltmeister mit seinem Belfahrer Christian Geistdörfer auf Audi Quattro Sport in allen Wertungsprüfungen. Walter Röhrl, der am Freitag eine Reifenpanne erlitten hatte und kurzzeitig die Führung an Harald Demuth auf Audi Quattro abgegeben mußte, drifete wie auf Schienen über die Schotterpisten im Bayerischen Wald.

Für den Regensburger Röhrl war es der einzige offizielle DM-Start in diesem Jahr. Bei der Hunsrück-Rallye im September war er als nicht gewerteter sogenannter Vorwagen gestartet, um den neuen 500 PS starken Audi Quattro Sport unter Wettbewerbsbedingungen zu testen.

Am Start zur zweiten Schleife in Richtung Regensburg waren noch 103 Teams. Nur 31 hatten den ersten Tag nicht überstanden. Prominenteste Ausfälle waren Freddy Kottulinsky (Schweden), Jouko Saarinen (Finnland), Erik Johansson (Schweden) und Reinhard Schülein (Führl). Während die Quattro-Konkurrenten Röhrl und Demuth überlegen führten, gab es auf den Positionen drei bis zehn heftige Kämpfe. Bei der Wertungsprüfung im Kalkwerk Büchel (Regensburg) erwischte es auf Schotter den bis dahin Drittplatzierten Manfred Hero (Schmelz) mit seinem Porsche, der Probleme mit dem Motor bekam und erst nach halbstündiger Reparatur die Fahrt wieder aufnehmen konnte. In einer beschleunigten Verfolgungsjagd arbeitete sich der deutsche Rallye-Vizemeister wieder auf den siebten Platz vor.

Eine erfreuliche Leistung bot der Opel-Nachwuchsfahrer Karl-Friedrich Beck (Albstadt), der Vierter wurde und im Endklassement der Deutschen Meisterschaft Rang fünf belegte. Beck gilt in Fachkreisen als Entdeckung der Saison.

Kuriosum am Rande: Die Drei-Städte-Rallye erlebte zwischen den Wertungsprüfungen 15 und 16 eine Hochzeit. Das Rallye-Feld mußte sich geschlossen hinter einen Baumhochzeitstag einreihen, was 30 Minuten Verzögerung zur Folge hatte.

FORMEL 1 / Porsche und die Weltmeisterschaft

Warum sich der Araber Mansour Ojeh über die Deutschen ärgert

DW, Estoril

Am 3. Juli 1981 siegte der Amerikaner Dan Gurney beim Großen Preis von Frankreich auf einem Porsche-Formel-1-Rennwagen mit Porsche-Motor. Das war, für 22 Jahre, der letzte Auftritt des Hauses Porsche im Grand-Prix-Sport. Gestern gewann das englische McLaren-Team mit Hilfe eines Porsche-Turbomotors die Formel-1-Weltmeisterschaft 1984 (das Ergebnis der Fahrer-Weltmeisterschaft lag noch nicht vor).

Von August 1981 bis zum Oktober 1984 dauerte es, bis der Turbomotor aus Weissach zum Weltmeister-Aggregat wurde. Es waren die McLaren-Direktoren Ron Dennis und John Barnard, die am 26. August 1981 im Porsche-Versuchszentrum Weissach vorstellten, um die Entwicklung eines Turbo-Motors für ihren Rennwagen zu testen. Der Zigarettenhersteller Marlboro, Hauptgeldgeber des McLaren-Teams, stellte damals 800 000 Mark zur Verfügung. Am 12. November 1981 wurde der Vorvertrag zwischen McLaren und Porsche abgeschlossen. Inhalt: Es sollte ein Sechszylinder-Motor konstruiert werden. Wegen der thermischen Belastung wurde die V-Form gewählt, weil sich die Hitze im Gegensatz zum Reihenmotor auf zwei Motorseiten verteilen läßt.

Im Mai 1982 stand das Konzept. Doch McLaren hatte kein Geld mehr. Ron Dennis sah sich nach einem neuen Geldgeber um und fand ihn in der arabischen Firma TAG (Techniques d'Avant-Garde). TAG ist ein Mischkonzern, der Erdölvorkommen erschließt, mit Elektronik, Waffen, Werkzeugmaschinen und Flugzeugen handelt, der Hotels und landwirtschaftliche Betriebe besitzt und technische Entwicklungsarbeiten in arabischen Ländern vermittelt. Die Araber sollen rund 24 Millionen Mark in das Porsche-Projekt gesteckt haben. So wurde denn aus dem eigentlichen Porsche-Motor ein TAG-Turbo. Mansour Ojeh, der 33-jährige Direktor von TAG, ärgert sich, daß in Deutschland diese Beziehung in der Presse häufig verschwiegen wird. Ojeh: „Alle halten sich an die Bezeichnung TAG, nur die Deutschen nicht.“

Zurück zur Entwicklung des Triebwerkes: Acht Konstrukteure, drei

Versuchingenieure und acht Mechaniker unter der Aufsicht von Projektleiter Hans Mezger (54) begannen in Weissach 1982 mit der Konstruktion. Am 18. Dezember 1982 wurde der erste vollständige Turbo-Motor auf dem Prüfstand gezündet. Porsche schweigt über die tatsächliche Motorleistung. Es wird geschätzt, daß dieses Triebwerk kurzzeitig bis zu 800 PS entwickeln kann.

Anfang Mai 1983 wurde der Motor in einen Rennsportwagen, einen Porsche 956, versuchsweise installiert. Am 29. Juni 1982 testete der damalige McLaren-Pilot John Watson das Triebwerk zum erstenmal in einem Formel-1-Rennwagen von McLaren. Watson war begeistert, denn noch nie habe er zuvor in einem Auto soviel Kraft verspürt. Dann kam im August 1983 der erste Rennstart beim Großen Preis von Holland. Der Österreicher Niki Lauda, der die Entwicklung des Motors maßgeblich mit vorantrieb, taktete sich mühselig von Rennen zu Rennen voran. Er sagte damals: „Es ist eine schwere Arbeit, bei der ich meinen ganzen Humor brauche.“

Inzwischen ist der Porsche-Motor zum erfolgreichsten Formel-1-Triebwerk geworden, bereits in seiner ersten vollständigen Saison lief es problemlos, und die Konkurrenz fand, der McLaren-Porsche sei geradezu das Auto einer anderen Ära. Die TAG-Direktoren hatten ursprünglich daran gedacht, den von Porsche entwickelten Motor künftig auch anderen Teams in der Formel-1 zum Stückpreis von rund 160 000 Mark anzubieten. Doch nun will man das nicht mehr. Wenn das Triebwerk wirklich einmal zum freien Verkauf anstehen sollte, dann nicht für den Rennbetrieb, sondern eventuell für Hubraum- oder landwirtschaftliche Fahrzeuge.

Porsche-Sprecher Manfred Jantke zur WELT: „Es ist ganz klar, daß man ein so hervorragendes und erfolgreiches Projekt nicht der Konkurrenz anbietet. Aber das kommt man von Anfang an ja nicht wissen.“

Freilich: Nur geringfügige Änderungen an diesem Motor könnten aus dem TAG-Aggregat wieder einen Porsche-Turbo machen. Der wäre dann zum Verkauf frei.

TENNIS / Catarina Lindqvist gewann Turnier von Filderstadt. WELT-Interview mit Claudia Kohde



Der stolze Vater und seine glückliche Tochter: Peter Graf nimmt Steffi noch ihrem Sieg im Halbfinale in die Arme. Die 15-Jährige eine Steffi Graf dürfte in der Weltrangliste einen großen Sprung nach vorne machen, obwohl sie das Finale verlor. FOTO: JOHANNES KÖSEGI

Wunderkind Steffi im Finale nervös und müde

dpa/sid, Filderstadt

Steffi Graf hat es (noch) nicht geschafft. Die erst 15 Jahre alte Heidelbergerin unterlag im Finale des Tennis Grand Prix-Turniers der Damen in Filderstadt der Schwedin Catarina Lindqvist mit 1:6, 4:6. Gegen die sechs Jahre ältere aus einem Vorort von Malmö stammende Schwedin hatte sie keine Chance. In nur 49 Minuten war das Match vor ausverkauftem Haus zu Ende. Catarina Lindqvist tritt damit die Nachfolge von Tracy Austin und Martina Navratilova an. Die beiden Amerikanerinnen hatten die bisherigen Veranstaltungen vier- bzw. zweimal gewonnen.

„Nach vor einer Woche hätte ich von so etwas nicht zu träumen gewagt“, sagte die Blondine, die zuvor durch Erfolge bei wesentlichen schwächer besetzten Veranstaltungen auf sich aufmerksam gemacht hatte. Allerdings hat sie durch ihre Beständigkeit einen Sprung um 90 Plätze auf Rang 24 in der Weltrangliste gemacht.

Auf dem Weg in das Endspiel hatte Steffi Graf unter anderem Andrea Temesvari (Ungarn), Claudia Kohde (Saarbrücken) und im Halbfinale Andrea Leand (USA) ausgeschaltet. Catarina Lindqvist, die genau wie

ihre Gegnerin noch nie im Endspiel eines Grand Prix-Turniers stand, hatte mit Petra Kuppeler aus Augsburg und Bettina Bunge (Cuxhaven) zwei weitere deutsche Spielerinnen aus dem Turnier geworfen und sich im Halbfinale gegen die 17-jährige Amerikanerin Terry Phelps durchgesetzt. Die 24. der Weltrangliste, die in diesem Jahr um 99 Plätze nach oben kletterte, kassierte für ihren Sieg 28 000 Dollar. Für Steffi Graf bleibt immerhin die Hälfte, das höchste Preisgeld ihrer Karriere.

Nachdem Steffi Graf im ersten Satz gegen die fast fehlerlos spielende Schwedin sehr nervös, zeitweise deprimiert, ja sogar hilflos wirkte, kam sie im zweiten Durchgang nach einem 1:4-Rückstand doch noch besser ins Spiel. Sie kämpfte sich bis auf 4:4 heran, gab dann aber das entscheidende Spiel zum 4:5 bei eigenem Aufschlag ab. Den ersten Matchball konnte sie zwar noch abwehren, dann aber stand der Sieg der Schwedin fest. Steffi Graf war nach den schweren Spielen dieser Woche offensichtlich zu müde, um ernsthaften Widerstand zu leisten.

Ihr Vater, der sie auch trainiert, hatte bereits am Abend vorher prophezeit: „Die Steffi ist kaputt, ich glaube kaum, daß sie es schafft.“

„Ich wünsche mir eine umfassende Betreuung“

H. J. POHMANN, Filderstadt

Das Turnier von Filderstadt hat einmal mehr bewiesen, daß die deutschen Damen – im Gegensatz zu ihren männlichen Kollegen – im internationalen Tennis-Geschäft eine feste Größe sind. Steffi Graf, die das Finale erreicht hatte, gesellte sich wohl bald zu Claudia Kohde, Sylvia Hanika, Bettina Bunge und Eva Pfaff, die in der Weltrangliste noch vor ihr liegen.

Der Deutsche Tennis-Bund (DTB) könnte nach dem USA wohl die stärkste Nationalmannschaft stellen. Doch immer dann, wenn es um den Einsatz beim Fed-Cup geht, geht, gibt es Ärger zwischen den Damen und dem Verband.

Ein Beispiel dafür sind die Auseinandersetzungen zwischen Claudia Kohde und dem DTB in diesem Jahr. Die WELT sprach mit der Spielerin, die einen Platz unter den besten Zehn der Welt erreicht hat, nach ihrem Ausscheiden gegen Steffi Graf im Viertelfinale.

Das Interview mit der noch immer stärksten deutschen Spielerin (trotz ihrer Niederlage gegen Steffi Graf) zeigt auf, daß es zwischen dem Verband und den Aktiven allzuoft Mißverständnisse gibt, die dazu führen, daß sich abwechselnd beide Seiten ungerecht und schlecht behandelt fühlen.

WELT: Filderstadt war das erste Turnier für Sie seit den Offenen Meisterschaften der USA, Ende August in Flushing Meadow. Ist die sechswöchige Pause nicht zu lange gewesen?

Kohde: Einmal im Jahr muß eine lange Pause sein. Das Hauptgewicht in der Saison liegt auf den drei Grand-Slam-Turnieren Wimbledon, Paris und den US-Open. Schon alleine deswegen ist eine Erholungsphase notwendig, besonders nach

den knüppelhaften Zementböden, auf denen in den USA gespielt wird.

WELT: Wie haben Sie die Pause genutzt?

Kohde: Zum Abschalten vom Tennis habe ich drei Wochen keinen Schläger in die Hand genommen. In dieser Zeit war ich in meiner Wohnung in Monte Carlo und habe die Annehmlichkeiten der Côte d'Azur genossen. Einmal jedoch hat mich Michael Schanze zu einem Jux-Einzel überredet. Auch so etwas gehört zur Erholung.

WELT: Hat er Sie auch ins Casino gezogen?

Kohde: Ich liebe das Risiko und besuche deshalb von Zeit zu Zeit die Spielplätze recht gerne. Mein Einsatz beläuft sich jedoch immer nur auf höchstens 100 Mark. Denn letztendlich verdiene ich mein Geld zu hart, um es leichtfertig beim Spielen wieder auszugeben.

WELT: Wie haben Sie sich auf die jetzt beginnende europäische Turnierserie vorbereitet?

Kohde: Ich habe in den letzten Wochen mit dem Verbandstrainer des Saarländischen Tennis-Bundes, Eduard Samuel, hart gearbeitet. Die letzten fünf Tage trainierte auch Bettina Bunge mit, die überraschend aus Los Angeles nach Saarbrücken kam.

WELT: Wie sieht denn ein Trainingstag bei Ihnen aus?

Kohde: Ich arbeite morgens zwei Stunden an meiner Technik und nachmittags spiele ich ein Match gegen verschiedene Regional-Spieler. Fast täglich kommt dann noch mindestens eine Stunde Konditionstraining mit Schwerpunkt auf Beweglichkeit und Schnelligkeit hinzu.

WELT: Wer betreut Sie denn bei den Turnieren?

Kohde: Im persönlichen Bereich bin ich zufrieden, wenn jemand aus der Familie dabei ist. Das ist besonders wichtig bei Niederlagen, wenn man jemanden hat, der zu mir hält und mich wieder aufrichtet. Mein Vater

und meine Mutter wechseln sich dabei regelmäßig ab. Im Tennis-Bereich bin ich sehr froh, wenn ein guter Trainer, sprich Fachmann, dabei ist. In Filderstadt hatte ich das Glück, daß Eduard Samuel vom Verband eine Woche freigestellt worden ist und mich betreuen konnte.

WELT: Vermissten Sie nicht einen Coach, der ständig mit Ihnen herumreist, so wie es bei zahlreichen Spielerinnen der Weltklasse ist?

Kohde: Das wäre für mich nicht gut. Ich kann nicht das ganze Jahr mit einem Trainer arbeiten, dazu bin ich zu sehr Individualist. Ideal wäre es, wenn ein Trainer die Hälfte der Turniere dabei wäre, und ich auf den verbleibenden Veranstaltungen alleine auf mich angewiesen bin. Bei den Grand-Slam-Turnieren allerdings wünsche ich mir schließlich eine optimale Betreuung durch einen guten Trainer.

WELT: Wie sah denn zum Beispiel Ihre Betreuung bei den US-Open aus?

Kohde: In New York war ich mit meinem Vater, aber ohne Trainer. Das gab mir Anlaß, die Französinen, Engländerinnen, Schwedinnen und zahlreiche andere zu beneiden, die jeweils von gesamten Trainer-teams betreut und eingestellt worden sind. Es macht mich nachdenklich, daß ausgerechnet der größte Tennis-Verband der Welt bei dem größten Turnier der Welt durch keinen Trainer vertreten wurde.

WELT: Wie ist eigentlich heute Ihr Verhältnis zum Deutschen Tennis-Bund, nachdem es ja im Sommer einige Unstimmigkeiten mit dem Verband gab?

Kohde: Ich habe sozusagen überhaupt kein Verhältnis zum Verband, weil ich scheinbar Luft für ihn bin. Dabei bin ich eine leidenschaftliche Mannschaftsspielerin und habe immer sehr gerne in allen Auswahlmannschaften des DTB gespielt, von

der Bambino-Mannschaft bis hin zum Federation-Cup. Was die Unstimmigkeiten anbelangt, so bin ich sehr enttäuscht, daß der DTB die Gründe, warum ich keinen Federation-Cup spielte, falsch dargestellt hat. Ganz kurz, der Sportdirektor Günter Sanders hat mir und meinem Vater unmißverständlich zu verstehen gegeben, daß ich mit dem von mir benutzten Schläger (Wilson), die Firma gehört nicht dem DTB-Pool an; (die Redaktion) nicht für den DTB starten kann. Und zweitens, seit 1980 wurde das von den Sponsoren ausgeschriebene Preisgeld für den Federation-Cup unter den Spielerinnen aufgeteilt. Dazu zahlte der DTB-Pool jeweils ein Startgeld und Siegesprämie. In diesem Jahr sollte das Preisgeld des Sponsors nicht an die Spielerinnen, sondern an den DTB zur Abdeckung finanzieller Lücken im Sportbereich des Verbandes gehen. Das war für mich nicht annehmbar. Ich nehme es daher der Sportführung des DTB übel, daß man in der Öffentlichkeit mein Nichtantreten entgegen der Wahrheit mit überhöhten finanziellen Forderungen begründet hat. Ich auf jedenfall hatte dem DTB mitgeteilt, daß ich zu den finanziellen Bedingungen spielen würde, die mir der Verband bereits im Vorjahr angeboten hat.

WELT: Bedeutet dies, daß Claudia Kohde auch in Zukunft nicht mehr für den DTB startet?

Kohde: Nein. Ich spiele viel zu gerne für Deutschland. Ich warte jedoch auf ein Angebot, dies soll nicht finanzieller Art sein. Der DTB muß jedoch das Schlägerproblem lösen, und darüber hinaus wünsche ich mir eine umfassende Betreuung bei den Grand-Slam-Turnieren. Denn letztendlich wird das Image des deutschen Tennis-Sports durch Erfolge deutscher Spieler auf diesen Turnieren am stärksten geprägt.

HOCKEY / Gute Leistungen zum 60. Geburtstag des Weltverbandes

Michael Peters letzter großer Sieg

sid/dpa, Brüssel

In seinem letzten Länderspiel feierte Hockey-Nationalspieler Michael Peters einen letzten großen Sieg. Mit 4:3 bezwang die deutsche Mannschaft Olympiasieger Pakistan und revanchierte sich damit für die 1:2-Niederlage im olympischen Endspiel.

Carsten Fischer (16. Minute), Volker Fried (27.) sowie der erst in der 50. Minute eingewechselte Kölner Joachim Hüter (61. und 68.) erzielten die Tore. Das Spiel litt stark unter den äußeren Bedingungen: Dauerregen machte den Kunstrasen fast unspielbar, viele Aktionen wurden ausschließlich vom Zufall bestimmt. Vor diesem Hintergrund wollte Bundestrainer Klaus Kleiter das Ergebnis nicht überbewerten: „Der Erfolg freut mich zwar, aber abgerechnet wurde schon in Los Angeles und dort haben wir nun mal verloren.“ Ähnlich äußerte sich auch Uschi

Keimer, die Betreuerin der deutschen Frauen-Mannschaft, die unmittelbar zuvor ein 1:1-Unentschieden gegen Olympiasieger Holland erreicht hatte: „Unser Ehrgeiz, gut auszusehen, war sicherlich größer als der bei den Holländerinnen, die ja nun schon alles gewonnen haben.“

Die Möglichkeit für diese sogenannte Olympia-Revanche bot sich den deutschen Mannschaften aus Anlaß der Feierlichkeiten zum 60-jährigen Bestehen des Welthockey-Verbandes (FIEH) in Brüssel.

Nach einer langen Saison verabschiedeten sich in den letzten Länderspielen des Jahres gleich acht Nationalspieler. Als einziger Mann beendet der 36-jährige Heidelberger Michael Peters seine internationale Laufbahn. In 16 Jahren bestritt er 261 Länderspiele und erlebte seinen sportli-

chen Höhepunkt 1972 mit dem Gewinn der olympischen Goldmedaille.

Vor einem Neuaufbau steht die Frauen-Nationalmannschaft, aus der sich jetzt sieben Spielerinnen zurückziehen. Die Berliner Spielmachern Christina Moser wird ihre Entscheidung erst in einigen Tagen fällen. Folgende Spielerinnen jedoch bestritten in Brüssel ihr letztes Länderspiel: Elke Drüll (Neuss), Birgit Hahn (München), Andrea Lietz-Weiermann, Corinna Lingau (beide Leverkusen), Martina Koch, Siegfried Landgraf (beide Hanau) und die Kölner Rekord-Nationalspielerin Birgit Hagen, die in ihrem 145. Länderspiel das Tor für die deutsche Mannschaft erzielte.

Während des FIEH-Kongresses in Brüssel wurde der Präsident des Deutschen Hockey-Bundes Jürg Schaefer (Frankfurt) zu einem der zehn Vizepräsidenten des Weltverbandes gewählt.

Willkommen bei SHARP in Köln: Kommunikations-Elektronik total.

25.-30. Oktober

ORGATECHNIK KÖLN
5. INTERNATIONALE MESSE

Halle 11, Gang B/C + C/D, Stand Nr. 20/19
täglich geöffnet von 9-18 Uhr.

Mannschaft freut sich darauf, Sie als Gast zu haben.
SHARP – Ihr Partner für Kommunikations-Elektronik.
Herzlich willkommen in Köln!

Die große Palette der Kommunikations-Elektronik auf einem Stand. Von Consumer-Produkten über Büro-Konzepte bis hin zu komplexen und innovativen Systemen. Alles aus einer Hand.

SCHREIBEN

Vom portablen Speicherdrucker über die Büroschreibmaschine bis zum Bildschirmsystem

TEXT- UND DATEN-VERARBEITUNG

Personal-Computer und Büro-Computer mit großer Peripherie

KOPIEREN

Jedermann-Kopierer und kompakte, automatische Kopiersysteme

RECHNEN

Umfassendes Angebot vom Solar-Rechner bis zum Portable-Computer

PROGRAMMIEREN UND LERNEN

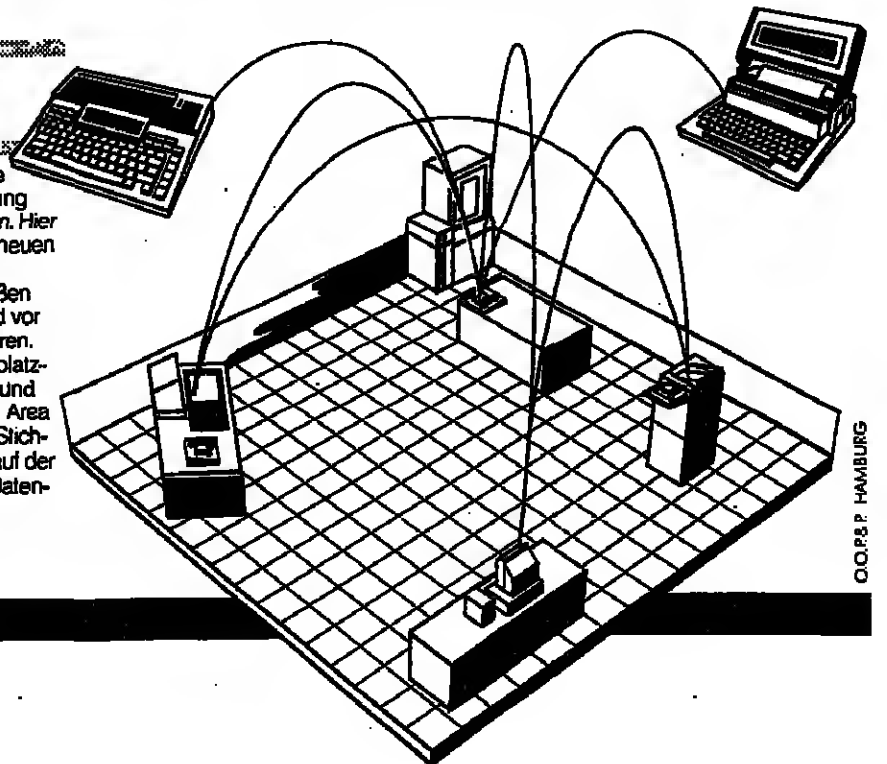
Home-Computer und Software

KASSIEREN

Kompakte, elektronische Registrierkassen und komplexe Abrechnungssysteme mit Hintergrundverarbeitung

KOMMUNIKATION MIT SYSTEM

Im betrieblichen Bereich heute Forderung Nr. 1: Die Verknüpfung von Kommunikationssystemen. Hier liegt die Chance, mit Hilfe der neuen Techniken innerhalb des Unternehmens wie auch draußen schneller, kostengünstiger und vor allem sicherer zu kommunizieren. Mobile Datenerfassung, Mehrplatz-Systeme, Telekommunikation und Netzwerk SLAN (SHARP Local Area Network) sind hier nur einige Stichworte, unter denen wir Ihnen auf der Orgatechnik neue Wege zur Datenübermittlung zeigen.



SHARP
Durch Nachdenken vorn.

SHARP ELECTRONICS (EUROPE) GMBH, Sonninstraße 3, 2000 Hamburg 1, Tel. 040/23 775-0

FUSSBALL / Die Krisenstimmung beim Hamburger SV wächst. In Dortmund droht Timo Konietzka und Tippenhauer die Entlassung

Die Statistik des neunten Spieltages

ERGEBNISSE

München - Frankfurt	4:2 (3:0)
Dortmund - Karlsruhe	0:2 (0:0)
Köln - Düsseldorf	4:2 (1:1)
Bremen - Hamburg	5:2 (1:1)
Bielefeld - M'gladbach	3:2 (1:1)
Stuttgart - Mannheim	3:0 (1:0)
Braunschweig - Bochum	1:3 (1:1)
K'lauren - Leverkusen	3:3 (1:2)
Uerdingen - Schalke	1:1 (1:0)

DIE SPIELE

München - Frankfurt 4:2 (3:0)
München: Aumann - Augenthaler - Dürberger, Eder - Dremmler, Mathias, Lerby (82. Martin), Nachreiter, Willner - Rummenigge (74. Roedel), Wohlfarth - Frankfurt: Pahl - Kroth, Sievers (82. Toboalla), Kötter - Trüben, Kraus, Berthold, Mohr, Falkenmayer, Müller, Svensson. - Tore: 1:0 Wohlfarth (9.), 2:0 Rummenigge (36.), 3:0 Wohlfarth (42.), 3:1 Berthold (48.), 4:1 Mathias (82.), 4:2 Kroth (86.).

Bielefeld - M'gladbach 3:2 (1:1)
Bielefeld: Kneib - Wolbers - Schlier, Eupke, Bischer - Pohl, Foda, Borchers, Kautmann (51. Pater) - Reich, Westerwinter (77. Butz), M'gladbach: Sude - Brun - Frontzsch, Borowka, Harber (74. Hannes) - Kraus, Drehsen, Rahn, Lienen - Mill (67. Harloven), Crens - Tore: 1:0 Borchers (30.), 1:1 Brun (32.), 1:2 Kraus (47.), 2:2 Reich (54.), 2:3 Lienen (82.), 3:2 Reich (85.).

Braunschweig - Bochum 1:3 (1:1)
Braunschweig: Jost - Pahl (57. Ertmann) - Geiger, Bruns, Schriebe, Triphaccher, Gorki, Hintermaier (57. Berg), Lux - Flage, Worm - Bochum: Zundick - Tenhagen - Böninghausen, Knöwe, Lamsack - Kien (45. Pickenhauer, 67. Kress, 70. Oewald, Schulz - Kuntz, Fischer. - Tore: 1:0 Geiger (28.), 1:1 Fischer (35.), 1:2 Kuntz (48.), 1:3 Tenhagen (81.).

Bremen - Hamburg 5:2 (1:1)
Bremen: Burdinski - Pessier - Okudera, Kutzop, Otten - Sidska, Möhlmann, Meier - Reinders (48. Hermann), Neubarth, Völler - Hamburg: Stein - Jakobs - Kitz, Hofmeister, Wehmeyer - Soler, Schuhmann, Magath, Rolf - von Heesen, McGhee. - Tore: 0:1 von Heesen (43.), 1:1 Reinders (45.), 2:1 Völler (54.), 3:1 Neubarth (65.), 4:1 Meier (68.), 5:1 Völler (83.), 5:2 Kitz (88.).

Dortmund - Karlsruhe 0:2 (0:0)
Dortmund: Immel - Rißmann - Egli, Stock - Zorc, Anderbrügge, Pagelsdorf (65. Wegmann), Schäfer, Bittcher (46. Simmes) - Dreßel, Klotz - Karlsruhe: Fuhr - Theiss - Roth, Boysen - Löw, Klein, Dittus, Becker, Natus - Günther, Künast. - Tore: 0:1 Günther (47.), 0:2 Löw (68.).

K'lauren - Leverkusen 3:3 (1:2)
K'lauren: Ehrmann - Bold - Moser, Dusek - Melzer, Geyer, Brehme - Trunk, Hubner, Alofs (72. Mohr), Kitz-

mann (84. Eilenfeldt). - Leverkusen: Vollborn - Hörster - Geschlecht, Bast, Reinhardt, Gelsdorf - Röber, Winkhofer - Schreier (84. Wojtowicz), Waas, Cha - Tore: 1:0 Bold (3.), 1:1 Röber (18.), 1:2 Waas (33.), 1:3 Röber (62.), 2:3 Geyer (63.), 3:3 Dusek (74.).

Köln - Düsseldorf 4:2 (1:1)
Köln: Schumacher - Strack - Hünerbach, Steiner - Geils, Lehnhoff (68. Hartmann), Hartwig, Bein, Egeles - Litzbarck, Alofs. - Düsseldorf: Greiner - Zewe - Bunte (54. Kucinski), Löhr - Bockefeld, Bommer, Fach, Dusek (46. Thiele), Weid - Edvaldsen, Holmquist. - Tore: 0:1 Holmquist (28.), 1:1 Alofs (33.), 2:1 Bein (51.), 3:1 Litzbarck (56.), 4:1 Alofs (71.), 4:2 Hartwig (80. Eigentor).

Stuttgart - Mannheim 3:0 (1:0)
Stuttgart: Roloder - Makan - Schäfer, K.-H. Förster - B. Förster, Niedermayer, Kempe, Allgöwer, Müller - Claessen (78. Reichert), Kinsmann. - Mannheim: Pradt - Sebert - Tsionanis, Schlundwein, Dieckmeyer, Scholz, Heil, Schön, Heck (58. Rombach), Böhner, Remark (58. Walter). - Tore: 1:0 Kinsmann (34.), 2:0 Kinsmann (67.), 3:0 Reichert (88.).

Uerdingen - Schalke 1:1 (1:0)
Uerdingen: Volland - Herget - Wöhrlin, Brinkmann (67. Thomas), van de Loo - Ellinger, W. Funkel, F. Funkel, Raschid - Schiffer, Gudmundsson (71. Felzer). - Schalke: Jungmann - Dietz - Kleppinger, Schipper, Jakobs, Dierßen, Optiz (85. Kruse), Mennering (88. Bergel), Tison - Schatzschneider, Tübbert. - Tore: 1:0 Gudmundsson (30.), 1:1 Dierßen (78.).

erdgas IST EINE SAUBERE SACHE.

VORSCHAU

Freitag, 28. Oktober, 20 Uhr:
Karlsruhe - K'lauren (2:3)
Bochum - Bielefeld (2:1)
Samstag, 27. Oktober, 15.30 Uhr:
Hamburg - Uerdingen (2:2)
Düsseldorf - Stuttgart (3:0)
Leverkusen - Braunschweig (3:1)
M'gladbach - Bremen (3:0)
Schalke - München (3:1)
Frankfurt - Köln (0:2)
Mannheim - Dortmund (4:1)

Ernst Happel verzichtete sogar aufs Kartenspiel

WOLFGANG HERBST, Hamburg

17 Stunden nach der 2-5-Katastrophe des Hamburger SV gegen den SV Werder Bremen vor 35 100 Zuschauern: Die Spieler aus Hamburg gehen ihrer Trainingsarbeit nach als sei nichts geschehen. Auffallend nur, daß sich Trainer Ernst Happel um die jüngeren Spieler Hofmeister, Steffen und Schuhmacher kümmert. Denn er braucht sie am Mittwoch im UEFA-Cup-Hinspiel gegen ZSKA Sofia. Wehmeyer ist nach zwei gelben Karten gesperrt, der Einsatz der verletzten Schröder und Milewski ist nach wie vor fraglich.

Wenn überhaupt bei Ernst Happel ein Zustand der Erregung nach der schlimmsten HSV-Niederlage der letzten Jahre - am 28. März 1981 gab es in Dortmund gleich ein 2-6 - nach dem Spiel in Bremen zu registrieren war, dann unmittelbar nach der Abfahrt des Mannschaftsbusses vom Weser-Stadion. Der Hamburger Trainer wirkte überbracht und verzichtete erst einmal auf die schon traditionelle Karten-Partie mit Zeigwart Emil Thomschke. Was schon etwas heißen will.

Den Grund für Happels große Verärgerung hatte die Mannschaft geliefert. Was den Wiener besonders getroffen hat, war die Tatsache, daß das 2:5 von Bremen kein einmaliger Ausreißer gewesen war. Schon in Braunschweig vor zwei Wochen hatte die HSV-Elf nach einem 1:2-Rückstand so undiscipliniert gespielt, daß es statt der 1:3-Niederlage auch ein 1:6 beim Tabellenletzten hätte geben können.

Braunschweigs Kapitän Ronnie Worm hatte sich damals gewundert: „Die Hamburger haben sich ja gar nicht mehr richtig gewehrt.“ Und HSV-Torhüter Uli Stein, der morgen 30 wird: „Es ist schlimm, hinter einer solchen Abwehr zu stehen.“ In Bremen aber sagte Stein nichts mehr. Vermutlich deshalb, weil er bei zwei Treffern Wehmeyer nicht gerade unschuldig war. „Heute hält er ja wenigstens seine große Klappe“, bemerkte dazu ein Mitspieler.

Da hat Spielmacher Felix Magath schon ganz andere Sorgen. Mit der Leistung ist es im Augenblick nicht zum Besten bestellt, und eine Kolumne vom Vereinskollegen Willi Schulz wird seine empfindsame Seele treffen haben. „Magath ist als Regisseur

nervlich zu labil und zu wenig Egoist.“

Unabhängig davon macht die gesamte HSV-Mannschaft den Eindruck, als habe sie abgewirtschaftet, als sei sie überaltert und als habe sie die Regenerationsphase verpaßt. Tatsache ist, trotz aller großen Erfolge mit drei Meisterschaften und drei zweiten Bundesligaplätzen in den letzten sechs Jahren, daß in der Happel-Ära keine erheblichen Verstärkungen gefunden worden sind. War der Fehleinkauf des Jugoslawen Borisa Djordjevic, vom damaligen Assistenten Ristic empfohlen, schon ein großes Ärgernis, so wurde der Fortgang von Horst Hrubesch nach Lüttich weder von Dieter Schatzschneider noch von Wolfram Wuttke aufgefangen. Schatzschneider ist inzwischen in Schalke, Wuttke ist immer noch kein Stammspieler. Er wird morgen an einer Knochenabsplittierung im Zeh operiert.

Fast drei Millionen Mark hat dieses Trio gekostet. Zu wenig für einen Maradona sicherlich. Aber genug für eine Sturmfront, damit der Schotte Mark McGhee endgültig unterstützt wird. So sind fünf Tore von von Heesen bisher die einzige positive Bilanz im Angriff.

Und wer den HSV-Nachwuchs, nicht unter 20 versteht sich, betrachtet, muß sich fragen: „Wer hat die Jungen eigentlich getestet?“ Von Bundesligatauglichkeit kaum eine Spur. Und weil in der Nachwuchsförderung jahrelang viel zu wenig getan wurde, hat der HSV inzwischen mehr als einen kritischen Punkt erreicht. Weil Versäumtes nicht mehr kaschiert werden kann. Es ist wirklich kein Kunststück mehr, die einst so dominierende Bundesliga-Spitzenmannschaft zu zerlegen. Siehe Bremen.

Die Frage nach der Verpflichtung neuer Spieler, beantwortete Manager Günter Netzer gestern in einem Interview mit dem „Sport-Informationen-Dienst“ (sid) so: „Das ist kein Thema. Neue Spieler werden erst unter Vertrag genommen, wenn ich selbst auflaufen muß. Durch die Verletzungsreihe müssen wir durch. Finanziell können wir uns Neuverpflichtungen überhaupt nicht erlauben. Außerdem müssen die jungen Spieler ihre Chancen zur Bewährung bekommen.“

Immel denkt an einen neuen Klub: „Ich halte Augen und Ohren offen“

Von ULRICH DOST

„Mein Gott“, sagte Dortmunds Torwart Elke Immel (23) gestern morgen am Telefon. „Ich rede schon in der Vergangenheitsform, als sei unser Trainer schon entlassen oder beurlaubt.“ Es war schon verständlich, daß Immel das Kapitel Timo Konietzka (46) nach dem blamablen 0:2 gegen Aufsteiger Karlsruhe schon so gut wie abgeschlossen hatte. Den ganzen Tag über debattierte das Dortmunder Präsidium gestern mit Präsident Frank Roring (48), Vizepräsident Friedhelm Cramer (53) und Schatzmeister Hans Glahn (47) sowie mit Trainer Konietzka und Manager Hans-Dieter Tippenhauer (40), um einen Ausweg aus der Misere zu finden (Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe war noch keine Entscheidung gefallen).

„Wer im Stadion war und sah, was sich dort abspielte“, meinte Elke Immel, „der kann nicht glauben, daß es noch die Basis für eine erfolgversprechende Zusammenarbeit gibt.“ Die Dortmunder Fans haben einen Veitstanz aufgeführt, wie ihn der Klub in seiner 75 Jahre alten Geschichte noch nie erlebt hat. „Vorstand, Trainer, Tippenhauer raus“, riefen die Fans, als die Niederlage feststand. Dann wurden sie zynisch und sangen abwechselnd: „So ein Tag, so wunderschön wie heute“, oder „Timo, du darfst nicht gehen“, und „Timo, wir danken dir.“ Dann wurden sie hässlich, pöfien bei jeder Ballberührung eines Dortmunder Spielers und feuerten lauthals die Karlsruher Mannschaft an. Nach dem Spiel traten sie auf dem Weg zum Presserum in einen Sitzstreik. Konietzka und Tippenhauer erreichten nur unter Mühen und Umwegen sowie den Schutz der Polizei die Pressekonferenz.

Von sich aus werde er nicht zurücktreten, hat Konietzka gesagt, aber er weiß, wie es um ihn steht. Zum ersten Mal kam ihm vor zwei Wochen der Gedanke, doch freiwillig den Platz frei zu machen. Konietzka war verärgert und enttäuscht. Das saß besonders tief, weil ihm die Entlassung von seinem Freund Tippenhauer zugefügt wurde. Zu einem Zeitpunkt nämlich, als der Klub schon in die Krise schlidderte, hatte Tippenhauer nichts besseres zu tun, als eine Woche Urlaub im Schwarzwald zu machen. Seitdem ist das Verhältnis der beiden merkwürdig angekühlt. Als „unschlagbare Zwillinge“ waren sie aus der Provinz von Bayer 05 Uerdingen in die Großstadt Dortmund gekommen, für Tippenhauer soll sogar eine Ablösumme von 100 000 Mark gezahlt worden sein.

Schon am Samstagabend hörte sich das, was Konietzka sagte, sehr nach Abschied an. „Das geht unter die Haut. Was ich jetzt erlebe, ist die größte Enttäuschung und die größte Lehre meiner Laufbahn. Nach dem schwachen Saisonstart haben wir uns nicht gefangen und sind verunsichert. Ich selbst kam mir nur vorwerfen, daß wir nicht genug gepunktet haben. Wenn die Fans bei vier Punkten aus neun Spielen verbittert sind, verstehe ich das. Und daß man in solchen Fällen auf den Trainer losgeht, ist normal.“

Konkrete Fehler sind dem Trainer,



Zahlen, Fakten, Hintergründe

der in der letzten Saison auf Uerdingen in der Bundesliga für Aufsehen gesorgt hatte, tatsächlich nicht nachzuweisen. Nur viele kleine Mosaiksteinchen zusammengesetzt, ergeben eben auch ein ganzes Bild. Konietzka trainierte zum Beispiel schon morgens um neun Uhr, damit die Spieler nicht zu lange in den Betten lagen. Nur, er hatte nicht berücksichtigt, daß sich die meisten nach dem Training wieder hinlegten. Er hat die Spieler Lothar Huber (32), Ulrich Bittcher (27) oder Werner Dreßel (26) vergrault und sie dann doch (bis auf Huber) wiedergebott. Vorgehalten wird ihm, er sei auf der Bank zu ruhig, er müßte mehr Einfluss nehmen,



Ein Bild des Jammers und der Verzweiflung auf der Trainerbank: Konietzka, Tippenhauer, Assistent Sefig (von links). FOTO: GEBE

die Spieler während des Spiels auch einmal anrühren. Alles was bei Uerdingen wegen des Erfolges richtig war, ist in Dortmund plötzlich falsch, weil die Siege ausbleiben.

Hätten alle Dortmunder Spieler die Form des Torwarts Elke Immel, dann müßte der Klub eigentlich ganz weit oben stehen. Sofern dies überhaupt geht: Immel hat in dieser Saison ein noch größeres Debakel verhindert. Die WELT sprach mit dem viermaligen Nationalspieler über die Situation in Dortmund.

WELT: Vor der Saison waren die Ziele in Dortmund hoch angesetzt. Vom UEFA-Pokal war die Rede, nun geht es aber darum, den Abstieg zu vermeiden.

Immel: Für mich kann ich heute schon sagen: Diese Saison ist wieder verkorkst. Da brauchen wir nicht drumherum zu reden. Nach oben

kommen, wir nicht mehr. Jetzt heißt es nur noch, nicht abzustiegen.

WELT: Ein neuer Trainer, ein neuer Manager und die drei neuen Spieler Andre Egli (26), Frank Pagelsdorf (26) und Wolfgang Schäfer (26) - hat sich der Verein und die Mannschaft blenden lassen?

Immel: Ganz offensichtlich. Ich selbst habe auch gedacht, diesmal müßten wir oben mitspielen. Doch heute kann ich nur sagen: Die Qualität der Mannschaft wurde einfach überschätzt. Mit dem Spielmaterial ist nicht mehr möglich, trotz der Neuerwerbungen sind wir nicht besser als im letzten Jahr. Wir denken immer nur, wir seien besser, als wir spielen.

WELT: Dafür ist doch aber der Trainer verantwortlich. Hat er Fehler gemacht?

Immel: Das will ich nicht einmal sagen. Er kennt doch das Geschäft. Unser Trainer tut mir sogar leid. Unsere spielerischen Möglichkeiten sind eben nicht allzu groß.

WELT: Sie sind seit Wochen in Form. Diese Ergebnisse aber müssen für Sie doch furchtbar frustierend sein.

Immel: Kurioserweise bin ich in dieser schwachen Mannschaft derzeit tatsächlich in toller Form. Doch wie lange noch? Das hält niemand lange durch. Irgendwann mache ich einen

Fehler und dann fange ich auch an zu grübeln wie die anderen, denen das Erfolgsverhältnis und daher auch das Selbstvertrauen fehlt.

WELT: Haben Sie schon einmal daran gedacht, den Klub zu verlassen?

Immel: In der letzten Zeit habe ich sogar häufiger mit diesem Gedanken gespielt. Ich halte jedenfalls Augen und Ohren offen. Zum Saisonende läuft mein Vertrag ohnehin aus. Ich will schon zu einem Spitzenklub. In Dortmund passiert mir zu wenig. Ich will nicht 15 Jahre in der Bundesliga spielen, ohne einen Titel gewonnen zu haben. Und außerdem: Stünde ich in München oder Stuttgart im Tor, dann wäre ich längst schon wieder im Kader der Nationalmannschaft. Außerdem rechne ich damit, daß der Klub wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage zwei, drei Spieler verkaufen muß. Da wäre ich bestimmt dabei.

Klaus Allofs baut seinen Vorsprung weiter aus

	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.	14.	15.	16.	17.	18.
München	9	8	0	1	23:9	16:2	12:6	8:2	11:5	8:0								
M'gladbach	9	4	3	2	29:18	11:7	20:7	7:1	9:11	4:6								
Bremen	9	4	5	2	25:18	11:7	16:8	8:2	9:10	5:5								
K'lauren	8	5	4	1	16:12	10:6	12:7	8:2	4:5	2:4								
Leverkusen	9	5	4	2	18:16	10:8	13:8	7:1	5:8	5:7								
Hamburg	9	3	4	2	15:14	18:8	9:4	6:2	6:10	4:6								
Frankfurt	9	5	4	2	19:20	10:8	9:5	7:1	10:17	3:7								
Mannheim	8	5	5	2	9:10	9:7	5:2	4:2	6:8	5:5								
Stuttgart	9	4	1	4	24:15	9:9	15:7	6:4	11:8	5:5								
Uerdingen	9	4	1	4	20:16	9:9	12:9	7:5	8:7	2:6								
Karlsruhe	9	2	5	2	16:18	9:9	7:6	5:5	9:12	4:6								
Köln	8	3	2	3	18:19	8:8	15:10	6:4	5:9	2:4								
Bochum	8	2	4	2	15:14	8:8	5:5	5:5	10:11	5:5								
Schalke	9	2	4	5	17:18	8:10	10:8	5:5	7:10	3:7								
Düsseldorf	9	2	2	5	18:24	6:12	9:7	5:3	9:17	1:9								
Bielefeld	9	1	4	4	10:23	6:12	9:15	4:6	1:8	2:6								
Dortmund	9	2	0	7	10:19	4:14	8:8	4:6	2:11	0:8								
Braunschweig	9	2	0	7	14:31	4:14	10:8	4:6	4:23	0:8								

● Klaus Allofs hat seine Position als erfolgreichster Torschütze ausgebaut. Nach seinen beiden Toren beim 4:2 der Kölner über Düsseldorf führt er in der Torschützenliste mit drei Treffern Vorsprung vor Fischer, seinem Bruder Thomas, Röber, Täuber und Allgöwer, die alle sieben Treffer auf dem Konto haben. - Die 42 Tore des neunten Spieltages bedeuten Saisonrekord. Die Gesamtzahl von 314 Toren liegt deutlich über der des Vorjahres zum gleichen Zeitpunkt (296), obwohl immer noch zwei Spiele nachgeholt werden müssen. Der Kölner Uwe Bein erzielte den 300. Treffer der Saison.

● Eintracht Braunschweig erlitt beim 1:3 gegen den VfL Bochum die 250. Niederlage in der Bundesliga. Borussia Dortmund kassierte schon die dritte Heimgeniederlage dieser Saison. Zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres lag Eintracht Frankfurt auf dem letzten Tabellenplatz, hatte aber bereits einen Punkt mehr auf dem Konto als die beiden Kellerkinder Braunschweig und Dortmund. - Den besten Besuch am neunten Spieltag hatte Bayern München (36 000). Mit 201 000 verkauften Karten für fünf Heimspiele führen die Münchner auch souverän in der Zuschauer-Tabelle (vor dem VfB Stuttgart).

In dieser Woche:

■ Der Fall Barzel - ein Fall Kohl? ■ SPIEGEL-Umfrage zur politischen Lage: Der Abstand zwischen Koalition und Opposition ist von 12 auf 3 Prozent geschrumpft ■ Tempo 250 für die Bundesbahn: Lohnt sich der Rekordaufwand für teure Trassen und schnelle Züge? ■ Prozeß-Lawine gegen Staat und Industrie: Waldbesitzer fordern Entschädigungen in Milliardenhöhe.



Affäre Barzel

VfB STUTTGART / Jürgen Klinsmann, Nico Claesen und Peter Reichert

Der gescheite Trainer Benthous und das Problem mit seinen Torjägern

MARTIN HÄGELE, Stuttgart

Die Sieger kamen leise. Kein Triumphzug. „Was soll ich erzählen“, fragte Jürgen Klinsmann die Reporter, die ihn in die Mitte geschoben hatten, „was soll ich sagen, ich bin halt zufrieden, daß ich das Tor wieder getroffen habe.“

Die Problematik eines jungen Mannes, der den VfB Stuttgart viel Geld gekostet hat, und von dem die Zuschauer viel erwarten. Wenn ich ein Tor schieße, bin ich zufrieden, wenn nicht, bist du down“, sagt er und zuckt mit den Schultern.

Nach dem letzten Spiel, da war Klinsmann down. Gegen Borussia Dortmund hatte er die besten aller Chancen verpasst. Das Publikum hatte den Bundesliganeuling gnadenlos ausgepöbeln. Diesmal, nach seinen beiden Toren gegen Waldhof Mannheim, lief er eine Ehrenrunde, genoss kneidend die Ovationen der Fans. Vergessen war das Versagen von gestern.

„Wenn ich auf die öffentliche Meinung gehört hätte, dann hätte ich den Jürgen Klinsmann gar nicht bringen dürfen“, erklärte Trainer Benthous. Der neue Stürmer vom Lokalklub aus der zweiten Liga gilt als Liebling des Trainers. Und auch Nico Claesen, vor der Saison für 1,1 Millionen Mark als belgischer Torschützenkönig nach Stuttgart geholt, hat bei Benthous offensichtlich einen ganz großen Stein im Brett.

Claesen hatte am Samstag einen ganz schwarzen Tag erwischt, vergab glasklare Möglichkeiten. Trotzdem dauerte es bis zur 78. Minute, ehe Benthous den belgischen Mittelstürmer durch Peter Reichert ersetzte.

Reichert wurde vom Publikum mit großem Beifall begrüßt und nach seinem Treffer zum 3:0 stürmisch gefeiert. Der Torschützenkönig des Meistersjahres besitzt beim VfB nach wie vor riesigen Kredit, auch wenn ihn Benthous überhaupt nicht mag. In Leserbriefen in der Lokalpresse hatten sich Anhänger für ihn stark gemacht, und Reichert hatte bis zum Samstag morgen gehofft, endlich wieder einmal von Anfang an dabei zu sein. Vor allem, nachdem sein Konkurrent auf dem Rasen, Jürgen Klinsmann, in einer Krise zu stecken schien.

Reichert's Tor war wie Salbe auf eine brennende Wunde. Doch den Triumph über den Trainer, der ihn nicht mag, konnte er sich auch nicht sofort von der Seele reden. Immerhin hatte ihm ein Interview in den „Stuttgarter Nachrichten“ („Der Trainer redet überhaupt nicht mit mir“) vor ein paar Wochen schon eine Abmahnung durch den Verein eingebracht.

„Ich kann nicht verstehen, daß ich nicht nominiert werde“, sagt er, „und die Rolle des Jokers ist die aller-schlimmste, die es gibt.“ Und obwohl er nun wirklich bewiesen hat, daß er zu mehr taugt als nur zum Ersatz-

mann, verdrängt er vorerst noch die Hoffnung auf bessere Zeiten. Nein, er glaube nicht, daß er nächste Woche schon mit dem Anpfiff seine Chance bekomme.

Ob er's nicht doch einmal mit einem Gespräch beim Trainer versuchen wolle, rieten ihm ein paar Reporter. „Der redet dich doch unter den Tisch“, schlug Reichert den Rat gleich aus. Aber sie haben doch Abitur? „Das reicht nicht“, kontert Reichert, „der Trainer hat studiert, ist uns allen verbal überlegen.“

Der gescheite Benthous und sein Problem mit den Torjägern. Er besitzt drei, aber zwei haben in seinem System nur Platz. Einer wird sich also immer ungerecht behandelt fühlen. Und deshalb wird es in Stuttgart noch öfters Zank geben.

Präsident Gerhard Mayer-Vorfelder verglich seinen Klub mit einem „Gärtnermeister“, der die „Waldhof-Buben“ mit einer großen scharfen Schere zurechtgestutzt habe. Der Präsident spottete: „Schlappis über-schießenden Triebe wurden zurück-geschnitten.“

Trotz solcher botanischen Fähigkeiten wachsen eben auch in Stuttgart die Büsche noch nicht in den Himmel. Mit 5:1 Punkten aus den letzten fünf Spielen ist zwar ein Aufwärtstrend sichtbar, doch die Verteidigung des Titels ist noch immer kein Thema, in der Vorrunde zumindest auf keinen Fall.

2. Liga

Einem Rückschlag erlitt die Mannschaft von Union Solingen beim 1:3 im Heimspiel gegen Homburg. Die Solinger verpaßten es, die Spitze zu übernehmen.

DIE ERGEBNISSE

Wattenscheid - Kassel	3:2 (1:1)
Aachen - Hertha BSC	3:0 (1:0)
Offenbach - Freiburg	2:1 (0:0)
Ulm - Darmstadt	1:1 (1:0)
Birslach - Stuttgart	2:0 (1:0)
St. Pauli - Nürnberg	2:0 (1:0)
Oberhausen - Hannover	1:1 (1:0)
Saarbrücken - Köln	0:1 (0:0)
BW Berlin - Duisburg	3:0 (1:0)
Solingen - Homburg	1:3 (0:1)

DIE TABELLE

1. Hannover	11	7	2	2	23:16	16:6
2. Wattenscheid	11	7	2	2	18:14	16:6
3. Saarbrücken	11	6	3	2	26:13	15:7
4. Aachen	11	6	3	2	22:12	15:7
5. Solingen	11	7	1	3	22:17	15:7
6. Hertha BSC	11	6	3	2	20:17	14:8
7. Bielefeld	12	8	1	3	22:16	13:11
8. Nürnberg	12	6	1	5	21:18	13:11
9. Offenbach	12	5	3	4	18:16	13:11
10. Kassel	11	4	4	3	21:20	12:12
11. Ulm	12	5	2	5	22:21	12:12
12. Homburg	11	5	1	5	20:16	11:11
13. Köln	11	3	3	5	18:23	8:13
14. Freiburg	11	3	2	6	12:16	6:14
15. Oberhausen	11	3	2	6	17:23	8:14
16. Darmstadt	11	2	4	5	14:21	6:14
17. Stuttgart	11	3	1	7	13:20	7:15
18. St. Pauli	11	3	1	7	15:22	7:15
19. BW Berlin	12	3	1	7	15:27	7:15
20. Duisburg	11	1	3	6	14:27	5:17

DIE VORSCHAU

Freitag, 26. Oktober, 20 Uhr: Duisburg - St. Pauli - Samstag, 27. Oktober, 15 Uhr: Stuttgart - Saarbrücken, Freiburg - BW Berlin, Homburg - Bielefeld - 13.30 Uhr: Hertha BSC - Wattenscheid, Nürnberg - Oberhausen, Hannover - Aachen - Sonntag, 28. Oktober, 15 Uhr: Köln - Offenbach, Darmstadt - Solingen, Kassel - Ulm.

SCHACH / WM

Remis nach 93 Zügen

LUDEK PACHMAN, Bonn

In der bisher längsten Partie der Schach-Weltmeisterschaft rettete Herausforderer Garri Kasparow ein Remis gegen Titelverteidiger Anatoli Karpow. Erst nach 93 Zügen willigte der Weltmeister, der seinen Gegner offenbar etwas verärgern wollte, in das Unentschieden ein, das schon lange zuvor feststanden hatte. Kasparow wählte in dieser 15. Partie eine recht ungewöhnliche Taktik: Er verteidigte sich mit derselben Variante, mit der bisher der Weltmeister selbst erfolgreich war. Falls Kasparow die Methoden seines Gegners studieren wollte, hätte er vielleicht konsequent bleiben und nicht im 12. Zug abbrechen sollen.

Die Notation (Weiß Karpow, Dame: d2-d4, Ld5, Sf3, Lc3, Sg5, Lg4, Lf3, Ld2, Lc1, Lf2, Lg3, Lh4, Lf5, Lg6, Lh7, Lf8, Lg7, Lh8, Lf9, Lg8, Lh9, Lf10, Lg10, Lh11, Lf12, Lg12, Lh13, Lf14, Lg14, Lh15, Lf16, Lg16, Lh17, Lf18, Lg18, Lh19, Lf20, Lg20, Lh21, Lf22, Lg22, Lh23, Lf24, Lg24, Lh25, Lf26, Lg26, Lh27, Lf28, Lg28, Lh29, Lf30, Lg30, Lh31, Lf32, Lg32, Lh33, Lf34, Lg34, Lh35, Lf36, Lg36, Lh37, Lf38, Lg38, Lh39, Lf40, Lg40, Lh41, Lf42, Lg42, Lh43, Lf44, Lg44, Lh45, Lf46, Lg46, Lh47, Lf48, Lg48, Lh49, Lf50, Lg50, Lh51, Lf52, Lg52, Lh53, Lf54, Lg54, Lh55, Lf56, Lg56, Lh57, Lf58, Lg58, Lh59, Lf60, Lg60, Lh61, Lf62, Lg62, Lh63, Lf64, Lg64, Lh65, Lf66, Lg66, Lh67, Lf68, Lg68, Lh69, Lf70, Lg70, Lh71, Lf72, Lg72, Lh73, Lf74, Lg74, Lh75, Lf76, Lg76, Lh77, Lf78, Lg78, Lh79, Lf80, Lg80, Lh81, Lf82, Lg82, Lh83, Lf84, Lg84, Lh85, Lf86, Lg86, Lh87, Lf88, Lg88, Lh89, Lf90, Lg90, Lh91, Lf92, Lg92, Lh93, Lf94, Lg94, Lh95, Lf96, Lg96, Lh97, Lf98, Lg98, Lh99, Lf100, Lg100, Lh101, Lf102, Lg102, Lh103, Lf104, Lg104, Lh105, Lf106, Lg106, Lh107, Lf108, Lg108, Lh109, Lf110, Lg110, Lh111, Lf112, Lg112, Lh113, Lf114, Lg114, Lh115, Lf116, Lg116, Lh117, Lf118, Lg118, Lh119, Lf120, Lg120, Lh121, Lf122, Lg122, Lh123, Lf124, Lg124, Lh125, Lf126, Lg126, Lh127, Lf128, Lg128, Lh129, Lf130, Lg130, Lh131, Lf132, Lg132, Lh133, Lf134, Lg134, Lh135, Lf136, Lg136, Lh137, Lf138, Lg138, Lh139, Lf140, Lg140, Lh141, Lf142, Lg142, Lh143, Lf144, Lg144, Lh145, Lf146, Lg146, Lh147, Lf148, Lg148, Lh149, Lf150, Lg150, Lh151, Lf152, Lg152, Lh153, Lf154, Lg154, Lh155, Lf156, Lg156, Lh157, Lf158, Lg158, Lh159, Lf160, Lg160, Lh161, Lf162, Lg162, Lh163, Lf164, Lg164, Lh165, Lf166, Lg166, Lh167, Lf168, Lg168, Lh169, Lf170, Lg170, Lh171, Lf172, Lg172, Lh173, Lf174, Lg174, Lh175, Lf176, Lg176, Lh177, Lf178, Lg178, Lh179, Lf180, Lg180, Lh181, Lf182, Lg182, Lh183, Lf184, Lg184, Lh185, Lf186, Lg186, Lh187, Lf188, Lg188, Lh189, Lf190, Lg190, Lh191, Lf192, Lg192, Lh193, Lf194, Lg194, Lh195, Lf196, Lg196, Lh197, Lf198, Lg198, Lh199, Lf200, Lg200, Lh201, Lf202, Lg202, Lh203, Lf204, Lg204, Lh205, Lf206, Lg206, Lh207, Lf208, Lg208, Lh209, Lf210, Lg210, Lh211, Lf212, Lg212, Lh213, Lf214, Lg214, Lh215, Lf216, Lg216, Lh217, Lf218, Lg218, Lh219, Lf220, Lg220, Lh221, Lf222, Lg222, Lh223, Lf224, Lg224, Lh225, Lf226, Lg226, Lh227, Lf228, Lg228, Lh229, Lf230, Lg230, Lh231, Lf232, Lg232, Lh233, Lf234, Lg234, Lh235, Lf236, Lg236, Lh237, Lf238, Lg238, Lh239, Lf240, Lg240, Lh241, Lf242, Lg242, Lh243, Lf244, Lg244, Lh245, Lf246, Lg246, Lh247, Lf248, Lg248, Lh249, Lf250, Lg250, Lh251, Lf252, Lg252, Lh253, Lf254, Lg254, Lh255, Lf256, Lg256, Lh257, Lf258, Lg258, Lh259, Lf260, Lg260, Lh261, Lf262, Lg262, Lh263, Lf264, Lg264, Lh265, Lf266, Lg266, Lh267, Lf268, Lg268, Lh269, Lf270, Lg270, Lh271, Lf272, Lg272, Lh273, Lf274, Lg274, Lh275, Lf276, Lg276, Lh277, Lf278, Lg278, Lh279, Lf280, Lg280, Lh281, Lf282, Lg282, Lh283, Lf284, Lg284, Lh285, Lf286, Lg286, Lh287, Lf288, Lg288, Lh289, Lf290, Lg290, Lh291, Lf292, Lg292, Lh293, Lf294, Lg294, Lh295, Lf296, Lg296, Lh297, Lf298, Lg298, Lh299, Lf300, Lg300, Lh301, Lf302, Lg302, Lh303, Lf304, Lg304, Lh305, Lf306, Lg306, Lh307, Lf308, Lg308, Lh309, Lf310, Lg310, Lh311, Lf312, Lg312, Lh313, Lf314, Lg314, Lh315, Lf316, Lg316, Lh317, Lf318, Lg318, Lh319, Lf320, Lg320, Lh321, Lf322, Lg322, Lh323, Lf324, Lg324, Lh325, Lf326, Lg326, Lh327, Lf328, Lg328, Lh329, Lf330, Lg330, Lh331, Lf332, Lg332, Lh333, Lf334, Lg334, Lh335, Lf336, Lg336, Lh337, Lf338, Lg338, Lh339, Lf340, Lg340, Lh341, Lf342, Lg342, Lh343, Lf344, Lg344, Lh345, Lf346, Lg346, Lh347, Lf348, Lg348, Lh349, Lf350, Lg350, Lh351, Lf352, Lg352, Lh353, Lf354, Lg354, Lh355, Lf356, Lg356, Lh357, Lf358, Lg358, Lh359, Lf360, Lg360, Lh361, Lf362, Lg362, Lh363, Lf364, Lg364, Lh365, Lf366, Lg366, Lh367, Lf368, Lg368, Lh369, Lf370, Lg370, Lh371, Lf372, Lg372, Lh373, Lf374, Lg374, Lh375, Lf376, Lg376, Lh377, Lf378, Lg378, Lh379, Lf380, Lg380, Lh381, Lf382, Lg382, Lh383, Lf384, Lg384, Lh385, Lf386, Lg386, Lh387, Lf388, Lg388, Lh389, Lf390, Lg390, Lh391, Lf392, Lg392, Lh393, Lf394, Lg394, Lh395, Lf396, Lg396, Lh397, Lf398, Lg398, Lh399, Lf400, Lg400, Lh401, Lf402, Lg402, Lh403, Lf404, Lg404, Lh405, Lf406, Lg406, Lh407, Lf408, Lg408, Lh409, Lf410, Lg410, Lh411, Lf412, Lg412, Lh413, Lf414, Lg414, Lh415, Lf416, Lg416, Lh417, Lf418, Lg418, Lh419, Lf420, Lg420, Lh421, Lf422, Lg422, Lh423, Lf424, Lg424, Lh425, Lf426, Lg426, Lh427, Lf428, Lg428, Lh429, Lf430, Lg430, Lh431, Lf432, Lg432, Lh433, Lf434, Lg434, Lh435, Lf436, Lg436, Lh437, Lf438, Lg438, Lh439, Lf440, Lg440, Lh441, Lf442, Lg442, Lh443, Lf444, Lg444, Lh445, Lf446, Lg446, Lh447, Lf448, Lg448, Lh449, Lf450, Lg450, Lh451, Lf452, Lg452, Lh453, Lf454, Lg454, Lh455, Lf456, Lg456, Lh457, Lf458, Lg458, Lh459, Lf460, Lg460, Lh461, Lf462, Lg462, Lh463, Lf464, Lg464, Lh465, Lf466, Lg466, Lh467, Lf468, Lg468, Lh469, Lf470, Lg470, Lh471, Lf472, Lg472, Lh473, Lf474, Lg474, Lh475, Lf476, Lg476, Lh477, Lf478, Lg478, Lh479, Lf480, Lg480, Lh481, Lf482, Lg482, Lh483, Lf484, Lg484, Lh485, Lf486, Lg486, Lh487, Lf488, Lg488, Lh489, Lf490, Lg490, Lh491, Lf492, Lg492, Lh493, Lf494, Lg494, Lh495, Lf496, Lg496, Lh497, Lf498, Lg498, Lh499, Lf500, Lg500, Lh501, Lf502, Lg502, Lh503, Lf504, Lg504, Lh505, Lf506, Lg506, Lh507, Lf508, Lg508, Lh509, Lf510, Lg510, Lh511, Lf512, Lg512, Lh513, Lf514, Lg514, Lh515, Lf516, Lg516, Lh517, Lf518, Lg518, Lh519, Lf520, Lg520, Lh521, Lf522, Lg522, Lh523, Lf524, Lg524, Lh525, Lf526, Lg526, Lh527, Lf528, Lg528, Lh529, Lf530, Lg530, Lh531, Lf532, Lg532, Lh533, Lf534, Lg534, Lh535, Lf536, Lg536, Lh537, Lf538, Lg538, Lh539, Lf540, Lg540, Lh541, Lf542, Lg542, Lh543, Lf544, Lg544, Lh545, Lf546, Lg546, Lh547, Lf548, Lg548, Lh549, Lf550, Lg550, Lh551, Lf552, Lg552, Lh553, Lf554, Lg554, Lh555, Lf556, Lg556, Lh557, Lf558, Lg558, Lh559, Lf560, Lg560, Lh561, Lf562, Lg562, Lh563, Lf564, Lg564, Lh565, Lf566, Lg566, Lh567, Lf568, Lg568, Lh569, Lf570, Lg570, Lh571, Lf572, Lg572, Lh573, Lf574, Lg574, Lh575, Lf576, Lg576, Lh577, Lf578, Lg578, Lh579, Lf580, Lg580, Lh581, Lf582, Lg582, Lh583, Lf584, Lg584, Lh585, Lf586, Lg586, Lh587, Lf588, Lg588, Lh589, Lf590, Lg590, Lh591, Lf592, Lg592, Lh593, Lf594, Lg594, Lh595, Lf596, Lg596, Lh597, Lf598, Lg598, Lh599, Lf600, Lg600, Lh601, Lf602, Lg602, Lh603, Lf604, Lg604, Lh605, Lf606, Lg606, Lh607, Lf608, Lg608, Lh609, Lf610, Lg610, Lh611, Lf612, Lg612, Lh613, Lf614, Lg614, Lh615, Lf616, Lg616, Lh617, Lf618, Lg618, Lh619, Lf620, Lg620, Lh621, Lf622, Lg622, Lh623, Lf624, Lg624, Lh625, Lf626, Lg626, Lh627, Lf628, Lg628, Lh629, Lf630, Lg630, Lh631, Lf632, Lg632, Lh633, Lf634, Lg634, Lh635, Lf636, Lg636, Lh637, Lf638, Lg638, Lh639, Lf640, Lg640, Lh641, Lf642, Lg642, Lh643, Lf644, Lg644, Lh645, Lf646, Lg646, Lh647, Lf648, Lg648, Lh649, Lf650, Lg650, Lh651, Lf652, Lg652, Lh653, Lf654, Lg654, Lh655, Lf656, Lg656, Lh657, Lf658, Lg658, Lh659, Lf660, Lg660, Lh661, Lf662, Lg662, Lh663, Lf664, Lg664, Lh665, Lf666, Lg666, Lh667, Lf668, Lg668, Lh669, Lf670, Lg670, Lh671, Lf672, Lg672, Lh673, Lf674, Lg674, Lh675, Lf676, Lg676, Lh677, Lf678, Lg678, Lh679, Lf680, Lg680, Lh681, Lf682, Lg682, Lh683, Lf684, Lg684, Lh685, Lf686, Lg686, Lh687, Lf688, Lg688, Lh689, Lf690, Lg690, Lh691, Lf692, Lg692, Lh693, Lf694, Lg694, Lh695, Lf696, Lg696, Lh697, Lf698, Lg698, Lh699, Lf700, Lg700, Lh701, Lf702, Lg702, Lh703, Lf704, Lg704, Lh705, Lf706, Lg706, Lh707, Lf708, Lg708, Lh709, Lf710, Lg710, Lh711, Lf712, Lg712, Lh713, Lf714, Lg714, Lh715, Lf716, Lg716, Lh717, Lf718, Lg718, Lh719, Lf720, Lg720, Lh721, Lf722, Lg722, Lh723, Lf724, Lg724, Lh725, Lf726, Lg726, Lh727, Lf728, Lg728, Lh729, Lf730, Lg730, Lh731, Lf732, Lg732, Lh733, Lf734, Lg734, Lh735, Lf736, Lg736, Lh737, Lf738, Lg738, Lh739, Lf740, Lg740, Lh741, Lf742, Lg742, Lh743, Lf744, Lg744, Lh745, Lf746, Lg746, Lh747, Lf748, Lg748, Lh749, Lf750, Lg750, Lh751, Lf752, Lg752, Lh753, Lf754, Lg754, Lh755, Lf756, Lg756, Lh757, Lf758, Lg758, Lh759, Lf760, Lg760, Lh761, Lf762, Lg762, Lh763, Lf764, Lg764, Lh765, Lf766, Lg766, Lh767, Lf768, Lg768, Lh769, Lf770, Lg770, Lh771, Lf772, Lg772, Lh773, Lf774, Lg774, Lh775, Lf776, Lg776, Lh777, Lf778, Lg778, Lh779, Lf780, Lg780, Lh781, Lf782, Lg782, Lh783, Lf784, Lg784, Lh785, Lf786, Lg786, Lh787, Lf788, Lg788, Lh789, Lf790, Lg790, Lh791, Lf792, Lg792, Lh793, Lf794, Lg794, Lh795, Lf796, Lg796, Lh797, Lf798, Lg798, Lh799, Lf800, Lg800, Lh801, Lf802, Lg802, Lh803, Lf804, Lg804, Lh805, Lf806, Lg806, Lh807, Lf808, Lg808, Lh809, Lf810, Lg810, Lh811, Lf812, Lg812, Lh813, Lf814, Lg814, Lh815, Lf816, Lg816, Lh817, Lf818, Lg818, Lh819, Lf820, Lg820, Lh821, Lf822, Lg822, Lh823, Lf824, Lg824, Lh825, Lf826, Lg826, Lh827, Lf828, Lg828, Lh829, Lf830, Lg830, Lh831, Lf832, Lg832, Lh833, Lf834, Lg834, Lh835, Lf836, Lg836, Lh837, Lf838, Lg838, Lh839, Lf840, Lg840, Lh841, Lf842, Lg842, Lh843, Lf844, Lg844, Lh845, Lf846, Lg846, Lh847, Lf848, Lg848, Lh849, Lf850, Lg850, Lh851, Lf852, Lg852, Lh853, Lf854, Lg854, Lh855, Lf856, Lg856, Lh857, Lf858, Lg858, Lh859, Lf860, Lg860, Lh861, Lf862, Lg862, Lh863, Lf864, Lg864, Lh865, Lf866, Lg866, Lh867, Lf868, Lg868, Lh869, Lf870, Lg870, Lh871, Lf872, Lg872, Lh873, Lf874, Lg874, Lh875, Lf876, Lg876, Lh877, Lf878, Lg878, Lh879, Lf880, Lg880, Lh881, Lf882, Lg882, Lh883, Lf884, Lg884, Lh885, Lf886, Lg886, Lh887, Lf888, Lg888, Lh889, Lf890, Lg890, Lh891, Lf892, Lg892, Lh893, Lf894, Lg894, Lh895, Lf896, Lg896, Lh897, Lf898, Lg898, Lh899, Lf900, Lg900, Lh901, Lf902, Lg902, Lh903, Lf904, Lg904, Lh905, Lf906, Lg906, Lh907, Lf908, Lg908, Lh909, Lf910, Lg910, Lh911, Lf912, Lg912, Lh913, Lf914, Lg914, Lh915, Lf916, Lg916, Lh917, Lf918, Lg918, Lh919, Lf920, Lg920, Lh921, Lf922, Lg922, Lh923, Lf924, Lg924, Lh925, Lf926, Lg926, Lh927, Lf928, Lg928, Lh929, Lf930, Lg930, Lh931, Lf932, Lg932, Lh933, Lf934, Lg934, Lh935, Lf936, Lg936, Lh937, Lf938, Lg938, Lh939, Lf940, Lg940, Lh941, Lf942, Lg942, Lh943, Lf944, Lg944, Lh945, Lf946, Lg946, Lh947, Lf948, Lg948, Lh949, Lf950, Lg950, Lh951, Lf952, Lg952, Lh953, Lf954, Lg954, Lh9

Der entscheidende Tip kam aus der Familie

Aus Hamburg entfloher Doppelmörder in Datteln gefaßt

HORST DALCHOW, Hamburg

Die Flucht des Doppelmörders Paul Terman aus der Hamburger Vollzugsanstalt Fuhlsbüttel endete in der Nacht zum Sonntag mit seiner Festnahme in Datteln. Terman war unbewaffnet und leistete keinen Widerstand. Der 46jährige Ausbrecher war im Dezember 1982 in einem aufsehenerregenden Verfahren von einem Schwurgericht in Bremen zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt worden. Terman hatte im Dezember '81 auf der Yacht „Apollonia“ den 35jährigen Eigner Herbert Klein und dessen 25jährige Freundin Gabriele Humpert auf hoher See erschossen. Mit dem dritten Schuß verletzte er den 26jährigen Studenten Michael Wunsch lebensgefährlich. Der Verbrecher wollte das Schiff in seine Gewalt bringen, um mit seiner 36jährigen Freundin Doris Permin in der Karibik „ein neues Leben zu beginnen“. Die Begleitin erhielt wegen Beihilfe drei Jahre Haft.

In der Vollzugsanstalt Fuhlsbüttel war der ehemalige Lokomotivführer aus Wedel bei Hamburg bis zu seiner Flucht am Freitagabend nicht aufgefallen. Nach Darstellung der Polizei hatten Terman und ein Komplize gegen 19.30 Uhr die Güterstraße vor dem Fenster eines Elektrolagers durchsägt und sich mit Hilfe einer selbstgefertigten Strickleiter in die Tiefe gehängt. Terman entkam. Sein 63jähriger Komplize wurde noch im Gefängnis Hof dingfest gemacht. In der Nacht zum Sonntag alarmierte ein Onkel des Ausbrechers die Polizei in Bochum, wo der Flüchtling vor der Wohnungstür randaliert hatte, als ihm der Eintritt verweigert wurde.

Der Mörder konnte zwar noch einmal flüchten, wurde aber bald von einem Taxifahrer erkannt und kurz darauf festgenommen. Dabei will Terman einen Herzinfarkt erlitten haben.

1500 Mark und eine Fahrkarte der Bundesbahn für die Strecke Hannover-Hamm hatte er bei sich. Offenbar verfügte der Ausbrecher außerhalb der Anstalt über keinerlei Hilfe.

Sein Ausbruch hat in Hamburg erhebliches Aufsehen erregt, zumal erst vor wenigen Wochen der ebenfalls zu lebenslanger Haft verurteilte Mörder Werner-Alexander Fischer entkommen war. Auch er wurde inzwischen (die WELT berichtete) in Athen wieder eingefangen. Der dritte spektakuläre Fall von Gefangenentucht innerhalb kurzer Zeit hält die Polizei immer noch in Atem: Der als äußerst gefährlich geltende 42jährige Mörder Jürgen-Siegfried Kempki ist noch auf freiem Fuß. Er wurde am 11. September mit Waffengewalt befreit, als er von zwei Justizbeamten zu einer ärztlichen Untersuchung auf einen Weg zum Gefängnis geleitet wurde. Für die Befreiung hatte der wegen schwerer räuberischer Erpressung zu sieben Jahren Freiheitsstrafe verurteilte Rolf Cornel (29) einen Hafturlaub genutzt. Am selben Tag geriet die Anstalt Fuhlsbüttel noch auf andere Weise in Verruf. Ein Richter erließ Haftbefehl gegen einen 45jährigen Justizbeamten, der dort seit 1974 als Aufseher tätig war. Er und mehrere Kollegen standen unter dem Verdacht des Rauschgifthandels in der Strafanstalt. Nach dem gegenwärtigen Stand der Ermittlungen wurde der offenbar umfangreiche Handel von dem Strafgefangenen Fischer kontrolliert.

„Rotkäppchen“-Prozeß: Freispruch für den Wolf

DW, Venedig

Ein „Gericht“ in Venedig hat mit der Legende des „bösen Wolfs“ im Märchen von Rotkäppchen gebrochen. Acht Schöffen sprachen den „Angeklagten“ am Samstag frei. Namhafte Juristen der Lagunenstadt hatten den „Prozeß“ mit echten Staatsanwälten, Richtern und Verteidigern organisiert. Die „Anklage“ hatte eine lebenslange Freiheitsstrafe für den Wolf wegen Freiheitsberaubung, Vergewaltigung und Mordes beantragt.

Nach einstündiger Prozeßdauer kamen die Richter aber zu einer anderen Auffassung: Das Märchen sei eine literarische Übertragung von sexuellen Initiationsriten, wobei der Wolf die Rolle eines Mannes übernommen habe, die als sozial angemessene Handlung strafrechtlich nicht relevant sei.

Prozeßstoff waren die Fassungen

des Rotkäppchenmärchens der Gebrüder Grimm. Rotkäppchen, dessen Alter auf 14 bis 15 Jahre geschätzt wurde, provozierte ein sexuelles Abenteuer, während der Wolf als Symbol des Bösen dies ausnutzte.

Die Thesen der Verteidigung setzten sich aber schließlich durch: Der Wolf sei ein verkleideter Stellvertreter der frühen Normaden, die erst später von dem Bauernstand dämonisiert worden seien.

Die Angst in der Dunkelheit des Waldes, die Folter, der „Tod“ und die Wiederauferstehung Rotkäppchens, das im Märchen mit der Großmutter vom Wolf gefressen und vom Jäger aus dem Bauch des Tiers wieder befreit wird, sei als Initiationsritus zu verstehen. Am Ende erscheint sogar Rotkäppchen in einem ungünstigen Licht: Das Mädchen habe – selbst die Geschichte erfunden.

Die letzten Sekunden eines Sturzes

Ahnungslos geht ein Paar in Denver im US-Bundesstaat Colorado spazieren. Die Frau sieht den Mann an, spricht mit ihm; dieser blickt noch vorne. Gesammelt oder mit den Gedanken weit weg? Niemand weiß das. Die beiden Menschen wirken jedoch wie eine Einheit. Sekunden später ist das Chaos wie aus heiterem Himmel da, über die beiden herein gebrochen. Im Buchstübchen Sinn des Wortes. Von oben, aus dem dritten Stockwerk eines Hotels, fällt die lebensmüde 36jährige Loretta Savage. Keiner kennt ihre Motive. Zwischen den drei Menschen bestand bislang keine Verbindung. In wenigen Augenblicken bilden sie jedoch eine Leidensgemeinschaft, wenn die fallende Frau die Passanten mit der Präzision eines Schicksalschlags trifft. Die Unausweichlichkeit ist schon auf dem oberen Foto zu erkennen. Der Mann und die Frau kommen unverletzt mit einem Schock davon. Loretta Savage liegt mit schweren Brüchen und inneren Verletzungen auf der Intensivstation des Denver-Krankenhauses.



Der Mann und die Frau kommen unverletzt mit einem Schock davon. Loretta Savage liegt mit schweren Brüchen und inneren Verletzungen auf der Intensivstation des Denver-Krankenhauses.

FOTOSAP



Italiens Privat-TV darf schon wieder ausstrahlen

Regierung Craxi unterläßt die Anordnungen der Justiz

FRIEDRICH MEICHNER, Rom

Das italienische Privatfernsehen ist seit dem Wochenende im ganzen Land umhelfend wieder auf dem Bildschirm. Mit einem Gesetzesdekret hat die Regierung Craxi die Anordnungen der Justiz unterläßt, die drei größten Privatsender am Ausstrahlen ihrer Programme in den Regionen Latium, Piemont und Abruzzen gehindert worden waren. Das Dekret legalisiert den Status quo ante, indem es den Sendeketten das Recht einräumt, ihre auf Video-Kassetten registrierten Programme über örtliche Zweigstellen gleichzeitig im ganzen Land zu verbreiten. Es hat eine Gültigkeitsdauer von einem Jahr.

Innerhalb dieses Zeitraumes muß das Parlament das vom Verfassungsgerichtshof schon 1976 angenommene Fernsehgesetz verabschieden. Für dieses Gesetz hatten die Verfassungsrichter zwei Grundsätze aufgezeigt: 1. Privatunternehmen haben das verfassungsmäßige Recht, „im lokalen Bereich“ Rundfunk- und Fernsehsender zu betreiben. 2. Das Monopol für landesweite Rundfunk- und Fernsehsendungen bleibt bei der staatlichen Gesellschaft RAI-TV.

Der Gesetzgeber muß jetzt den Begriff „im lokalen Bereich“ definieren und eine Antwort auf die Frage geben, ob mit der landesweit gleichzeitigen Ausstrahlung eines Video-Kassetten-Programms durch die örtlichen Glieder einer privaten Sendekette das RAI-Monopol verletzt wird oder nicht. Dieser Methode bedienen sich die drei von den Amtsrichtern Roms, Turins und Pescaras blockierten Sendernetze „Canale 5“,

„Italia 1“ und „Retequattro“, die sich alle in der Hand des Fernsehunternehmers Silvio Berlusconi befinden.

Das jetzt erlassene Gesetzesdekret ist sofort in Kraft getreten, bedarf jedoch der Ratifizierung durch beide Parlamentshäuser innerhalb von 60 Tagen. Wird diese Ratifizierung verweigert, muß es als von Anfang an ungültig kassiert werden. Bisher haben sich nur die Kommunisten gegen eine Ratifizierung ausgesprochen. Sie bezeichneten das Dekret als „verfassungswidrig“ und als einen „unerhörten Handstreich“.

Der sozialistische Ministerpräsident Bettino Craxi vertrat demgegenüber in der Ministerratssitzung, von der am Samstag das Gesetzesdekret verabschiedet wurde, die Ansicht, daß dem Vorgehen der drei Amtsrichter gegen die privaten Sendernetze die rechtliche Grundlage gefehlt habe. Da es noch kein Gesetz über die Begrenzung und über die Modalitäten des Privatfernsehens gebe, könne kein Bürger auf diesem Gebiet wegen einer angeblichen Gesetzesverletzung belangt werden.

Der Ministerpräsident wies außerdem darauf hin, daß durch die richterliche Aktion der Grundsatz der Gleichbehandlung aller Staatsbürger verletzt worden sei. Sie habe bewirkt, daß die Bürger einer Region das private Fernsehen weiterhin empfangen konnten, die Bürger einer anderen Region aber nicht mehr. Schließlich verwies der Regierungschef auch noch auf den wirtschaftlichen Schaden, der durch die Außerbetriebsetzung der Umsetzer und der Video-Kassetten-Studios der drei Sendernetze entstanden sei.

LEUTE HEUTE

Verschluckt

Ein Schluck Wasser ist dem spanischen Sänger Julio Iglesias am Samstagabend offenbar in den „falschen Hals“ geraten. Er mußte sein Konzert in der ausverkauften Jahrhunderthalle in Frankfurt-Ebicht abbrechen. Nach dem Schluck und vergeblichem Räuspern bat der Barde um eine Pause. Als Iglesias nicht wieder auftauchte, gab es Ruh-Rufe. Schließlich entschuldigte sich Iglesias höchstpersönlich beim Publikum. Das Publikum soll den vollen Eintrittspreis zurückerhalten.

Fleißig

Die Queen ist mit Abstand der fleißigste „Akkordarbeiter“ der ganzen königlichen Familie. Das beweist eine Bilanz im Londoner Sonntagsblatt „Sunday People“. Danach hat Königin Elizabeth in den fünf Jahren von Anfang 1979 bis Ende 1983 bei 1977 Anlässen Hände geschüttelt und gutig gelächelt. Ehemann Prinz Philip

ist mit 1333 Einsätzen abgeschlagener Zweiter. Ganz zu schweigen von Thronfolger Charles (1007 offizielle Auftritte), der sich dann auch unlängst vom Vater rüffeln lassen mußte. Dabei liegt der Kronprinz immer noch besser im Rennen als Schwester Anne, deren Erscheinen nur 744 Anlässen königlichen Glanz verliehen hatte.

Rentner Trudeau

Der ehemalige kanadische Premierminister Pierre Elliott Trudeau feierte seinen 65. Geburtstag und wurde damit Rentner. Seine Angestelltenrente, die er künftig bezieht, beträgt monatlich 272,17 kanadische Dollar (etwa 620 Mark). Trudeau braucht deshalb nicht zu arbeiten. Er ist nicht nur von Hause aus ein reicher Mann, sondern bekommt als ehemaliger Premierminister auch eine Pension von 80 000 kanadischen Dollar im Jahr, das sind rund 15 000 Mark im Monat.

Ein Blick zum „Ende“ des Universums

AP, Berkeley

Astronomen von der Universität von Kalifornien ist es gelungen, einen Blick in eine Jahrmilliarden zurückliegende Vergangenheit zu tun. Sie entdeckten am „Ende des Universums“ neun bisher optisch nicht wahrgenommene Galaxien, die vermutlich alle mindestens zehn Milliarden Lichtjahre von unserem Sonnensystem entfernt sind. In der Nähe des Sternbildes Löwe wurde ein Milchstraßensystem am Himmel aufgefunden, dessen Licht 20 Millionen mal schwächer ist als das mit bloßem Auge gerade noch erkennbaren Lichtschwächsten Sterns am Nachthimmel. Ein Lichtjahr ist die Entfernung, die das Licht mit einer Geschwindigkeit von 300 000 Kilometer pro Sekunde ausbreitende Licht in einem Jahr zurücklegt. Die entfernten Sternsysteme, deren Licht jetzt auf der Erde ankommt, bieten sich dem irdischen Betrachter somit in einem Zustand dar, den sie vor Jahrmilliarden hatten. Zwei Astronomen hatten zwei Jahre lang systematisch jene Himmelsbereiche abgesucht, aus denen Radioteleskope schwache elektromagnetische Strahlen aufgefing hatten.

Gattung „Stadtmensch“

AP, Miami

Mit einer „Welturaufführung“ warteten am Wochenende der Metrozoo von Miami im US-Bundesstaat Florida auf. In einem Ausbaugebiet umgeben von Möbeln, einem Telefon und einer Schar Galapagos-Schildkröten, ein Exemplar der Gattung „Stadtmensch“ zu betrachten. Die Heger verpflegten den 38jährigen „Stadtmensch“, einen Schauspieler, mit „Spezialfutter“ – Kartoffelchips, Fischbällchen und Limonade. Der „Stadtmensch“ führte vor, was ein Vertreter seiner Gattung normalerweise so zu tun pflegt: Er saß am Schreibtisch, führte anscheinend wichtige Telefongespräche, blätterte den Anzeigenteil einer Zeitschrift durch, warf kritische Blicke auf die Schreibmaschine, besprühte den Tisch mit einem Desinfektionsmittel, hörte Radiomusik und schaltete eine Apfelsine.

Zum 2. Mal abgebrannt

AP, Düsseldorf

Zum zweiten Mal innerhalb von 13 Jahren ist am Wochenende ein Bowling-Center in der Nähe des Düsseldorfer Messegeländes abgebrannt. Dabei entstand ein Sachschaden von mindestens sieben Millionen Mark. 1971 war die Sportanlage durch einen Brand total zerstört worden.

Erdbeben am Ätna

dpa, Catania

Zum zweitenmal innerhalb von zwei Tagen sind zahlreiche Ortschaften an den Hängen des sizilianischen Vulkans Ätna am Wochenende von einem Erdbeben heimgesucht worden. Ein 55jähriger Mann aus der Ortschaft Zafferano wurde durch ein herabstürzendes Dachteil tödlich verletzt. Die Bevölkerung stürzte in Panik auf die Straßen. Zahlreiche Häuser bekamen Risse. Das Erdbeben erreichte die Stärke fünf auf der Richterskala.

Anschlag auf D-Zug

dpa, Göttingen

Bei einem Anschlag auf einen D-Zug der Bundesbahn ist am Wochenende bei Göttingen ein Sachschaden von 100 000 Mark angerichtet worden. Verletzt wurde niemand. Ein Unbekannter hatte eine drei Meter lange Metallkette, an deren Enden schwere Steine hingen, von einer Brücke auf die Oberleitung der Hauptstrecke München-Stuttgart geworfen. Die Frontscheibe der Lokomotive wurde durchgeschlagen. Bereits vor einem Jahr war ein ähnlicher Anschlag an derselben Stelle verübt worden. Der Täter wurde nicht gefaßt.

ZU GUTER LETZT

Damit Fußgänger künftig nicht mehr schmerzhaft „Kopfhüsse“ durch herabfallende Kastanien erleiden müssen, pflanzt die Stadt Krefeld jetzt aus Versicherungsründen Kastanienbäume ohne Kastanien. Eine derzeitige Züchtung war Experten durch Zufall gelungen.

WETTER: Neues Sturmtief

Wetterlage: In einer zügigen westlichen Strömung greifen die Ausläufer eines atlantischen Sturmtiefs im Laufe des Monats auf ganz Deutschland über.



Vorhersage für Montag:

Nord- und Westdeutschland: Im Vormittagsverlauf aufkommender länger andauernder Regen. Temperaturanstieg auf 12 bis 15 Grad. Tiefsttemperaturen 11 bis 7 Grad. Frischer bis starker Wind aus Südwest. Süddeutschland und Berlin: Vormittags meist heiter und trocken, in der zweiten Tageshälfte Bewölkungsverdichtung und nachfolgend aufkommender Regen.

Weitere Ansichten:

Wechselhaftes Schauerwetter.

Temperaturen am Sonntag, 13. Uhr:

Berlin	11°	Kairo	26°
Bonn	11°	Köpenh.	11°
Dresden	11°	Las Palmas	22°
Essen	10°	London	10°
Frankfurt	9°	Madrid	14°
Hamburg	10°	Mallorca	15°
List/Sylt	11°	Moskau	20°
München	12°	Nizza	12°
Stuttgart	11°	Nizza	17°
Alexis	21°	Oslo	10°
Amsterdam	11°	Paris	10°
Athen	23°	Prag	11°
Barcelona	17°	Rom	16°
Brüssel	10°	Stockholm	9°
Budapest	16°	Tel Aviv	24°
Bukarest	21°	Tunis	23°
Helsinki	9°	Wien	17°
Istanbul	16°	Zürich	12°

Sonnenaufgang am Dienstag: 7.00 Uhr. Untergang: 17.12 Uhr. Mondanfang: 5.07 Uhr. Untergang: 17.04 Uhr. * in MEZ, zentraler Ort Kassel

„Schneiderianer“ aus aller Welt huldigten ihrem Idol

EVKEIL, Bonn

„Die Tänzerin Josefa Tramm – mehrfach bestochen, ausgeraubt und vergewaltigt, bekannt auch durch zahlreiche Leserbriefe im deutschen Blätterwald – gibt sich die Ehre aus Anlaß des 70. Geburtstages ihres Erzeugers, Förderers und Wegbegleiters...“

Hunderte von Juristen in der Bundesrepublik Deutschland wußten Bescheid, als diese Einladung im Postkasten steckte: Der Erzeuger der Josefa Tramm, der Repetitor Dr. Paul Schneider in Bonn, sollte gefeiert werden. Die fiktive Dame gehört bis zum heutigen Tag zu seinen zahlreichen plastischen Figuren, die alle Winkelzüge des Strafrechts durchleuchten.

Man schätzt, daß an die 40 000 Nachkriegsjuristen seit 1945 durch das Repetitorium von Paul Schneider gegangen sind. Was seinen unglaublichen Erfolg ausmachte, demonstrierte er selbst wieder einmal im Kreise von Hunderten angereicherter Gratulanten: In der Bonner Kaiserstraße 1c moderierte der Repetitor in genial karibatischer Form zu den Themen „künstliche Befruchtung, Verfassungswidrigkeit der Grünen und Fol-

gen der Trunkenheit nach einer Geburtstagsfeier bei Paul Schneider“.

Es war knuffig voll, in dem seit 40 Jahren schlecht gestrichenen Unterrichtsraum, dessen hinterster Winkel, der sogenannte Gammelfärg, nicht mehr im Blickfeld des Repetitors liegen. Er selbst stand auf einem kleinem Podium mit abgewetztem beigen Teppich und aufgenähtem Fußabdruck. Den braucht er für sein linkes Standbein. Paul Schneider – keinen Satz gibt es, den er formuliert, ohne dabei im Tangoschritt oder wie ein Tiger im Käfig hin und her zu pendeln.

Josefa Tramm hat viele Konkurrenten, den ständig auf Unterhaltungs-sprüche nachschauenden Gelegenheitsarbeiter Joseph Einsig und – im Bereich der Sittlichkeitsdelikte – die „spanische Fliege Lola“, die schöne Sünde par excellence. „Es waren“, sagen noch heute seine ehemaligen Schüler, „die schönsten Stunden des Studiums“, wenn sie bei ihrem Repetitor saßen. Er habe es verstanden, „spröde Materie verständlich zu verknickern“.

Schneiderianer erkennen sich auf der ganzen Welt. Drei Delegierte bei einer Seerechtskonferenz stellten an

Hand ihrer Diktion fest, daß sie im Repetitorium Schneider gegessen hätten. Bonns stellvertretender Regierungssprecher Jürgen Sudhoff, Schneiderianer, erinnert in seinem Glückwunsch an eben diese eigene Diktion, die heute immer wieder ein Bindeglied zwischen Juristen werden könne. Bei Schneider saßen Adenauer-Sohn Georg, Erhard-Tochter Elisabeth, die deutschen Botschafter Günther von Weizsäcker, und Peter Hermes, Rom, Ex-Kultusminister Professor Paul Mikat und der Kölner



Noch immer der Tiger mit Tangoschritt – Repetitor Paul Schneider

Generalstaatsanwalt Bereslaw Schmitz, der leitende Bonner Oberstaatsanwalt Franzbruno Eulensack und der verordnete Sexualwissenschaftler Professor Hans Giese sowie Professor Fritz Rittner, Freiburg, last but not least die beiden Bonner Staatssekretäre Klaus Kinkel, Justiz, und Lothar Rühl, Verteidigung.

Paul Schneider ist in Bonn geboren. Sein Vater war Chemiker. Der Sohn Paul war mütterlicherseits juristisch vorbelastet. Zu seinen Vorfahren gehört der Mitverfasser des BGB, Professor Eck. Schneider studierte in Bonn, mußte in die Reichswehr eintreten, wurde in Rußland verwundet und hat 1945 das Repetitorium eingerichtet. Einer „Zwangsverpflichtung“ als Staatsanwalt entledigte er sich '46 mit dem attestierten Einweis auf seine Überlastung als Repetitor. Die Militärregierung hatte ihn 1945 als unbelasteten Juristen dazu ausserkoren.

Man merkt diesem „Durch-und-durch-Juristen“ an, wieviel Spaß ihm noch heute die Materie macht. Im Gegensatz zu den Professoren, die auf Fachgebiete beschränkt sind, laßt Schneider noch immer „alle Fächer“. Ein Zehnköpfer der Jurisprudenz.

AUSSTELLUNG

GEMÄLDE DES

17., 18. u. 19. JAHRHUNDERTS

u. a. P. P. Rubens, L. Cranach, S. v. Ruysdael, C. Corot, Wilh. Kuhnert, J. F. Millet

in Sotheby's Münchner Geschäftsräumen

vom 31. Oktober bis 2. November 1984

BERATUNG SCHÄTZUNG

Sotheby's Experten David Fyfe-Jamieson für Gemälde des 17. u. 18. Jahrhunderts und Alex Apsis für Gemälde des 19. Jahrhunderts begutachten und schätzen unverbindlich Gemälde am 29. und 30. Oktober 1984 in unserem Münchner Büro

SOTHEBY'S

FOUNDED 1744

München 8000 München, Odeonsplatz 16, Tel. 0 89 / 22 23 75
Frankfurt 6000 Frankfurt, Steindamm 7, Tel. 0 69 / 62 20 27
Köln 5000 Köln, Kreishaus-Galerie, St.-Apern-Str., Tel. 02 21 / 24 93 30
Hamburg 2000 Hamburg, Alsterkamp 43, Tel. 0 40 / 4 10 60 28
A-1010 Wien, Palais Breuner, Singerstr. 16, Tel. 00 43 / 2 22 / 52 47 72



P. P. Rubens, „Das letzte Abendmahl“
Graville, 61 x 48,5 cm
Auktion 12. Dezember 1984 London